Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Enquetekommission
EKPr 17/15
18.11.2019

Enquetekommission III

17. Sitzung (öffentlich)

18. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Stefan Nacke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Digitale Gesellschaft: Utopien und Dystopien der digitalen Moderne **3**

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

* * *

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich im nordrhein-westfälischen Landtag. Ich heiße Sie herzlich willkommen zur 17. Sitzung der Enquetekommission III.

Ich begrüße die Mitglieder der Kommission, die sachverständigen Mitglieder, die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten sowie die eingeladenen Sachverständigen und eventuell anwesende Medienvertreter. Ganz besonders herzlich begrüße ich die Studierenden des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen und des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Düsseldorf. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier sind und unsere öffentliche Anhörung zu einem wichtigen Thema verfolgen, das Ihnen anscheinend auch am Herzen liegt.

Die Einladung zu der heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nummer E 17/1015 zugegangen. Diese Sitzung ist öffentlich. Einwände zur Tagesordnung gibt es nicht. Daher rufe ich auf:

Digitale Gesellschaft: Utopien und Dystopien der digitalen Moderne

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

Man könnte denken, dass es bei all dem Verkehrschaos ganz wichtig ist, die Digitalisierung voranzutreiben, damit wir vielleicht auf anderem Wege kommunizieren. Aber vielleicht geht das auch gar nicht, und man muss manchmal doch ganz analog zusammenkommen, wie wir es heute machen.

Ich freue mich sehr, Frau Professorin Thimm gleich das Wort geben zu können, die diese Anhörung moderieren wird. Sie wird auch die eingeladenen Sachverständigen vorstellen. Ich wünsche uns eine gute Beratung und einen erfolgreichen Tag.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Herzlich willkommen! Ich freue mich sehr, dass so viele der angefragten Expertinnen und Experten unserer Einladung Folge geleistet haben.

Ganz kurz zum Ablauf: Sie haben auf Ihren Tischen eine Vorlage, der Sie den Ablauf entnehmen können. Es haben sich ein paar kleine Änderungen ergeben:

Soweit ich weiß, ist Herr Schäfer heute Papa geworden. Er hat sich nicht gemeldet, aber ich gehe davon aus, dass er nun andere Verpflichtungen hat.

Weiterhin musste Frau Professorin Frischlich von der Universität Münster wegen einer Erkrankung sehr spontan heute Morgen absagen. Das ist sehr bedauerlich.

Die gute Nachricht ist, dass unsere Landesmedienanstalt, die LfM, jetzt doch durch Frau Appelhoff vertreten ist. Darüber freue ich mich ganz besonders; denn natürlich ist die LfM ein ganz wichtiger Ansprechpartner für uns in Nordrhein-Westfalen.

Zum Grundgedanken der Anhörung: Die Enquetekommission beschäftigt sich in dieser Phase mit der Frage der Diskurse. Das heißt: Wie wird über Politik diskutiert? Wie wird vor allen Dingen unter den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert? Das werden wir uns

im zweiten Teil etwas genauer anschauen. Denn egal, wo Sie hinschauen, was Sie lesen oder hören, die Problematik, dass sich Menschen inzwischen nicht mehr trauen, im Netz oder wo auch immer ihre Meinung zu äußern, hat gravierende Folgen für die Meinungsfreiheit und für die politische Beteiligung.

In unserem ersten Bereich geht es um Partizipation und das Verhältnis von Bürgern und Verwaltung. Wir wollen uns vor allen Dingen mit der Frage beschäftigen: Wie bekommen wir Bürgerinnen und Bürger dazu, abgesehen von den institutionellen Rahmenbedingungen, die es ja gibt, sich zu beteiligen? Der Beteiligungswunsch eint alle Parteien und natürlich auch alle politischen Gremien. Wir wollen gern, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung sagen, aber vielleicht in einer Form, die auch einen Diskurs erlaubt.

Die beiden Schwerpunktthemen sind also „Partizipation und Bürger – Verwaltung“ sowie „Bürgerschaftlicher Onlineaktivismus“.

Wir haben uns Folgendes überlegt: Da wir Handlungsvorschläge erstellen dürfen, müssen, sollen, wollen, wäre es schön, wenn Sie sich hier nicht nur – gerade die Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft – mit Forschung beteiligen würden, sondern auch mit Ideen. Was sollten wir tun? Was könnte die Enquetekommission beitragen, um zu einem besseren Diskurs, zu größerer Partizipation in Nordrhein-Westfalen zu kommen?

Wir haben eine Gruppe, die sich mit der Wissenschaft beschäftigt. Eine zweite Gruppe will uns mit praktischen Applikationen zeigen: Was geht schon? Was wird gemacht? Woraus können wir lernen? Was sind Best-Practice-Beispiele? Was könnte man vielleicht in Nordrhein-Westfalen etablieren? – Das ist der Plan.

Noch ganz kurz zu mir: Ich bin Professorin an der Universität Bonn für das Thema „Medienwissenschaft und Intermedialität“. Ich bin externe Sachverständige der Enquetekommission, also kein Mitglied des Landtags. Hier bin ich zuständig für den Bereich „Digitales“. Ich habe diese Veranstaltung vorbereiten dürfen und freue mich sehr, dass wir die Anhörung jetzt durchführen können.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Ich habe die große Freude, meinen Kollegen Professor Dr. Christoph Bieber vorzustellen. Wir sind Kollegen in einer ganz besonderen Art und Weise, weil wir nämlich ein gemeinsames Forschungsprojekt haben. In dem vom Land Nordrhein-Westfalen finanzierten Graduiertenkolleg „Digitale Gesellschaft“ leiten wir gemeinsam ein Projekt, das sich mit der Frage von Datenpraxen beschäftigt. Christoph Bieber betreut dort insbesondere den Bereich „Datenpraktiken in Verwaltung und Journalismus“. Er macht die Verwaltung, und ich bin eher für den Journalismus zuständig.

Christoph Bieber ist nicht nur Lehrstuhlinhaber für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft der NRW School of Governance, sondern er ist aktuell auch beurlaubt für eine, wie ich finde, sehr wichtige Tätigkeit. Er ist dabei, das NRW-Institut für Digitalisierungsforschung zu organisieren. Nach dem, was ich gehört habe, ist es fast in trockenen Tüchern. Das heißt, NRW kann mit zwei großen Forschungsverbünden und einem neuen Institut glänzen.

Prof. Dr. Christoph Bieber (Universität Duisburg-Essen): Vielen Dank für die Vorstellung. – Bis wir die Präsentation sehen, überbrücke ich noch ein bisschen die Zeit. Ich hätte durchaus etwas zu allen Fragen sagen können, wie es sich für einen ordentlichen Wissenschaftler gehört, der sich schon länger mit der Thematik auseinandersetzt, aber der heutige Schwerpunkt liegt auf den Bürgern und der Verwaltung. Das Verhältnis möchte ich kurz ansprechen, das war eine Forderung.

(Die Ausführungen des Redners werden von einer Präsentation begleitet *[s. Anlage 2].*)

Dieses Thema beschäftigt die Wissenschaft und die Praxis schon lange. In der letzten Zeit haben sich verschiedene Begriffe dafür gefunden. Man hat über E-Government gesprochen, über One-Stop-Government, über Open Government. So vielfältig wie die Begriffe ist auch das, was es in der Praxis gibt. In der Literatur finden wir durchaus einiges dazu.

Über die Jahre stellen wir allerdings fest: Es dominiert die Sicht auf die Probleme, die sich in dem Verhältnis von Politik, Digitalisierung, Verwaltung und Bürgern ergeben. Man sagt: Das zentrale Problem ist eine nicht adäquate föderale IT-Governance. Vielfalt gibt es, aber vielleicht etwas zu viel davon, sodass über einen längeren Zeitraum, wie wir jetzt feststellen, die Situation in Deutschland doch noch nicht ganz so gut ist, wie man es gerne hätte.

Ich nehme einmal an, auch bei der Digitalklausur der Bundesregierung auf Schloss Meseberg heute wird darüber geredet. Denn es wird in schöner Regelmäßigkeit darauf hingewiesen, dass man ganz tolle Initiativen startet. Diese schlagen sich aber zumindest in den Vergleichsrankings, die es ja gibt, nicht unbedingt nieder.

Sie haben die Präsentation, deshalb muss ich das nicht länger ausführen. Ich möchte nur zwei ganz kurze Statements der Kollegen nennen, die sich damit auseinandersetzen und das ein bisschen aufbereitet haben. Es gibt viele moderne Konzepte, wie man den Bürger anspricht. Da wären die Citizen Journey oder das Once-only-Prinzip zu nennen. Es gibt auch viele Instrumente, von denen man immer hört, die dann eingesetzt werden sollen.

Tatsächlich ist eine Diagnose, die sich immer wieder findet, dass es Probleme gibt, die nicht gelöst sind. Das ist zum einen auf der technischen und zum anderen – vielleicht sogar noch wichtiger – auf der organisatorischen Ebene. Die Frage ist immer: Wer macht das Ganze? Sich viele Ideen hineinzuholen oder Projekte anzuschauen, das geht, aber – das ist eine Diagnose von Kollegen, die sich sehr lange damit auseinandergesetzt haben, zum Beispiel Herbert Kubicek aus Bremen – entscheidend ist das Backoffice. Es geht also gar nicht so sehr um die Technik, sondern darum: Wer setzt sie um?

Das kennen wir in NRW auch. Hier gibt es viele Konzepte. In der letzten Zeit nähert man sich, wie ich finde, systematisch und sehr gut, mit großen Schritten der Digitalstrategie. Das Thema dabei ist die digitale Verwaltung im Dienst der Bürgerinnen und Bürger. Es heißt dazu: „Deshalb schaffen wir die Rahmenbedingungen, entsprechend dem EGovG NRW die gesamte Landesverwaltung bis 2025 vollständig zu digitalisieren.“ Gut. Weiter heißt es: „Noch im Jahr 2019 bringen wir hierzu die Novelle des

EGovG NRW auf den Weg …“ Auch das stimmt so weit. Darüber wird gesprochen. Allerdings ist es noch nicht verabschiedet und auch nicht in Kraft. Wir werden sehen, ob das gelingt.

Leider gibt es sehr häufig Absichtsbekundungen. Dann passiert auch etwas, aber vielleicht nicht genug. Die Kurzfassung wäre: It‘s the Backoffice, stupid. – Schauen wir also auf die Leute. Es ist wichtig, sich anzuschauen, wer sich in der Verwaltung mit den Projekten auseinandersetzt und wie das passiert.

Ein Trend aus den letzten Jahren ist, dass man nicht mehr nur nach der neuesten Technologie Ausschau hält und fragt: „Was könnten wir noch in diese Prozesse einbauen, und wie geht das?“, sondern: Wie verändert das tatsächlich die Prozesse in der Verwaltung? Brauchen wir dafür nicht vielleicht auch neue Wege und Verfahren?

Dass das schwierig ist, haben wir zuletzt besonders deutlich beim Blick auf die IT-Strategie des Bundes gesehen. Also auch da: Vielfalt und durchaus viel Geld sind vorhanden. Aber es ist noch nicht so lange her, dass dann die Schlagzeile zu lesen war: „Das teuerste Digitalprojekt der Regierung droht zu scheitern“ – im Milliardenbereich –, und das nicht, weil man es nicht kann, sondern vielleicht einfach, weil es nicht gelingt, mit ganz wenigen Menschen ein solches Megaprojekt umzusetzen. Auch da ist vielleicht das Backoffice das Problem.

Was man auch so langsam lernt, ist, dass es nicht um das eine große Megakonzept geht. BundOnline 2005 gab es mal. Das kam nicht aus 2005, sondern war deutlich früher. Damals hatte man den Ansatz gewählt: Wir digitalisieren alles, also alle Dienstleistungen. Wir machen eine Bestandsaufnahme: „Wie viele sind es?“, und dann entwickeln wir ein Umsetzungskonzept und machen das. – Das funktioniert nicht. Man muss anders vorgehen.

Man muss gewisse Risiken eingehen. Man muss das Scheitern einkalkulieren und tatsächlich sehr kleinteilige, inkrementelle Modernisierungsschritte angehen, sich also nur einige ausgewählte Dienstleistungen herausgreifen und die zur Umsetzung bringen. Dann nimmt man sich die nächsten vor, entwickelt aber nicht die großen Konzepte und sagt: Das machen wir alles. – Das gerät ins Stocken, was die Umsetzung angeht.

Auf Schloss Meseberg wurde gestern eine Art Start-up-Truppe aus dem Kanzleramt oder aus der Nähe des Kanzleramts vorgestellt, die dort dem Kabinett ihre Vorschläge präsentiert hat. Das heißt, es braucht neue Allianzen. Nicht mehr nur die Verwaltung allein oder große IT-Unternehmen sind gefragt, sondern es braucht andere, neue Partnerschaften aus der Entwickler-, aus der Start-up-Szene. Auch da passiert etwas. In NRW gibt es durchaus schon einige Entwicklungen.

Das sind alles neue Dinge. Dabei kann man sich nicht auf etwas Gelerntes verlassen, sondern muss im Zweifel neue Verfahren und neue Formen erfinden. Ein bisschen passiert das auch hier. Ich stehe wahrscheinlich noch viel zu fest auf dem Fleck und sollte lieber etwas herumlaufen. Die anderen können sich dann ja überlegen, was sie machen. Vielleicht sieht es auch sehr albern aus.

Es braucht andere Austauschformate zwischen Verwaltung, Bürgern, aber auch den Unternehmen, die vielleicht noch gar kein Unternehmen sind und es auch nie werden,

weil das Start-up nicht über die entsprechende Anfangsphase hinauskommt. Trotzdem kann aus solchen Verbindungen etwas Produktives entstehen.

Wir brauchen auch kürzere Formate und Formen, die nicht auf ein fixes Ziel ausgelegt sind. Barcamps, Hackathons sind offene Veranstaltungen. Man trifft sich, bringt Kreativität an einen Ort, hat aber nicht von vornherein das feste Ziel im Auge: Da wollen wir hin, das wollen wir heute Abend geleistet haben. – Man verlässt sich darauf, dass das Aufeinanderprallen von Menschen, die vielleicht die gleichen Interessen haben, aber unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, unter einem Dach – wenn es darum geht, neue Elemente der Verwaltung zu entwickeln – kreativ sein und etwas schaffen kann, ohne genau zu wissen, wo es hinführt. So etwas scheint man in dem Bereich, über den wir heute reden, also Digitalisierung und Verwaltung, durchaus gut gebrauchen zu können.

Wenn man einen Schritt zurücktritt, findet sich im Bereich der Forschung, die sich mit solchen Phänomenen auseinandersetzt, immer häufiger den Begriff des Civic Tech. Das ist, unschwer zu hören, kein deutscher Begriff. Damit beschreibt man ein neues Verwachsen unterschiedlicher Akteure aus dem IT-Bereich, der Kreativindustrie, der Politik, aber auch von digitalen Aktivisten, die dann fallweise zusammenarbeiten und so etwas wie Innovationen hervorbringen.

Es gibt eine ganz gute Studie aus den USA, von der Knight Foundation, die das zusammengestellt hat. Daran kann man sich orientieren. Allmählich gibt es auch in Deutschland immer mehr Akteure, die man diesem Feld zuordnen kann und die auch nach und nach die Verbindungen in die Politik finden.

Auf ein Projekt möchte ich ganz explizit hinweisen. In New York gibt es die Civic Hall. Das ist eine Art Begegnungszentrum und Veranstaltungsort für Innovatoren mit diesem Hintergrund. Dort arbeitet man in solchen neuen Konstellationen zusammen. Micah Sifry, den man hier sieht, nennt das: It’s more than a Hackathon, less than an Incubator. Auch hier: Neue Formen der Zusammenarbeit sind ganz wichtig, ebenso neue Räume und neue Orte dafür.

Das ist auch hier im Land angekommen. Schauen wir noch einmal in die Digitalstrategie. Da gibt es tatsächlich den Punkt:

> „Wir wollen die Möglichkeiten der Landesverwaltung ausbauen, um dynamische Veränderungsprozesse gestalten und Entwicklungen abschätzen zu können. Hierfür schaffen wir einen Ort für neue Formen agiler Zusammenarbeit in der Landeshauptstadt Düsseldorf.“

Super! Ich weiß noch nicht, wo dieser Ort ist, aber wenn es ihn gäbe, würde ich dahin gehen. Das sind Dinge, mit denen man sich schon auseinandersetzt, zu denen es auch Absichtserklärungen gibt, aber man muss sie dann eben auch machen.

Eine letzte inhaltliche Folie hierzu – das ist jetzt ein bisschen ab von dem klassischen Thema „Bürger und Digitalisierung der Verwaltung“ –: Im Einsetzungsbeschluss gibt es einen Satz, auf den ich zumindest ganz kurz eingehen möchte. Er lautet:

> „Eine besondere Herausforderung ist es, junge Menschen als Demokraten zu gewinnen und Ältere nicht zu verlieren.“

Ich möchte darauf hinweisen: Denken Sie doch mal darüber nach, ob man so etwas wie einen digitalen Besucherservice braucht. Was sind geeignete Formen? Wie kann man das machen? Man muss dahin gehen, wo man die jungen Menschen trifft. Man muss darüber nachdenken, welche Formate gut sind. Man darf dann auch den Austausch mit den Influencern nicht scheuen. Dabei kann etwas Gutes herauskommen.

Ich skippe diese Werbefolie. Die lesen Sie bitte nachher durch, wenn es um Engagement geht; vielleicht kann ich auch später noch etwas dazu sagen.

Dann verweise ich auf die Startveranstaltung im nächsten Jahr, auf der wir das Programm unseres neu zu gründenden Instituts vorstellen wollen. Es geht um die Zukunft interdisziplinärer Digitalisierungsforschung im Haus der Universität in Duisburg.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Schon in diesem ersten Statement gab es viele konkrete Vorstellungen. Gut, dass es ein Dokument dazu gibt, in dem wir alles nachlesen können. Es sieht so aus – das bestätigen wahrscheinlich auch die anderen Kolleginnen und Kollegen –, dass wir in NRW in einigen Aspekten vielleicht eine Art Vorreiterfunktion haben.

Dazu kann sicher auch Tobias Escher etwas sagen. Ich darf ihn kurz vorstellen: Juniorprofessor Tobias Escher leitet eine BMBF-geförderte Nachwuchsforschungsgruppe zur Untersuchung der Wirkung von Beteiligungsprozessen – jetzt kommen wir zum Thema „Partizipation“ – auf Qualität und Legitimität politischer Entscheidungen. Er war insbesondere beim Forschungskolleg „Online-Partizipation“ – auch hier: Düsseldorf, noch einmal NRW – dabei. Er untersucht vor allen Dingen die Frage, inwieweit Bürgerbeteiligung zu höherer Qualität der Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen beiträgt. Das ist eine der großen Fragen.

Prof. Dr. Tobias Escher (Universität Düsseldorf): Hallo! Vorstellen muss ich mich nicht mehr. Vielen Dank, Caja Thimm, dass Sie das übernommen haben.

(Die Ausführungen des Redners werden von einer Präsentation begleitet *[s. Anlage 3].*)

Mein Thema ist, wie gesagt, die Partizipation. Anfangen würde ich gern mit einem Appell an Sie, nämlich realistische Erwartungen an Partizipation zu knüpfen. Wenn ich gleich etwas sage, dann habe ich immer verwaltungs- oder politikinitiierte Partizipation im Kopf, also Partizipation von oben. Ich denke, zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, die von unten initiiert ist, sagen noch andere Expertinnen und Experten etwas.

Die Frage ist: Was macht Sinn, wenn wir über Partizipation nachdenken? Zu den realistischen Erwartungen habe ich vier Punkte mitgebracht:

Erstens. Beteiligung erreicht immer nur eine kleine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern. Das sind Leute mittleren Alters, die eine hohe Bildung haben, ein tendenziell höheres Einkommen usw.

Zweitens. Beteiligung ist kein Allheilmittel. Auch der beste Partizipationsprozess wird am Ende Menschen zurücklassen, die unzufrieden sind, die im Zweifel auch klagen.

Drittens. Beteiligung ist nicht umsonst zu haben. Sie kostet Zeit, Geld und – alle, die schon einmal damit zu tun hatten, wissen das – auch Nerven. Das kann sich lohnen, aber das muss man aushalten.

Viertens – dieser Punkt ist mir sehr wichtig, wenn wir über Onlinebeteiligung sprechen –: Bei diesen Verfahren liegt der Fokus häufig auf der Technologie. Dabei scheitern die Verfahren ganz selten an der Technik, sie scheitern an den Strukturen, die dahinterstecken. Denn was gute Beteiligung ist, das unterscheidet sich kaum zwischen Online- und Offlineformaten.

Trotzdem gibt es eine Reihe von Besonderheiten, wenn Sie das Internet nutzen, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Ein paar habe ich für Sie aus der Forschung mitgebracht.

Erster Punkt: Ja, über Onlinemöglichkeiten erreichen wir mehr Menschen. Es sind nur dummerweise wieder die Menschen, die sich sonst auch beteiligen, die eine höhere Bildung haben, die ein höheres Einkommen haben, die sich anderweitig engagieren.

Zweiter Punkt: Das Problem ist, dass wir es online teilweise mit bestimmten Vorbehalten zu tun haben. Einige Menschen würden sich gern beteiligen, machen das aber ganz explizit nicht, wenn es online stattfindet, weil sie zum Beispiel Datenschutzbedenken haben.

Dritter Punkt: Relativ selten sehen wir, obwohl wir es häufig befürchten, dass diese Verfahren sehr unsachlich ablaufen. Jetzt lachen einige, weil sie wahrscheinlich bestimmte Diskussionen im Kopf haben, bei denen das nicht zutrifft. Aber ich denke in der Regel an Verfahren, die verwaltungs- oder politikseitig initiiert werden. Es kommt vor, ist aber häufig gar kein so großes Problem.

Vierter Punkt: Wir haben eher eine Artikulation von Interessen als einen rationalen Diskurs.

Fünfter und letzter Punkt: Sie haben einen Effekt auf die Einstellung der Teilnehmer. Das ist gut. Wenn Sie ein gutes Verfahren machen, können die Menschen hinterher zufriedener mit der Verwaltung, mit den Entscheidungen, mit der Politik sein. Das kann aber auch schlecht sein. Denn wenn Sie ein schlechtes Verfahren haben, dann sind die Leute hinterher unzufriedener als vorher.

Die Bitte war, daraus konkret etwas abzuleiten. Das habe ich versucht. Ich bin gespannt, ob es nachher noch eine Diskussion gibt. Aus meiner Sicht eignen sich Onlinebeteiligungsformate erst einmal dafür, viele Leute zu erreichen, die dann ihre Interessen artikulieren können. Dazu können Verwaltung und Politik relativ zeitnah eine Rückmeldung geben. Ein wichtiger Punkt ist: Hier kann es schon eine Auseinandersetzung geben, eine Erklärung. Hier kann Verständnis geweckt werden.

Dass dann wirklich neue Konzepte entwickelt werden, dass Kompromisse geschlossen werden, das läuft in einem deliberativen Diskurs. Das kann passieren, aber darauf würde ich nicht setzen.

Wichtig ist: All die Erkenntnisse, die sich daraus ergeben, sollten in die etablierten Entscheidungsprozesse einfließen. Das heißt ganz dezidiert nicht, dass wir Onlinever-

fahren machen und sagen: Ganz viele waren für Position A, also machen wir Position A. Das kann es nicht sein vor dem Hintergrund der Frage, wie eben schon ausgeführt: Welche Menschen machen da mit?

Es gibt eine Reihe von Erfahrungen, eine gute Praxis, die sich etabliert hat. Darauf kann ich jetzt nur kurz eingehen, die Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis werden sicher noch darauf zu sprechen kommen. Sichtbarkeit ist wichtig, also dass man alle Beiträge sieht; eine niedrigschwellige Beteiligung, also keine Registrierungspflicht, die Verbindung von Online- und Offlineformaten; die Möglichkeit der Strukturierung, damit nicht 10.000 Leute sagen müssen: „Das sehe ich auch so“, also Moderation; und es sollte klar sein, dass die Leute es mobil nutzen. – So viel zu der Frage von Onlinebeteiligung.

Was ist das Besondere? Was ist aus meiner Sicht ein Einsatzszenario für Top-down-Beteiligung? Etwas allgemeiner jetzt die zweite Hälfte: Wie lässt sich Partizipation fördern? Ich habe ein paar Erkenntnisse mitgebracht, die aus NRW stammen, aus einem Forschungsprojekt, das ich in den letzten zwei Jahren auch mit den Kolleginnen und Kollegen von Zebralog durchgeführt habe. Wir haben in Köln, Bonn und Moers Beteiligungsverfahren durchgeführt, die online abliefen. Hier die Punkte, die ich für wichtig halte:

Alle sozialen Schichten wissen gleichermaßen davon, dass die Beteiligung stattfindet. In der Regel heißt es, sie wissen es eben nicht; ich zeige Ihnen das gleich. Dass sich am Ende stereotyp die alleinerziehende Mutter nicht am Verfahren beteiligt, liegt nicht unbedingt daran, dass sie davon nicht erfahren hat, sondern das liegt daran, dass sie keine Zeit hat, dass sie keine Ressourcen hat, dass sie kein Interesse hat. Insbesondere haben viele Bürgerinnen und Bürger Vorbehalte. Sie glauben nicht, dass solch ein Beteiligungsverfahren überhaupt etwas bringt.

Die Leute, die am Ende mitmachen, sind natürlich Betroffene; das ist wenig überraschend. Aber es sind auch die Unzufriedenen. Das ist das, was wir auf der Plattform finden. Die Menschen sind vor allen Dingen motiviert, weil sie Kritik zu äußern haben. Das ist auch vollkommen legitim, aber das muss man wissen.

Jetzt steht hier ein Satz, bei dem Sie sagen werden: „Dafür muss ich niemandem Forschungsgelder geben“, nämlich: Die Leute werden zufriedener, wenn sie sich ernst genommen fühlen. – Das Besondere aber ist, dass Sie damit auch erreichen, dass vorher sehr politikverdrossene Menschen hinterher zufriedener mit der Politik, mit dem Entscheidungsverfahren, mit den Entscheidungstragenden sind. Ein gut gemachtes Verfahren, mit dem Sie die Menschen überzeugen können, in dem Sie sie ernst nehmen, in dem Sie mit den Beiträgen etwas machen, sorgen auch bei denen, die schon nicht mehr an Sie glauben, für eine positive Einstellung.

Dann haben wir uns gefragt: Was kann man tun, damit mehr Leute mitmachen? Das ist ja offenbar ein Hauptproblem. Wir haben einen Test durchgeführt und die Leute persönlich eingeladen. Das sind die einzigen Zahlen, die ich Ihnen mitbringe. Hier sehen Sie vier Balken. Wir haben eine repräsentative Befragung in unseren drei Städten gemacht, in Köln, Bonn und Moers. Wir haben gefragt: Haben Sie etwas von unserem Beteiligungsverfahren gehört? Das hatten wir in der Öffentlichkeit ganz toll beworben,

in Bussen und Bahnen, durch Pressemitteilungen. Schauen Sie sich den obersten Balken an: 75 %, also drei von vier Leuten, hatten nie etwas davon gehört. Der untere Balken zeigt, wie viele sich durch einen Vorschlag, durch einen Kommentar aktiv beteiligt haben: 1 %. Und selbst das ist gelogen. Es sind definitiv weniger.

Hier sehen Sie im Vergleich die Balken für die Leute, die persönlich eingeladen wurden. Wenn Sie nach unten gucken, stellen Sie fest, dass sich auf einmal nicht mehr nur 1 % beteiligt hat, sondern es sind 7 %. Insgesamt 15 % hatten sich die Plattform zumindest angeschaut. Die persönliche Ansprache, das konnten wir experimentell nachweisen, lohnt sich.

Jetzt kommen wir zu meiner letzten Folie: Welche Maßnahmen lassen sich daraus ableiten? Das sind ein paar Allgemeinplätze, die eigentlich klar sein sollten. Ich will sie Ihnen trotzdem mitgeben.

Beteiligen Sie nur, wenn es etwas zu entscheiden gibt und wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger auch wirklich Einfluss nehmen lassen wollen. Das Thema muss halbwegs sinnvoll sein und einen Bezug zur Lebenswelt haben. Es muss sichtbar sein, das ist klar. Unglaublich wichtig ist eine Rückmeldung an die Teilnehmenden, und das nicht erst nach zwei Jahren, wenn alle Beratungen abgeschlossen sind, sondern auch während des Prozesses.

Der Dreh- und Angelpunkt ist das Personal. Auch das ist nichts Neues. Aber ich muss es Ihnen trotzdem mitgeben, weil wir das immer wieder sehen. Sie brauchen Leute, die sich mit Beteiligung auskennen, die ein gutes Konzept entwickeln. Sie brauchen aber auch Leute, die von der Fachlichkeit her die Vorschläge hinterher verarbeiten können. In Bonn hatten wir mal 2.000 Vorschläge. Die muss jemand prüfen. Dann sorgen Sie nicht für Freude in der Verwaltung, wenn das die Leute machen müssen, die ohnehin schon genug zu tun haben.

Abschließend – der Punkt war ja auch, konkret die Landesebene im Blick zu haben –: Sie stehen jetzt vor einer besonderen Herausforderung. Eigentlich sind Sie relativ weit weg von den Bürgerinnen und Bürgern. Gleichzeitig haben Sie eine sehr große Machtfülle. Das, was Sie entscheiden, ist wirklich relevant.

Das Problem ist: Wenn Sie mir ein Windrad in den Garten bauen wollen, steige ich natürlich auf die Barrikaden. Der Landesentwicklungsplan, der das vielleicht vorher möglich gemacht hat, war mir aber noch zu abstrakt; da wollte ich mich nicht beteiligen.

Nach meinem Eindruck bestehen für Sie zwei Herausforderungen: Entweder beteiligen sich ganz viele – bei einem Thema wie der Braunkohle ist irgendwie jeder betroffen –, oder es beteiligt sich niemand, weil es zu abstrakt ist.

Mein Vorschlag ist, konkreter über andere Formate nachzudenken, von denen Sie hier in der Vergangenheit auch schon gehört haben. Sie könnten Menschen gezielt rekrutieren, sie zufallsbasiert, quotenbasiert aussuchen und einladen, sodass Sie aus verschiedenen Schichten Rückmeldungen, Meinungen zu Themen, die auf Landesebene verhandelt werden, erhalten. Das sorgt dafür, dass überhaupt erst jemand mitmacht, dass Sie die relevanten Themen bekommen. Das sorgt auch dafür, dass es nicht 10.000 oder 20.000 Rückmeldungen sind, mit denen man kaum noch umgehen kann.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Irgendwie kommen wir immer wieder zum Personal, zur Verwaltung und zu der großen Frage von Vertrauen.

(Prof. Dr. Tobias Escher [Universität Düsseldorf]: Nicht abgesprochen!)

– Nicht abgesprochen. Aber ganz offensichtlich geht die Forschung, zumindest bei euch beiden, in eine ähnliche Richtung.

Jetzt habe ich die Freude, Herrn Dr. Radtke vorstellen zu dürfen. Er ist Mitarbeiter in einem Sonderforschungsbereich. Das ist im Prinzip das Eliteinstrumentarium, wenn ich das so sagen darf, der Deutschen Forschungsgemeinschaft bei den Kollegen in Siegen. Dieser SFB nennt sich „Medien der Kooperation“. Er ist dort tätig im Teilprojekt „Going Public“ in medienkooperativen Engagementformen und beschäftigt sich besonders mit dem Bereich „Energie“, der in Nordrhein-Westfalen ja immer auf der Tagesordnung ist.

Dr. Jörg Radtke (Universität Siegen): Vielen Dank für die Einladung und die Vorstellung. Ich möchte noch sagen, dass ich auch ein Projekt im Auftrag des Landes NRW zum Thema „Onlinebeteiligung“ durchführe. Dazu könnte ich Ihnen ebenfalls etwas erzählen.

Jetzt habe ich mich sehr an den Fragen orientiert, die uns mit auf den Weg gegeben worden sind. Ich kann Ihnen nicht viel anderes sagen als meine Vorredner; denn natürlich ist das, wie schon festgestellt, im Wesentlichen der Stand der Forschung.

Es gibt ein paar interessante Punkte, zum Beispiel das zuletzt Angesprochene, was ich ganz spannend fand: Wann sollte man beteiligen? Wirklich nur, wenn etwas ganz Konkretes ansteht? Da gehen die Meinungen sehr auseinander.

(Die Ausführungen des Redners werden von einer Präsentation begleitet *[s. Anlage 4]*.)

Ich möchte einsteigen mit der Frage: Welche Strategien und Formen werden für besonders erfolgreich und nützlich gehalten? Dazu nehme ich eine Dreiteilung vor: Es geht um die formelle und die informelle Öffentlichkeitsbeteiligung sowie um etwas, was es daneben vielleicht noch gibt.

Formelle Öffentlichkeitsbeteiligung ist das, was man so kennt, was die Behörden durchführen, wenn zum Beispiel etwas gebaut wird. Das läuft in bestimmten Bundesländern, in Schleswig-Holstein und Sachsen, inzwischen über Portale ab. Das Land Nordrhein-Westfalen wird sich da, wie ich gerade erfahren habe, am Land Sachsen orientieren und so etwas hier auch einführen. Das halte ich für sehr sinnvoll, für sehr gut. Die Erfahrungen sind sehr positiv, das klappt ganz gut. So kann man eine Vielzahl an Stellungnahmen verarbeiten und überhaupt entgegennehmen. Das kann man als sehr nützlich und erfolgreich ansehen.

Bei der informellen Öffentlichkeitsbeteiligung werden Bürger in einem Rahmen beteiligt, der über die klassische Abgabe von Stellungnahmen hinausgeht. Das ist auch sehr nützlich, bislang allerdings nicht so erfolgreich. Das liegt an dem, was der Kollege

Escher gerade schon erwähnt hat. Zu den wesentlichen Gründen muss ich daher nicht mehr viel sagen.

Der dritte Punkt, den ich gern ins Spiel bringen möchte, sind so etwas Stadt-Apps, die gerade sehr en vogue sind. Hier kann ich die Stadt Tübingen nennen, die eine solche App aufgebaut hat. Darüber werden die Bürger dann zum Beispiel gefragt, wie lang die Bahnen im Schwimmbad sein sollen. Das ist recht erfolgreich. Der Nutzen ist aber umstritten, und zwar aus ähnlichen Gründen, wie sie bereits genannt wurden, nämlich Stimmungslagen usw. einzufangen.

Zu den eigenen Erfahrungen kann ich kurz aus dem laufenden Projekt berichten. Wir sind damit betraut, eine informelle Plattform aufzubauen, die man nutzen kann, wenn eine Kommune ihre Bevölkerung zum Beispiel an einem Projekt, einer Maßnahme, wie auch immer, beteiligen und das nicht nur über den formellen Rahmen machen will. Man kann auf jeden Fall sagen: Das Interesse in der Bevölkerung ist wahnsinnig groß. Die Resonanz ist gewaltig.

Allerdings hakt es durchaus an der technischen Umsetzung. Das ist zum Teil gar nicht so leicht, wie man es sich vorstellt. Wir sind zwar alle sehr gut vertraut mit Google und anderen Angeboten, die es gibt, aber die Erstellung von Applikationen, die so aufgebaut sind, dass sie einerseits konkret genug sind, andererseits so weit und offen, dass viele Stimmen eingefangen werden können, ist gar nicht so einfach.

Die bereits erwähnte Verzahnung mit den Offlineangeboten ist auch eine Schwierigkeit. Das klappt häufig nicht so gut. Dann findet etwas irgendwo vor Ort statt, und das, was online gelaufen ist, fällt schnell unter den Tisch oder umgekehrt.

Sie haben nach den Ebenen gefragt, wie ich das einschätzen würde, in welchen Rollen ich die unterschiedlichen politischen Ebenen sehen würde. Auf der kommunalen Ebene – das ist das Echo, das von da zurückkommt; wir haben es auch gerade schon vernommen – stellt sich unbedingt die Frage der Ressourcen: der personellen Ressourcen, der fachlichen Ressourcen, der IT-Kenntnisse. Da ist sicherlich Förderung erforderlich. Man könnte über Landesförderprogramme oder Ähnliches nachdenken.

Die Landesebene würde ich in der Rolle der Koordination sehen. Das Land wäre damit betraut, zu gucken, was in ihren Regionen und Kommunen vor sich geht. Dabei möchte ich insbesondere auf die durchaus entstehenden starken regionalen Disparitäten hinweisen. Denn es gibt einige recht starke Kommunen, die auch finanzstark sind und sich tolle Sachen leisten können, und es gibt nun mal enorm finanzschwache Kommunen, die sich nicht so viel leisten können. Davon geht die Demokratie nicht unter, aber das ist zumindest ein wahrnehmbarer Trend. Es entstehen Abhängigkeitsverhältnisse, die in dem Bereich ernst zu nehmen sind.

Als letzten Punkt hierunter möchte ich gerne auf den Einbezug politischer Akteure hinweisen. Welche große Rolle das spielt, damit sind Sie hier sehr gut vertraut. Man kann schon beobachten, dass sich politische Akteure häufig heraushalten. Natürlich sind Sie hier in der Politik aktiv, twittern usw. usf., aber das heißt nicht, dass Sie tatsächlich aktiv an Diskursen teilnehmen, an denen sich die breite Öffentlichkeit beteiligt. Mein Eindruck ist: Das zerfällt eigentlich ein bisschen in Welten. Da, wo Politiker aktiv sind,

sind bestimmte Bürger nicht aktiv. Das ist ein gewisses Problem. Man muss sich die Frage stellen, inwieweit man Foren schafft, in denen so etwas zusammengeführt wird.

Zu der Beziehung zwischen Bürgern und Verwaltung: Zunächst möchte ich grundsätzlich konstatieren, dass sich die Beziehung meiner Ansicht nach in den letzten Jahren stark verbessert hat. Die Bürger und die Verwaltungen in Deutschland sind insgesamt näher aneinandergerückt.

Auf der anderen Seite kennt man die Probleme der harten Fronten, der schwierigen Kontroversen, der Polarisierung, was sich vor Ort abspielt. Das gibt es tatsächlich, Stichwort „Wutbürger“.

Die Frage ist: Welche Beziehungen haben die Bürger ansonsten noch, wenn sie nicht gerade vor dem Rathaus stehen und da wütend ihre Meinung äußern wollen? In der Digitalisierungsstrategie sind zum Beispiel Bürgerportale geplant. Auch der IT-Planungsrat setzt sich dafür ein, dass man solche Formate schafft, damit die Bürger ein großes Portal haben, über das sie alles beantragen und steuern können.

Allerdings wäre die unmittelbare Beziehung, wenn ich einfach so einen Input loswerden möchte, davon nicht berührt. In den kleinen Gemeinden und Kommunen gibt es klassischerweise Sprechstunden, in denen sich der Bürgermeister alle möglichen Sorgen und Wünsche seiner Bürger anhört. Das funktioniert online, glaube ich, nicht, bisher zumindest nicht. Man müsste einmal darüber nachdenken, ob nicht über Formate wie eine Stadt-App die Möglichkeit besteht, solche Dinge abzubilden. Klar ist natürlich – das wissen wir alle –: Ein Onlineformat kann ein Gespräch, die Realität nicht ersetzen.

Zu der Frage von problematischen Gruppierungen im Netz: Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass man das beobachten kann. Sphären brechen zunehmend auseinander, Stichwort „Filterblasen“. Das ist tatsächlich der Fall. Die Frage ist: Wie sieht es beim Thema „Onlinebeteiligung“ aus, gerade was die Rolle der schweigenden Mehrheit angeht? Denn wir können feststellen: Die Leute, die da aktiv sind, sind eben nicht – wie wir jetzt schon mehrfach gehört haben – die breite Mehrheit. Viele sind nicht aktiv. Wenn Sie in bestimmten Kreisen herumfragen, auch in meinen, in unseren Kreisen, dann merken Sie, dass all das recht schwach ausgeprägt ist. Die Folgen davon sind uns allen bekannt.

Was kann man also machen? Ich meine, zunächst muss man festhalten: Um eine Integration weiter Teile der Bevölkerung – im Sinne der Repräsentativität – kommt man nicht herum. In den 60er-, 70er-Jahren wurde von Kollegen in Wuppertal das Offlineverfahren der Planungszelle erfunden. Eine Zufallsauswahl an Bürgerinnen und Bürgern kommt zusammen, um so etwas im kleinen Maßstab zu ersetzen. Das geht online natürlich nicht. Ich halte das für ein erhebliches Problem, das man nicht einfach lösen kann.

Ein Ansatz wäre, gezielt auf Projekte zu setzen. Dazu lädt man dann die unterschiedlichen Gruppen ein. Man betreibt das aktiv und überlässt es nicht sich selbst. Es heißt ganz bewusst: Wir setzen die Bürgerinitiative, die eigentlich gegen das Projekt ankämpft, mit dem Gemeinderat zusammen. Die müssen jetzt einfach zusammenarbeiten, sich zusammenfinden, um auf diese Weise etwas zu erreichen.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Funktion der Verwaltungen dabei, die meist eine Querschnittsrolle haben und gerade im Rahmen von Beteiligungsverfahren dann häufig die Moderation, die Koordination usw. übernehmen. Man kann tatsächlich beobachten, was ich ganz interessant finde, was mir oft aufgefallen ist, dass die Verwaltung aus ihrer bisherigen Rolle, die meist etwas distanziert und damit recht neutral war, tendenziell ein bisschen herausrutscht und, so würde ich behaupten und die These aufstellen, dadurch mehr politisiert. Sie wird mehr in diese Dinge hineingezogen und fühlt sich zum Teil auch genötigt, Position zu beziehen.

Das hat etwas damit zu tun, dass sich die Verwaltung unmittelbar angegriffen fühlt und zum Teil von ihr verlangt wird, sich zu positionieren, in die Medien zu gehen und die Dinge anzugehen. Damit verliert sie ein bisschen ihre bisherige Position, die vielleicht etwas angenehmer war, weil sie sich zurücklehnen und sagen konnte: Das lassen wir so ablaufen, das soll die Politik regeln. – Da sehe ich ein gewisses Problem. Für die Verwaltung ist das tatsächlich sehr schwierig. Sie reagiert dann darauf, indem sie zum Beispiel ausweichend ist, unterbinden, steuern will usw. Das Problem ist: Wie soll sie es machen? Im Prinzip ist sie mit diesen Aufgaben überfordert.

Damit wären wir wieder beim Anfang und bei den Kollegen. Die Frage ist: Wie würde man es denn aufrollen, professioneller aufbauen, an andere Experten übergeben?

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Die schweigende Mehrheit hat uns schon in verschiedener Hinsicht beschäftigt. Es beteiligen sich immer diejenigen, die ohnehin viel machen. Das war in einigen Runden hier ein Thema.

Wir haben jetzt eine Viertelstunde Zeit für die Diskussion und Nachfragen zum Wissenschaftsbereich. Zur Praxis kommen wir nachher noch.

Prof. Dr. Frank Decker (Sachverständiger EK III): Ich möchte die Ausführungen von Herrn Escher ergänzen. Sie hatten vier Punkte genannt und eingangs gesagt, dass gute Beteiligung kaum zwischen Online- und Offlinetechniken unterscheidet. Ich glaube, das gilt ausgerechnet nicht für die nach wie vor wichtigste Form der Beteiligung, nämlich für Wahlen. Denn dabei haben wir ein fundamentales Problem mit Blick auf die Wahlrechtsgrundsätze der Geheimhaltung, der Freiheit, die eine umstandslose Ablösung der heutigen Verfahren durch Onlinepartizipation verbieten. Das sollte man im Auge behalten.

Mit Blick auf Abstimmungen ist das vielleicht schon offener zu betrachten. Zumindest bei den Wahlen scheint mir aber ein deutlicher Unterschied zu bestehen. Denn in dieser Pauschalität würde die These nicht stimmen, es sei denn, Sie klammern die Wahlen aus diesem Bereich der Partizipation von vornherein aus. Das haben Sie aber eingangs nicht so deutlich gemacht.

Prof. Dr. Tobias Escher (Universität Düsseldorf): Das hätte ich vielleicht tun sollen. Wahlen haben tatsächlich eine Sonderrolle. Das ist sozusagen das konstituierende Element. Sie laufen auch von der Logik her ein bisschen anders ab. Wenn es um Be-

teiligung geht, möchte ich die sinkende Beteiligung gerade auf Landes- und Kommunalebene ansprechen. Aber das hätte ich vorweg vielleicht sagen sollen. Wahlen habe ich ausgeklammert. Einer der Gründe ist unter anderem das, was Sie ausgeführt haben.

Bei allen anderen Verfahren, über die wir uns unterhalten haben, die ich auch erwähnt habe, sind wir uns aber, denke ich, einig, dass der Unterschied nicht so groß ist.

Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Bei der Fragestellung, mit der wir uns hier beschäftigen, geht es ja um Onlinepartizipation insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der Debattenkultur mit einer antifragmentierenden Wirkung. Welche Erkenntnisse haben Sie, vor allem zu einer versöhnenden Wirkung von Onlineangeboten?

Zum einen sagt man: Es wird nicht schlimmer. Zum anderen ist die Frage: Welche Formate sind geeignet, um dort, wo schon Risse sind, wo es schon eine Fragmentierung gibt, etwas zu kitten? Oder ist das hoffnungslos?

Dr. Jörg Radtke (Universität Siegen): Ich hoffe, dass es keine hoffnungslosen Fälle gibt. Onlinebeteiligung – man hat es schon oft gehört – kann natürlich nicht zaubern. Der recht bekannte Beteiligungsforscher Professor Ortwin Renn, der schon seit vielen Jahrzehnten an dem Thema arbeitet und die Nachfolge von Klaus Töpfer an dem Institut in Potsdam angetreten hat, hat es auf die Frage gebracht – seine Mitarbeiter haben 40 Jahre Beteiligungsforschung ausgewertet –: Was ist denn das entscheidende Kriterium? Was kann man am ehesten erreichen?

Die Antwort lautet tatsächlich: so etwas wie eine Perspektivübernahme. – Es ist von entscheidender Bedeutung, zu erreichen, dass sich die andere Seite besser in die eigene Position hineinversetzen kann. Ich glaube, dass Onlinebeteiligung dazu einen Beitrag leisten kann. Dabei geht es auf der untersten Ebene erst einmal nur um die Information, so simpel das klingen mag. Danach geht es um eine Aufbereitung, die einerseits so einfach sein muss, dass das Anliegen verständlich ist, andererseits natürlich nicht zu vereinfachend sein darf. Damit ist man in den ganz normalen Medienfällen.

Ich würde schon eine Möglichkeit sehen, wie man das online sehr gut abbilden könnte, wie auch unterschiedliche Positionen nebeneinandergestellt werden könnten und wie, wenn ein Input von einzelnen Bürgern erfolgt, auch eine Einflussnahme, eine Rückmeldung stattfinden könnte.

Ich habe eine konkrete Rückmeldung aus einer NRW-Kommune bekommen. Es ging um ein Onlinebeteiligungsverfahren bei uns in der Region, im Siegerland. Der Bürgermeister war anschließend ganz begeistert. Online wurde ein Vorschlag von einem Bürger gemacht, der aber nicht im Sinne der Kommune war; es wäre schwierig gewesen, diesen Vorschlag umzusetzen und ernst zu nehmen. Die Aufgabe, sich damit auseinanderzusetzen, wurde ihm dankenswerterweise abgenommen. Zahlreiche andere Bürgerinnen und Bürger stellten die Rückmeldung ein: Dein Vorschlag ist ja schön und gut, das ist aber sehr teuer und sehr schwierig. Aufgrund dieser Rückmeldungen hat

er selbst festgestellt: Offenbar findet das in meiner Kommune keine Resonanz. – Damit hatte sich diese Sache ganz gut gelöst. Aber damit können wir natürlich keinen Extrempositionen begegnen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Professor Bieber, was verstehen Sie unter „digitalem Besucherservice“? Es gibt verschiedene Deutungskontexte, wenn ich versuche, mich in Ihre Wissenschaftssprache einzufinden. Es kann etwas mit denen zu tun haben, die schon hier sind, um sie digital zu informieren. Es kann sein, dass ich Menschen hier digital hereinlassen möchte. Es kann alles Mögliche sein. Der Landtag macht schon sehr viel. Ich bitte um Erläuterung, was wir konkret mehr tun sollen.

Prof. Dr. Christoph Bieber (Universität Duisburg-Essen): Ich meine tatsächlich etwas Paralleles zu dem Besucherprogramm, das offline stattfindet. Die Menschen kommen in den Landtag, gucken sich alles an, machen dann gerne ein Foto auf der Treppe und gehen wieder nach Hause. Ich möchte anregen, darüber nachzudenken, so wie ich es auch gesagt habe, Menschen hier digital hereinzuholen.

Die Frage ist: Wie macht man das? Es gibt in NRW, aber auch in anderen Bundesländern zum einen die Diskussion, Plenardebatten stärker digital zu öffnen, wenn es darum geht: Darf man aus dem Plenum heraus twittern, um solche Diskussionen anzuschieben, um dort einen Dialog zu suchen?

Man müsste vielleicht auch überlegen, Formate zu entwickeln, die den Landtag gerade für jüngere Menschen sowohl zu einem interessanten Offline- als auch Onlineort machen. Die Frage wäre: Kann man im Sinne einer nach außen gerichteten Parlamentskommunikation nicht noch mehr machen? Kann sich der Landtag auch in solchen Foren präsentieren, die von jungen Menschen wahrgenommen werden?

Das klassische Beispiel aus den letzten Monaten ist das Rezo-Video. Es muss ja nicht immer nur in die Richtung sein, dass sich Menschen von außen gegen die Politik wenden und dann große Reichweiteneffekte erzielen. Warum kann die Politik nicht aktiv auf neue Multiplikatoren zugehen und sich überlegen, wie man sich in solchen Formaten positioniert, um dort vielleicht neue Zielgruppen zu erschließen? Das ist die Idee. Das können YouTube-Kanäle sein, das können Podcasts sein, die mittlerweile große Reichweiten haben, wo es auch Communitys gibt, die sich für Politik interessieren.

Das schließt auch an die anderen Beteiligungsfragen an. Das kann dann funktionieren, wenn es eine lebensfähige, gute Community gibt, die sich entlang einer Frage formiert, der man Zeit gibt, um sich zu finden, gegenseitig Vertrauen zu fassen, um dann entlang von Problemen zu diskutieren. Die Idee oder der Hinweis wäre, darüber nachzudenken: Kann man vielleicht noch etwas anderes machen als bisher? Offline läuft das alles gut, in prima Routinen. Da hat sich über die Zeit etwas gefunden. Aber jetzt wäre die Frage: Was kann man im digitalen Raum neu hinzufügen?

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Dann notieren wir doch die Idee des Landtagspodcasts. Das ist schon etwas Konkretes.

Dr. Martin Florack (Sachverständiger EK III): In den Statements habe ich etwas zur Funktionalität von Onlineverfahren gehört. Mich würde noch eine andere Ebene interessieren, nämlich das Zutrauen und Vertrauen in diese Formate. Wenn ich es richtig sehe, ist es vielfach das Problem, dass die Bürgerinnen und Bürger gerade kein Vertrauen in diese Formate haben. Das ist gar keine Frage der Funktionalität und der Professionalität des Managements, sondern: Traue ich den Formaten in der digitalen Welt zu, dass sie dasselbe erreichen? – Das ist das Erste.

Das Zweite ist die weiterführende Frage, die zumindest angetippt worden ist, weil das Stichwort immer wieder auftaucht, nach den berühmten Echokammern und Filterblasen. Ich meine, zuletzt gelesen zu haben, dass es zumindest für den deutschen Fall gar keinen empirischen Nachweis gibt. Inwieweit sprechen wir da von einem eingebildeten oder realen Problem? Ist der Transfer einer US-amerikanischen Realitätsbeschreibung auf die deutsche nicht vielleicht sehr verkürzt?

Prof. Dr. Tobias Escher (Universität Düsseldorf): Ich beginne mit der Frage des Vertrauens. Das ist ein Punkt, den ich von Anfang an genannt habe. In unseren Umfragen sehen wir, dass es Leute gibt, die dezidiert nicht mitmachen, wenn es online ist. Teilweise sind Probleme mit der Technik der Grund, aber es sind auch das mangelnde Vertrauen, die Datenschutzproblematik usw.

Es gibt aber auch die andere Seite. Wir fragen nach: Hätten Sie auch mitgemacht, wenn es nicht online gewesen wäre? Es ist nicht eins zu eins derselbe Anteil, aber zwischen 10 und 20 % sagen, sie machen aus Datenschutzgründen nicht mit, und ebenfalls 10 bis 20 % sagen, sie hätten nicht mitgemacht, wenn es offline gewesen wäre, weil es dann eine Veranstaltung ist, zu der man hingehen muss.

Das weist darauf hin – und ich habe versucht, das klarzumachen –: Es gibt nicht die allein selig machende Lösung. Es ist für eine Reihe von Leuten eine super Möglichkeit, sich zu beteiligen, die sich sonst nicht einbringen könnten. Aber wir müssen gleichzeitig die anderen Möglichkeiten anbieten, weil wir bestimmte Menschen nur abholen, wenn es vor Ort ist, wenn es persönlich ist mit einem direkten Gegenüber.

Die Frage der Echokammern würde ich gerne an die Kolleginnen und Kollegen weitergeben, die später noch im Programm sind.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Sie können auch direkt etwas dazu sagen.

Prof. Dr. Nicole Krämer (Universität Duisburg-Essen): In der Tat stimme ich Ihnen zu, dass es unterschiedliche Befunde dazu gibt. Nicht unbedingt einen Unterschied zwischen den USA und Deutschland sehe ich in der Frage, ob es Echokammern gibt oder nicht. Die Mechanismen sowohl von psychologischer Seite als auch von technischer Seite sind in den USA und bei uns ähnlich. Deswegen kommt es auch zu ähnlichen Phänomenen.

Noch nicht ganz geklärt ist: Wie stark ist das Phänomen? Wie stark bilden sich solche komplett voneinander getrennten Communitys? Je nachdem, wie man forschungsmäßig vorgeht – das zeige ich gleich noch ein bisschen genauer –, ob man sich die Netzwerke anguckt oder ob man die Leute befragt, gibt es durchaus unterschiedliche Ergebnisse.

Am interessantesten ist vielleicht – das spontan in dem Zusammenhang –, dass die Leute offline, wenn sie sich in der Kneipe zusammenfinden, beim Studium, am Arbeitsplatz, eine größere Meinungshomogenität wahrnehmen als im Internet. Im Internet trifft man die Leute, die etwas anderes sagen. Im familiären Umkreis, im Freundeskreis ist es homogener. Deswegen ist die Frage: Wo ist die Filterblase stärker?

Prof. Dr. Christoph Bieber (Universität Duisburg-Essen): Ich möchte auch noch kurz auf die Filter Bubbles im Vergleich USA und Deutschland eingehen. Wenn man digital bleibt, würde ich dem folgen und sagen: Da sind ähnliche Prozesse, Mechanismen zu beobachten. Es ändert sich aber schon, wenn man die traditionellen Medien und die Öffentlichkeit dazunimmt. Durch das immer noch sehr gut funktionierende öffentlich-rechtliche Mediensystem, das da als Puffer wirkt, haben wir einen Riesenunterschied. In den USA sind die Diskursfronten auch weit über die digitalen Medien hinausreichend in der Medienlandschaft verhärtet. Da macht sich das Fehlen eines solchen Schutzmechanismus und Puffers, wie wir ihn hier haben, schon bemerkbar.

Letzte Anmerkung zu den Wahlen: Das ist tatsächlich ein Punkt, an dem man das Vertrauen großschreiben muss. Sicher gibt es große Vorbehalte und auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung digitalisierter Wahlen. Allerdings haben wir in Deutschland eine Wahltechnologie, der wir großes Vertrauen entgegenbringen, von der wir aber nicht unbedingt wissen, wie sie genau funktioniert. Das ist die Briefwahl. Nur, das ist ein gelerntes Verfahren. Wir gehen einfach davon aus, dass es gut funktioniert, weil sich da auch verschiedenere Sicherungssysteme etabliert haben, die gar nicht so technisch sind, aber die als Kontrollregime funktionieren. Hätten wir so etwas Ähnliches für andere technische Verfahren der Stimmabgabe, dann wäre das vielleicht ein bisschen besser möglich. Ich würde diese Diskussion nicht schon zu sehr abbrechen; sie wird in einigen Jahren sicherlich noch einmal kommen. Letztlich geht es dann um Vertrauen.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Nachdem wir uns die wissenschaftlichen Ergebnisse angeschaut haben, gehen wir nun in die Praxis und gucken: Wie wird es umgesetzt? Wer macht was? Interessant wird dann in unserer letzten Runde sein: Wie kommuniziert die wissenschaftliche Praxis?

Ich darf Ihnen jetzt Frau Schuhmacher von openPetition vorstellen. Hier haben wir einen ganz speziellen Fall von Bürgerbeteiligung. OpenPetition unterstützt Petenten dabei, ihre Petition zu erstellen – ein sehr demokratisches Verfahren –, Unterschriften zu sammeln und die Petition dann beim entsprechenden Empfänger einzureichen. Nach dem, was ich im Netz gesehen habe, haben Sie mit unglaublich vielen verschiedenen Dingen zu tun. Das reicht vom Jugendklub bis hin zur Bebauung mit Windkrafträdern. Jeden Tag gibt es neue Petitionen. Wir sind gespannt.

Rita Schuhmacher (openPetition): Wir sind eine Plattform, auf der sich jeder beteiligen kann. Das geht querbeet, es sind nicht nur Damen und Herren mittleren Alters, die schon Demokratie- und Beteiligungserfahrung haben.

Das kann der Metzger sein, der nicht mehr möchte, dass vor seiner Metzgerei E-Scooter herumstehen. Das kann der Hertha-Fan sein, der endlich ein neues Stadion möchte. Oder das kann die junge alleinerziehende Mutter sein, die den Einschulungsstichtag verschieben möchte. Es sind sehr unterschiedliche Menschen, die auch ganz unterschiedliche Herangehensweisen haben, wie sie es formulieren, wenn sie eine Petition bei uns starten. Daher gibt es auch unterschiedliche Probleme.

Wir haben etwa 7 Millionen Nutzerinnen und Nutzer, die entweder eine Petition bei uns gestartet oder eine Petition von anderen unterschrieben und unterstützt haben. Mal geht es um die Senkung der Mehrwertsteuer, mal fordern Bürger – diese Benutzergruppe ist besonders stark – Verbesserungen auf der kommunalen Ebene, zum Beispiel die Einführung der gelben Tonne oder einen neuen Zebrastreifen vor der Grundschule XY.

Viele Menschen treten an uns heran, weil sie nicht wissen, ob sie eine Petition starten dürfen und wie man solch einen Text formuliert. Sie fragen dann, ob man das bürokratisch formulieren muss, und vor allem, an wen sie gerichtet ist. Sie wissen, es ist ein kommunales Thema, aber es gibt keine Plattform, auf der sie das Anliegen einreichen können. Es geht erst einmal an den Landtag. Der Landtag schickt es dann aber wieder zurück. Es gibt eine sehr große Verwirrung, was die Zuständigkeit angeht. Sie sehen uns dann mehr als Berater an.

Viele wollen auch gar nicht unbedingt eine Petition bei uns starten. Sie glauben, dass wir eine Beratungsagentur für das Petitionsrecht sind, weil sie – und das ist das Gefährliche – auf den Plattformen des Landtags oder des Bundestages nicht verstehen, wo man überhaupt hinkommt, also wo man den Text einfügt. Dann hat man auf einmal nur 2.000 Zeichen zur Verfügung. Sie sagen aber: Mein Anliegen ist so wichtig, das muss ausgeführt werden. – Es sind ganz unterschiedliche Hürden.

Sie wissen auch gar nicht, ob sie eine Petition starten dürfen, ob man die deutsche Staatsbürgerschaft braucht, ob man volljährig sein muss. Es sind viele Jugendliche dabei, die einen neuen Sportplatz oder eine längere Ampelphase vor ihrer Schule wollen. Das Mathe-Abitur sollte wiederholt werden; Sie haben es mitbekommen.

Wir beobachten eine Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern, was die Zuständigkeit angeht: Wer ist der Adressat? Wer ist der Entscheidungsträger? An wen kann ich mich wenden? Wo finde ich Informationen? Muss ich das bürokratisch formulieren? Auch das Föderalsystem ist nicht richtig klar: Wer ist für welches Thema zuständig?

Wir haben auch festgestellt, was das Thema „Misstrauen“ bzw. „Vertrauen“ angeht: Je transparenter eine Plattform ist und je einfacher die Texte für die Bürgerinnen und Bürger formuliert sind, desto größer ist das Vertrauen, dort seine Daten anzugeben. Wir haben zum Beispiel Petitionen aus dem Bundestag gespiegelt und testweise an unsere 7 Millionen Nutzerinnen und Nutzer verschickt mit der Aufforderung: Bist du auch der Meinung? Dann kannst du das unterschreiben. – Die Rückmeldung war, dass

die Leute Angst haben, auf einer staatlichen Plattform zu Themen zu unterschreiben, aus denen man womöglich eine politische Gesinnung ablesen kann. Das ist ihnen unheimlich, weil man seine Personaldaten angeben muss: Adresse, Alter, alles Mögliche. Das in Kombination mit ihrem politischen Thema finden viele gefährlich.

Auf der anderen Seite sehen wir auch eine Verunsicherung seitens der Verwaltungen, gerade auf der kommunalen Ebene. Deren Angst ist häufig: Wenn wir selbst solch eine Plattform haben, dann ist das so verbindlich. Der Bürgermeister sagt: Die Mitsprache, die von den Bürgerinnen und Bürgern verlangt wird, wird ganz häufig mit Mitbestimmung verwechselt, mit einer direkten Demokratie, die wir ja nicht haben. Es wird ja nicht unmittelbar über etwas abgestimmt, sondern nur ein Thema auf die politische Agenda gesetzt.

Viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in der Verwaltung sehen nicht den starken Unterschied, wie wir es uns wünschen würden. Sie haben Angst, dass bei bestimmten Beschwerden vielleicht Investoren verprellt oder Projekte verzögert werden, dass sozialer Unfrieden gestiftet wird, wenn man mehr Mitbestimmung, Mitspracherechte ermöglicht.

Sie haben aber auch Angst, dass es zu viel Geld kostet. Man braucht zu viel Personal, um eine digitale Plattform zu etablieren. Die Leute müssen geschult werden. Wir haben keine finanziellen Ressourcen. Man braucht einen Entwickler und vielleicht auch noch einen Webdesigner, der die Plattform dann für alle anpasst. – Das sind die Vorbehalte der Verwaltung im Vergleich zu denen der Bürgerinnen und Bürger.

Auf die Frage, wie man mehr Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen könnte, sich an Kommunalwahlen zu beteiligen – auch langfristig gesehen –, werden gar keine direktdemokratischen Verfahren genannt. Die Bürgerinnen und Bürger nennen Aspekte – so unsere Erfahrungen –, die sich konkret an politisch gewählte Vertreter richten. Das heißt, sie wollen mehr Transparenz. Sie wollen einen einfachen Kanal, über den man kommunizieren kann. Es sind ganz banale Sachen wie mehr Bürgernähe vor Ort, mehr Glaubwürdigkeit und eine verständlichere Sprache. Das stelle ich immer wieder fest. Ich versuche schon, die Texte auf unserer Website möglichst einfach und verkürzt darzustellen. Jemandem am Telefon zu erklären, was ein Quorum ist, das dauert schon eine Viertelstunde.

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Verwaltung in die Pflicht. Sie erwarten ein bisschen mehr. Sie erwarten mehr Werkzeuge, die es ihnen ermöglichen, sich direkt online an ihre Stadtverwaltung zu wenden und sich zu vernetzen.

Wir haben daraufhin eine Miniversion unserer Plattform gebaut, das Open-Demokratie-Tool. Das ist eine ganz vereinfachte Maske unserer Petitionswebsite, die allen Kommunen gratis zur Verfügung gestellt wird. Sie brauchen nur einen kleinen Code. Man muss kein ITler oder Entwickler sein, um ihn einzubinden, das ist ganz simpel. Dann haben sie auf der Seite ihrer Verwaltung eine kleine Maske, über die die Bürgerinnen und Bürger ohne großen Aufwand und in einfacher Sprache – mit zwei Fenstern: Anliegen und Begründung – ihre Forderung verbalisieren können.

Gespiegelt wurde uns weiterhin, dass eine digitale Beteiligungsplattform gewünscht ist, der man analog zuarbeiten kann. Das heißt, wenn man zum Beispiel online Unterschriften sammelt, muss es möglich sein, eine Liste mit Unterschriften hochzuladen, die dann auch gezählt werden. Man muss beim Bäcker, bei der Tante Emma Listen auslegen, auf dem Gemüsemarkt Leute ansprechen können: Bist du nicht auch dafür? Das ist doch eine ganz gefährliche Ampelschaltung. Neulich hatte das Kind von Thomas einen Unfall. – Das sollte man kombinieren und in beiden Sphären politisieren können, analog und digital.

Die Leute wünschen sich Austausch, und sie wollen sich Gehör verschaffen. Sie wollen nicht mitbestimmen. Das trauen sich die Bürgerinnen und Bürger größtenteils gar nicht zu, haben wir festgestellt. Das ist ihnen zu viel Verantwortung. Sie wollen aber einmal artikulieren, was für sie wichtig ist, weil sie sehen, dass für sie ganz andere Themen wichtig sind als für die Politik, und wenn es um das Hertha-Stadion oder die Schließung eines kleinen Vereins geht.

Bei unserer Arbeit haben wir immer wieder festgestellt, dass diese Beteiligung nicht kurzfristig, sondern langfristig das Vertrauen zwischen Bürgerinnen und der Politik stärkt. Das ist völlig klar. Wer einmal eine positive Demokratieerfahrung macht, der wird später viel wahrscheinlicher zur Wahl gehen.

Es spricht sich auch herum. Drei Modellkommunen haben dieses Tool einfach mal ausprobiert – alle drei liegen zufälligerweise in Hessen –, von CDU- und SPD-Bürgermeistern gestartet. Die haben sich getraut und dieses Tool implementiert. Alle Nachbarkommunen haben sich mittlerweile gemeldet, weil es offensichtlich doch viel einfacher ist, als sie dachten. Die Rückmeldung ist, dass es sehr viel mehr Dialog gibt, sehr viel mehr Beteiligung, die sich auch außerhalb dieses Tools weiterentwickelt hat. Das funktioniert. Es ist sehr einfach.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Dass es funktioniert, hören wir gern. Vielen Dank für diese sehr optimistische Einschätzung. Das braucht man manchmal, sonst verliert man ja den Mut. So sieht man, was in der Praxis alles geht. Unsere These, dass die Kommune die Wiege der Demokratie ist, haben Sie jetzt schon bestätigt.

Ich darf Ihnen als Nächsten im Praxismodul Julian Ermert von Zebralog in Bonn vorstellen. Zebralog gibt es schon seit 2003. Wir arbeiten in Bonn eng zusammen. Zebralog hat verschiedene Plattformen entwickelt. Ich weiß nicht, wie viele Prozesse an digitaler und analoger Bürgerbeteiligung ihr schon begleitet habt. Ich bin gespannt, was uns aus den vielen Projekten vorgestellt wird.

Julian Ermert (Zebralog): Interessanterweise kann ich sagen, dass sich für mich aus den Ausführungen meiner Vorredner gerade ein Gesamtbild zusammenfügt. Denn all die Begriffe, die genannt worden sind – Personal, Ressourcen, Prozesse; wir haben vielleicht auch zu viel Vielfalt; Strukturierung, Vertrauen –, begegnen uns in unserer Praxis sehr häufig und schließen ein Stück weit an das an, was ich Ihnen jetzt vorstellen möchte.

(Die Ausführungen des Redners werden von einer Präsentation begleitet *[s. Anlage 5]*.)

Ich habe das unter den Titel „Crossmediale Bürgerbeteiligung & -kommunikation“ gestellt. Was sind aktuelle Entwicklungen und Trends aus unserer Sicht, also aus den Projekten, die wir konkret vor Ort begleiten können? Wie kann die Zukunft aussehen? Was sind mögliche Arbeitsfelder, um die Zukunft der Bürgerbeteiligung crossmedial sowohl online als auch offline voranzubringen?

Ich möchte mit einem Schlaglicht starten, das ich Ihnen mitgebracht habe, das ein Stück weit das aufgreift, was Herr Bieber, Herr Escher und Herr Radtke gerade genannt haben. Wenn wir uns anschauen, wo wir gestartet sind, dann stellen wir fest, dass es viele positive Entwicklungen gibt, wo Onlinebeteiligung vorangebracht worden ist, wo erfolgreich versucht worden ist, Bürgerbeteiligung zu institutionalisieren. Es gibt viele Angebote, die online sind. Es gibt viele Plattformen und Tools, die man nutzen kann.

Aus unserer Sicht zeigt sich aber immer wieder, gerade in den Verwaltungen von Kommunen, die das noch nicht oder nur einmalig bei einem bestimmten Projekt durchgeführt haben, dass die Strukturen – das bezieht sich auf die Kanäle sowohl vor Ort als auch online –, das Fachwissen und schlichtweg das Personal weiterhin nicht ausreichend vorhanden sind. Es gibt Fälle, in denen viel losgetreten worden ist, in denen Bürgerbeteiligung auf einem sehr hohen Level gestartet ist, weil man ein großes Schlüsselprojekt zu einer großen Infrastruktur hatte. Aber das Grundrauschen konnte dann aufgrund fehlenden Personals nicht dauerhaft im Verwaltungshandeln verankert werden. Die Folge ist, dass es irgendwann wieder abflacht.

Damit sind wir wieder bei der Frage der Glaubwürdigkeit. Was bringt es dem Bürger, sich zu beteiligen? Wenn man von der These ausgeht, dass man bestrebt ist, die Fachprozesse, die Bürgerbeteiligung dauerhaft und sinnvoll zu etablieren – auch mit Blick auf die Fachverwaltung –, dann braucht es mehr Strukturen, mehr Fachwissen und mehr Personal.

Ich habe versucht, aus den Projekten, die wir im Blick haben, eine Art Spektrum aufzuziehen, also Entwicklungsstufen darzustellen.

Einige Kommunen besitzen keine eigene Infrastruktur. Vermutlich reichen auch – damit sind wir wieder bei dem Thema „Förderung“ – die personellen und vielleicht die finanziellen Ressourcen nicht aus, um Onlinebeteiligung strukturiert aufzubauen.

Andere Kommunen haben schlichtweg nicht das Personal, um Bürgerbeteiligung langfristig innerhalb der Verwaltung und gegenüber der Politik voranzubringen und zu unterstützen.

Insbesondere bei sehr großen Verwaltungen – wir reden von Großstädten wie etwa Köln oder Bonn – merken wir: Es gibt keinen Wissenstransfer. Das Bauamt oder das Planungsamt möchte vielleicht Bürgerbeteiligung institutionalisieren und genauso gut das Amt für Stadtgrün. Aber häufig findet zwischen den Ämtern keine Kommunikation statt. Das heißt, an vielen Stellen der Verwaltung wird das Rad der Bürgerbeteiligung

immer wieder neu entwickelt. Man sammelt Erfahrungen, kann sie aber nicht vernetzen, und jeder hat irgendwie das Gefühl: Da kommt schon wieder so viel Arbeit auf mich zu. Ich erinnere mich noch an den Rad-Dialog mit den vielen Beiträgen; das können wir eigentlich gar nicht abarbeiten. – Das heißt, hier gibt es den Willen seitens der Verwaltung, Bürgerbeteiligung wahrhaftig und glaubhaft zu hinterlegen und das Angebot aufrechtzuerhalten, aber man lernt nicht voneinander.

Gleichzeitig merken wir bei vielen Kommunen, dass es immer noch Ängste und Vorbehalte gibt; Herr Escher hat es gerade genannt. Das sind Ängste in dem Sinne: Da kommen so viele Beiträge rein. Wir wissen gar nicht, wie wir das alles mit dem Personal, das wir haben, abarbeiten sollen.

Auf der anderen Seite sehen wir – jetzt möchte ich ein bisschen positiven Drive hier reinbringen –, dass kleinere bis mittlere Kommunen zunehmend eigene Infrastrukturen der Onlinepartizipation aufbauen. Sie setzen gezielt darauf, ein Onlineportal – der Kollege Radtke hat es auch angesprochen – zu schaffen.

Ich habe Ihnen ein Beispiel mitgebracht, das wir für die Stadt Bonn umgesetzt haben. Es ist ein ganzjähriges stadtweites Onlinebeteiligungsverfahren, bei dem man zu verschiedenen Projekten, die offline aufpoppen, die Bürgerbeteiligung immer wieder freischalten kann. Diese Plattform braucht natürlich eine Person, die sie betreut. Das ist in diesem Falle gegeben. Die Stadt Bonn hat einen Beauftragten für Bürgerbeteiligung, bei dem die Fäden zusammenlaufen, der versucht, diese Plattform auch innerhalb der Verwaltung zu verankern.

Damit sind wir beim Thema „Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung“. Das ist ein Trend, den wir nicht nur in NRW, sondern auch in anderen Bundesländern beobachten. Es gibt viele Verwaltungen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene, die Stabsstellen für Beteiligung einrichten, die Bürgerbeteiligungsbeauftragte haben, die eine wichtige Schlüsselfunktion einnehmen, um einerseits Prozesse zu verstetigen und andererseits die von mir genannten Lücke im Wissenstransfer zu füllen.

Diese Leute bringen die Reflexion verwaltungsseitiger Veränderungen voran. Technik ist das eine. Das funktioniert. Klar, es gibt immer wieder Bugs, aber das kriegt man schnell behoben. Es braucht Verwaltungsprozesse dahinter. Niemandem nutzen 200 Vorschläge, die dann doch unter den Tisch fallen. Diese Fachverwaltungsprozesse müssen vor allen Dingen von Anfang an transparent gemacht werden. Es muss klar sein: Wenn der Beitrag reinkommt, dann gibt es bestimmte Kriterien, anhand deren wir ihn bewerten. Das sind diese und jene Kriterien. Soundso werden wir das auswerten. – Dann gibt es am Ende auch ein Ergebnis. Das heißt nicht, dass es das Ergebnis ist, das der Bürger erreichen wollte, aber er kann vielleicht verstehen, warum sein Vorschlag in einer gewissen Weise nicht bearbeitet werden konnte oder an ein anderes Fachreferat übergeben worden ist.

Letzter Trend: Wir sehen, dass viele Kommunen voranschreiten und sich Leitlinien für Bürgerbeteiligung geben. Das ist ein Schlagwort, das ich Ihnen heute sehr stark an die Hand geben möchte. Denn Leitlinien sind etwas, was Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement – ich rede auch von Bürgerkommunikation; es muss ja nicht immer die Beteiligung sein, es kann ebenso die gut gemachte Information sein – in einer Verwaltung

verstetigen. Wenn wir von Leitlinienprozessen sprechen, die Zebralog auch begleitet hat, dann geht es häufig um trialogische Verfahren. Die Politik nimmt sich zusammen mit der Verwaltung sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die sich in dem Bereich engagieren wollen, sehr viel Zeit, um Leitfäden für Beteiligung in der Verwaltung zu etablieren.

Das heißt zum Beispiel, dass Kriterien festgelegt werden: Wann ist Beteiligung überhaupt sinnvoll? Wann braucht es nur Bürgerinformation? Wenn Beteiligung notwendig ist, welche Verfahren sind zu wählen? Dann ist die Beteiligung wirklich klar mit den Verwaltungsstrukturen und der Verwaltungslogik verdrahtet, sodass diejenigen Verwaltungseinheiten, die bisher noch keine Beteiligung durchgeführt haben, auf diesen Katalog zurückgreifen können und so eine strukturierte und sinnvolle Koppelung gegeben ist.

Es gibt Kommunen, die sich eher auf der linken Seite befinden, und es gibt Kommunen, die sich eher auf der rechten Seite befinden. Leider gibt es auch Kommunen, die wieder einen Schritt zurückgehen. Das meinte ich eben. Es gibt ein großes Schlüsselprojekt, die innerstädtische Autobahn, die umgebaut wird, bei dem man die Onlinebeteiligung groß aufzieht. Damit weckt man die Erwartung, dass es so etwas bei jedem Projekt gibt, fällt aber vielleicht wieder zurück, weil das Personal nicht gegeben ist und die hohe Aktivität der Bürgerbeteiligung nicht weiter aufrechterhalten werden kann.

Hier ist übrigens noch ein Beispiel der Stadt Köln, Stichwort „Leitlinien“. Die Stadt hat einen sehr aufwendigen Leitlinienprozess hinter sich, in dem Bürgerinnen und Bürger Leitlinien für die Stadt entwickelt haben. Am Ende hat man allerdings festgestellt: Die Verwaltung ist so groß, das ist so umwälzend mit Blick auf bestimmte Rollen, die einzelne Ämter und die Politik innehaben, dass es eigentlich eine Art Pilotphase oder Diskussionsphase braucht. In dieser Phase befindet sich das Projekt gerade. Ein Ergebnis dessen ist das Mitwirkungsportal. Sie sehen, wie sich Bürgerbeteiligung institutionalisiert und anhand dieses Onlineportals für den Bürger sichtbar wird.

Was folgt daraus? Damit komme ich zum letzten Teil meines Inputs. Mein Vorschlag, den ich Ihnen mitgeben möchte, umfasst drei Arbeitsfelder, um politische Partizipation – das, was Zebralog als crossmediale Bürgerbeteiligung versteht; es gibt ja noch andere Formen der politischen Partizipation – zu fördern.

Erstens rege ich an, darüber nachzudenken: Braucht es neue und auch – ganz wichtig, mit Ausrufezeichen versehen; es geht nicht darum, Tabula rasa zu machen – ergänzende Formen und Formate der Bürgerbeteiligung?

Das zweite Arbeitsfeld, das ich Ihnen mitgeben möchte, ist die regelbasierte Institutionalisierung, Stichwort „Leitlinien/Leitbilder“.

Zusammengenommen – sozusagen A plus B – kann dann so etwas wie eine Offenheit und Flexibilität entstehen, ein Mindset oder eine Dialogkultur.

Ich würde gerne noch konkret darauf eingehen, um es für alle greifbar zu machen: Was heißt „neue Werkzeuge“? Der Landtag Brandenburg zum Beispiel hat eine On-

linepartizipationsplattform eingerichtet, um Sitzungen wie diese auch online vorzubereiten. Das heißt nicht, dass alle Ergebnisse eins zu eins diskutiert werden, aber man kann zu bestimmten Themen punktuell ein Stimmungsbild einholen.

Herr Dr. Radtke, Sie hatten es angesprochen: Die Landesebene kann hier ein Strukturgeber sein, ein Vernetzer, ein Förderer. – Das sehen wir auf jeden Fall auch so. Das spiegelt sich auch in den Beispielen wider. Der Landtag könnte zum Beispiel Wissenstransfer schaffen, Methodenbroschüren herausgeben, um Kommunen, die vielleicht nicht über das nötige Budget verfügen, Bürgerbeteiligung näherzubringen.

Ich spreche auch ganz wilde Ideen aus: Warum sollte man nicht ein Schulungsangebot schaffen, eine Akademie der Partizipation NRW im Landtag etablieren und einrichten, damit Bürgerbeteiligungsbeauftragte geschult werden und das in ihre Kommunen tragen können?

Was die regelbasierte Institutionalisierung betrifft, stellt sich die Frage: Braucht es vielleicht auch für die Landesebene Leitlinien für Bürgerbeteiligung? Ist es vielleicht interessant, darüber nachzudenken, ob die Landesebene eine Art von Referenzrahmen – wir kennen das aus der IT, aus der Onlinepartizipation, da gibt es den Referenzrahmen – für Partizipations- und Engagementstrategien entwickelt?

Um eine Kultur des Austausches in der Beteiligung nachhaltig zu fördern und zu unterstützen, könnte man auch darüber nachdenken, eine Art Begleitgremium „Partizipation NRW“ einzurichten, paritätisch besetzt mit Bürgern, Praktikern, Politikern und Verwaltungsleuten, um zum Thema „Partizipation“ dauerhaft im Gespräch zu bleiben.

Das zweite Schlaglicht heißt: positiv in die Zukunft blicken. Es ist möglich, digitale Bürgerbeteiligung und Kommunikation voranzubringen, wenn man Leitlinien etabliert, wenn man crossmediale Formate und Kanäle aufbaut und daraus ein Stück weit eine Dialogkultur entstehen lässt, wohlgemerkt langfristig. Das ist nichts, was von heute auf morgen entsteht. So kann man ein Mehr an politischer Partizipation auf verschiedenen Ebenen schaffen.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Das Stichwort der Leitlinien haben Sie uns sehr schön nahegebracht. Wir müssen dann in der Enquetekommission konkret darüber diskutieren: Was heißt das für das Land? Inwieweit könnte man so etwas in den Kommunen mithilfe von bestimmten Maßnahmen etablieren?

Ich habe die Freude, Ihnen Frau Coco Heger-Mehnert vorzustellen. Gerade haben wir die Profis aus der externen Perspektive gehört. Jetzt folgt Frau Heger-Mehnert, die im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr tätig ist, dort zuständig für Trendforschung und Digitalisierung. Besonders beeindruckt hat mich, dass sie das Netzwerk Women in Mobility aufgebaut hat. Denn wer fährt vor allen Dingen mit den Bahnen und den Bussen? Es sind die Frauen.

Coco Heger-Mehnert (VRR): Vielen Dank für die freundliche Begrüßung, auch wenn ich heute nicht für Women in Mobility spreche, sondern für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Vorab noch einige Anmerkungen, damit Sie verstehen, warum ich heute komplett aus der Praxis berichte: Ich leite unter anderem den Arbeitskreis Social Media der Verkehrsunternehmen im VRR. Bei uns sind 26 kommunale Verkehrsunternehmen und 7 Eisenbahnverkehrsunternehmen organisiert. Die Besonderheit ist, dass der VRR eine Scharnierrolle einnimmt. Wir haben einmal die Managementebene, die unter anderem für die Tarifbildung zuständig ist, wir haben dahinter aber auch den Zweckverband als politische Organisation.

Warum beschäftigen wir uns auch außerhalb von Social Media mit einem Onlinedialog? Es gab ein Schlüsselerlebnis, das ich Ihnen gerne schildern möchte. Vor sechs Jahren hatten wir eine Preiserhöhung für das Semesterticket geplant; die Preisbildung verhandeln wir mit den ASten. Daraufhin bildete sich auf Facebook eine Gruppe, die „So nicht, VRR!“ hieß. Innerhalb von drei Wochen hatten sich dann 3.000, 4.000 Studenten über die Preiserhöhung beklagt. Unser Problem war: Wir hatten keine Möglichkeit, dort in Kommunikationshoheit zu erläutern, warum es zu dieser Preiserhöhung kommen muss.

Das war für uns die Initialzündung, uns sehr viel stärker mit dem Thema „Social Media“, das wir zum damaligen Zeitpunkt schon kannten, aber auch mit dem Thema „Onlinedialog“ zu befassen. Das ist der Hintergrund, warum wir uns gesagt haben: Wir brauchen eine Plattform, auf der wir eine gewisse Kommunikationshoheit haben, auf der wir unsere Themen selbst setzen können, auf der wir selbst antworten und in den Dialog treten können.

Das haben wir gemacht. Wir haben damals die Plattform „Einsteigen und Mitreden!“ gegründet, übrigens unter Beratung von Zebralog. Darauf haben wir mittlerweile sieben Dialoge gefahren. Immer wieder setzen wir für drei Wochen – ganz bewusst – ein zentrales Thema in den Dialog und laden unsere ÖPNV-Nutzer dazu ein, mit uns in den Dialog zu treten.

Herr Professor Escher hat es vorhin angedeutet: Wir haben einen kleinen Vorteil, wenn wir unsere Nutzer erreichen wollen, weil es die VRR-App gibt, die 700.000 Menschen am Tag Auskunft darüber gibt, ob der Bus kommt oder nicht. Wenn wir dort einen Dialog teasern, können wir die Nutzer gezielt erreichen. Das ist etwas einfacher als bei anderen Institutionen, die versuchen, den Bürger überhaupt anzusprechen.

Ich gehe jetzt auf einen Dialog ein. Ich habe leider keine Präsentation vorbereitet, weil ich nicht wusste, dass ich eine hätte mitbringen können. Sonst hätte ich das sehr gerne gemacht.

Wir bereiten im Moment ein Pilotprojekt vor, das die Tarifbildung komplett revolutionieren wird. Das heißt, Sie kaufen Ihr Ticket nicht mehr am Automaten, ein Abonnement oder sonst etwas, sondern Sie checken mit einer App in Ihrem Bus, in Ihrer Bahn ein, und beim Aussteigen checken Sie wieder aus. Es ist ein nutzungsabhängiges Tarifierungssystem, das abgeht von dem klassischen, sehr tradierten System.

Es ist ein digitales System. Es gibt viele Vorbehalte hinsichtlich des Datenschutzes: Wird mein Weg getrackt? Wie geht das eigentlich? Dabei haben wir den Onlinedialog sehr erfolgreich eingesetzt, und zwar bevor wir überhaupt gestartet sind, also präqualifizierend. Sechs Wochen bevor wir überhaupt mit dem Piloten gestartet sind, haben

wir den potenziellen Nutzern die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen und sich aufzuschlauen: Was ist mit dem Datenschutz? Ist es eine faire Abrechnung? Zahle ich mehr oder weniger als vorher? Wann lohnt sich das für mich? Wie geht das überhaupt? – Das wurde sehr stark genutzt.

Aber dies ist immer – Herr Professor Escher, ich habe Ihrem Vortrag sehr aufmerksam zugehört – selbstselektiv. Das heißt, ich spreche nur die an, die sich digital ausdrücken wollen, und es ist eine bestimmte Klientel, die antwortet. Deswegen werden solche Großprojekte bei uns immer von einer klassischen Marktforschung begleitet. Anders geht es nicht, denn die Meinungen auf der Plattform sind nie repräsentativ. Dennoch ist es für uns ein ganz wichtiges regelmäßiges Kommunikationsinstrument geworden.

Vorhin hieß es mal: Je häufiger, desto gepflogener, desto besser läuft das Ganze. – Wir merken, dass wir bei diesen Dialogen mittlerweile, weil wir schon den siebten Dialog gestartet haben, sehr viel mehr Normalität haben. Es gibt auch Fragen wie: Wann gibt es zu dem Thema einen Onlinedialog? Macht ihr dies auch mal dialogfähig? – Dort macht eine gewisse Klientel mit, aber das kann nie das alleinige Instrument sein. Das ist eine wichtige Schlussfolgerung, die wir daraus gezogen haben. Bei großen Dingen muss immer eine Marktforschung dabei sein, um Repräsentativität einzufangen.

Es ist ein deutlich besserer Dialog als in den sozialen Medien. Als ÖPNV-Unternehmen, das mit einem sehr störungsanfälligen Produkt unterwegs ist, haben wir in den sozialen Medien zunehmend – gerade im letzten Jahr hat sich das extrem gesteigert – mit einer unglaublich groben Wortwahl zu kämpfen. Unsere wirklich guten Kundendialogspezialisten sind in Sachen „Social Media“ geschult. Wir haben extrem viel Wert darauf gelegt. Herr Ermert hat es vorhin auch gesagt. Bei uns wurde vorher Moderation geschult. Bei uns gibt es eine Netiquette, was auf der Plattform sein darf. Wir machen von unserem Hausrecht Gebrauch, wenn auf der Plattform jemand ausfällig wird. Es ist unfassbar, welch roher Ton in den sozialen Netzwerken mittlerweile uns gegenüber herrscht. Das ist auf den Onlineplattformen anders.

Wir haben ein Problem. Wenn Sie das Ganze möglichst niedrigschwellig machen wollen – das Stichwort ist vorhin schon mal gefallen –, haben Sie keine Möglichkeit mehr, genau zu gucken, welche soziodemografischen Merkmale die Menschen haben, die sich beteiligen. Das heißt, wir können das nur vermuten. Denn in dem Augenblick, in dem ich anfange, einen Katalog abzufragen: „Wie alt bist du? Welches Geschlecht hast du?“, bricht die Beteiligung sofort ab. Unsere Dialoge sind zunehmend niedrigschwelliger geworden. Früher haben wir noch verschiedenste Frageboxen aufgebaut und versucht, das zu kanalisieren. Heute können wir fast nur noch mit einer zentralen Frage hineingehen und dann den Dialog darunter unstrukturiert führen.

Trotzdem bleibt es für uns ein ganz wichtiges Instrument. Wir werden es weiter einsetzen. Wir werden die Plattform auch im nächsten Jahr bei verschiedensten Dialogen wieder nutzen.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Es ist spannend, wenn man hört: raus aus den sozialen Medien und selbst machen. – Das zieht sich hier ein bisschen durch sämtliche Statements.

Fast schon institutionelle Bürgerbeteiligung vertritt die Landesanstalt für Medien. Wir haben in Bonn die große Freude, dass wir mit der LfM sowohl ein Campusradio als auch ein Campus-TV über eine Anschubförderung einrichten konnten. Die Effekte an Beteiligung, an politischem Engagement sind fantastisch. Ich bin gespannt auf Ihre Perspektive.

Mechthild Appelhoff (LfM NRW): Bürgerbeteiligung bedeutet aus Sicht der Landesanstalt für Medien die Aufgabe, Menschen dabei zu unterstützen, am öffentlichen, am medialen Meinungsbildungsprozess teilhaben zu können. Das ist ein Auftrag, der für uns nicht ganz neu ist. Seit über 30 Jahren fördern wir Bürgermedien.

Wir sind im Moment dabei, uns den Auftrag völlig neu zu erschließen und ihn neu zu definieren. Denn es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass wir in den vergangenen Jahren zunehmend mit der Frage konfrontiert worden sind, ob es denn eigentlich noch sinnvoll ist, dass die Landesanstalt für Medien den Auftrag hat, Menschen dabei zu unterstützen, am öffentlichen Diskurs teilhaben zu können, wo es doch Twitter, YouTube, Facebook und alles Mögliche gibt und jeder jederzeit zu jedem Thema weltweit kommunizieren kann.

Mit dieser Frage hat sich die Kommission, hat sich die Landesanstalt für Medien natürlich auseinandergesetzt und zunächst einmal – für uns ganz wesentlich – festgehalten: So einfach ist es eben nicht mit der öffentlichen Kommunikation. Es gibt ganz wesentliche Hürden, die Menschen davon abhalten, öffentlich medial über Facebook oder YouTube zu kommunizieren. Welche Hürden sind das?

Erstens muss man festhalten: Wer über YouTube, Facebook oder andere Social-Media-Angebote kommunizieren will, der muss, je nach entsprechenden AGBs, beispielsweise Rechte an Bildern abgeben. Wer keine Rechte an eigenen Bildern abgeben will, ist mit Blick auf öffentliche Kommunikation über Social Media eingeschränkt.

Noch intensiver ist: Wer über Facebook kommunizieren will, muss damit einverstanden sein, private Daten abzugeben. Ohne Datenabgabe, ohne Transparenz über die eigene Meinung, über Positionierungen, darüber, mit wem ich kommuniziere, kann ich nicht am öffentlichen Meinungsbildungsprozess teilnehmen. Die Frage ist: Reicht es uns, dann zu sagen, dass es doch Social-Media-Angebote gibt?

Zweite Hürde: In den letzten Jahren ist – ganz entscheidend – das Thema „Angst“ hinzugekommen; wir haben es eben schon angesprochen. Die Landesanstalt für Medien hatte Anfang des Jahres eine forsa-Erhebung beauftragt. Ergebnis: 32 % der Menschen geben an, dass sie sich aus Angst vor Beleidigung nicht am öffentlichen Meinungsbildungsprozess beteiligen, sprich: ihre Meinung in sozialen Medien sagen. 27 % der Befragten geben an, dass sie das aus Angst vor Bloßstellung nicht tun. Diese Daten werden auch durch andere Studien unterstützt. Wir haben nicht so viele Menschen befragt, dass das faktisch belegt ist, aber die Tendenz, die wir aus den Daten herauslesen können, lautet: Je älter Menschen sind, desto eher haben sie Angst. Je weniger gebildet sie sind, desto eher haben sie Angst. Angst ist wesentlicher Ausschlussfaktor für Menschen, sich am Diskurs, am Meinungsbildungsprozess in sozialen Medien zu beteiligen.

Die dritte Hürde ist die Sichtbarkeit. Wir alle wissen, dass es Massen an Beiträgen gibt, zum Beispiel bei YouTube. Gerade wenn man über Themen im lokalen Raum kommunizieren will, stellt sich die Frage: Welche Chance hat man eigentlich, dass diese Beiträge wahrgenommen werden?

Viertens. Viele Menschen haben ein Problem mit dem „How to do?“, sprich: Was darf ich eigentlich rechtetechnisch? Wie kann ich sicher sein? Wie ist das mit der GEMA und Ähnlichem mehr? Vor dem Hintergrund sind sie sehr zurückhaltend.

Die Antwort der Landesanstalt für Medien – ich kann mich kurzfassen – ist zunächst: Mit NRWision haben wir eine Medienplattform aufgebaut, auf der jeder Bürger seine Beiträge, ob als Podcast, als Hörfunkbeitrag oder als Video, einstellen kann. Die TU Dortmund, die dieses Angebot für uns trägt, gibt Rechtsberatung, löst die GEMA-Gebühren ab, hilft bei der technischen Aufbereitung. Ganz entscheidend aber ist, dass sie auch moderiert. Das heißt, wer immer seine Beiträge über NRWision publiziert, kann sicher sein, dass er vor einem Shitstorm geschützt ist. Das ist eine Einschränkung, aber es schützt und nimmt Angst. Das ist für uns eine entscheidende Regel für den öffentlichen Partizipationsprozess.

Darüber hinaus bauen wir derzeit ein Onlinequalifizierungsangebot auf, um Menschen ganz niedrigschwellig Rechtsfragen zu beantworten oder Hinweise und Tipps zu geben: Wie produziere ich sinnvoll ein Video und veröffentliche es?

Das allein reicht aber nicht aus. Wir stellen uns dem Diskursprozess: Was heißt „moderne Partizipation“? Was heißt das, wenn die Landesanstalt für Medien den Auftrag hat, das umzusetzen? Sprich: Welche Unterstützungsangebote wünschen sich Bürger, um davon zu profitieren, um sich dann am öffentlichen Meinungsbildungsprozess beteiligen zu können?

Wir führen derzeit sogenannte Barcamps to go durch. Das heißt, wir schicken Journalistinnen in Vereine oder an Universitäten, um mit Bürgern unterschiedlicher Altersgruppen in den Diskurs zu kommen. Wir reden mit Wissenschaftlern. Das Ziel der Landesanstalt für Medien ist es, bis Mitte des kommenden Jahres eine Position dazu zu entwickeln, wie wir unseren Auftrag verstehen und welchen Beitrag wir zusätzlich zu dem, was wir sonst tun, leisten können.

Auch das reicht nicht aus – das möchte ich noch einmal unterstreichen –, wenn die Politik es nicht schafft, gegen Hass im Netz vorzugehen. Dann wird das Thema „Hass“ weiterhin relevant bleiben, Menschen einschüchtern und damit auch aus dem öffentlichen Diskurs ausschließen. Die Landesanstalt für Medien versucht, ihren Beitrag diesbezüglich zu leisten. Sie alle werden die Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ kennen.

Ein Hinweis noch, der unterstreicht, wie wichtig die Erwartungen von Bürgern an die Politik sind: Es gibt eine Studie von Susanne Keuchel und Benjamin Jörissen, die 14- bis 24-Jährige befragt haben. 71 % der Befragten haben der Aussage zugestimmt, dass gesetzliche Reglementierungen im digitalen Bereich dann sinnvoll sind, wenn sich dadurch Phänomene wie Mobbing reduzieren lassen. Dafür nehmen sie hin, dass ihre Redefreiheit eingeschränkt wird – und das sind junge Menschen. Ich finde, das macht deutlich, wie groß auch bei jungen Menschen der Druck in der Situation ist: Wie

kommuniziere ich eigentlich angstfrei, und wie schütze ich mich? Die Erwartungen an die Politik sind schon sehr deutlich.

Wichtig ist für uns auch: Wir versuchen, das Thema, welche Rechte der Einzelne im öffentlichen Diskurs hat, also Schutz vor Beleidigung, Persönlichkeitsrechte, bekannter zu machen und zu kommunizieren, an wen man sich wenden kann, um diese Rechte einzufordern. Da sind wir ganz klar an der Schnittstelle zwischen Demokratiekompetenz und Medienkompetenz, die im Zuge der Digitalisierung immer wichtiger wird.

Entscheidend ist aus unserer Perspektive auch, dass möglichst viele Akteure im gesellschaftlichen Raum bereit sind, einen Diskurs über Regeln zu führen, über Netiquette, über gemeinsame Konventionen für einen öffentlichen Diskurs. Denn im Moment hat man das Gefühl, dass die Positionierung ist: „Entweder ist etwas verboten, oder alles ist erlaubt“, dass aber der wesentliche Punkt, nämlich das, was dazwischenliegt, die Konventionen, das Miteinander, der faire Umgang, kaum mehr Gehör findet. Ich glaube, man muss Räume finden und schaffen, um diesen Diskurs miteinander zu gestalten und auf den Weg zu bringen.

Der letzte Punkt ist: Neben den sozialen Medien wie YouTube brauchen wir alternative Räume für den Diskurs. Aber das ist, wie ich gerade mit großem Interesse gehört habe, gar nicht so einfach, insbesondere dann, wenn man es politisch aufbauen will.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Herzlichen Dank für den sehr wichtigen Verweis darauf, dass wir Menschen auch Mut machen müssen. Wir haben in unserer letzten Sitzung schon darüber gesprochen: Was ist überhaupt Diskurskultur? Wie bringen sich Menschen ein? Das kann bestimmt als eines der größten Themen angesehen werden. Dazu werden nachher noch zwei kompetente Experten etwas sagen. – Jetzt eröffne ich die Diskussion.

Andrea Stullich (CDU): Frau Schuhmacher, Sie haben davon gesprochen, dass Ihre Plattform mehr Dialog, mehr Beteiligung schaffen will, dass es um positive Demokratieerfahrungen geht. Können Sie uns erklären, was Sie mit einer Petition machen, außer dass ein Anliegen eine gewisse öffentliche Wirkung, Publicity erfährt? Was passiert am Ende mit einer Petition?

Wenn es zum Beispiel 5.000 Unterschriften dafür gab, dass das Mathe-Abitur zu schwierig war und eine neue Klausur gefordert wird, wozu führt das am Ende? Wenn eine einzelne Petition im Petitionsausschuss des Landtags eingereicht wird, dann setzt man damit sofort eine gewisse Systematik hier im Haus in Gang, und es wird sich aktiv darum gekümmert. Was passiert konkret bei Ihnen mit solchen Petitionen?

Wissen Sie eigentlich, wer hinter Petitionen steckt? Anders gefragt: Können Sie ausschließen, dass auch Parteien Ihre Plattform möglicherweise missbrauchen, um bestimmten politischen Anliegen eine gewisse mediale Öffentlichkeit zu verschaffen?

Rita Schuhmacher (openPetition): Zu Ihrer ersten Frage: Anders als andere Beteiligungsplattformen, zum Beispiel Change, haben wir uns stark mit der Kritik auseinandergesetzt, dass einfach nur ein Anliegen online gestellt wird, jeder schreibt darunter, was er denkt, macht sich ein bisschen Luft, und dann verläuft das Ganze. Wir haben es mehr oder weniger halbautomatisch geschafft, dass die Petitionen, die eine bestimmte Relevanzschwelle erreichen, eingereicht werden. Wir reichen tatsächlich alle manuell ein. Da gibt es noch einige Probleme, weil wir das stellvertretend machen müssen. Das geschieht unter dem privaten Namen unseres Chefs. Wenn wir die Antwort bekommen haben, stellen wir sie transparent unter den Text der Petition ein. Dazu gibt es dann eine Stellungnahme und später das Ergebnis.

Vorher haben wir bereits ein eigenes Quorum errechnet. Nicht jeder Landtag hat ein Quorum. Das heißt, wir haben eine eigene Relevanzschwelle für die Länder und Kommunen errechnet. Wenn die erreicht wird, dann fragen wir Stellungnahmen der Gemeinderats- oder Landtagsmitglieder ab, und zwar: Was halten Sie oder Ihre Fraktion davon? Wie stehen Sie dazu? – Das hilft den Beteiligten, zu sehen, wer möglicherweise ein Verbündeter ist, wenn es vielleicht zu einer öffentlichen Anhörung kommen sollte und sie dazu eingeladen werden. Wenn die Petition später offiziell eingereicht ist, sehen sie schon, wer auf ihrer Seite ist.

Die Leute können am Ende der Petition einstellen, ob sie ein Erfolg oder ein Teilerfolg war. Sie sehen es schon als Erfolg an, wenn sie eine Antwort von einem Parlamentarier bekommen, der sich einfach mal für einen Moment mit dem Anliegen auseinandergesetzt hat.

Wenn der Bürgermeister aus Karben, einer Stadt mit ein paar Tausend Einwohnern, sagt: „Vielen Dank für Ihre Zuschrift. Das ist leider überhaupt nicht möglich, dafür fehlen uns die finanziellen Ressourcen. Ich gebe das aber noch mal rein, und wir überlegen; vielleicht gibt es auch einen kleinen Workaround“, dann sind die Leute schon überglücklich. Das ist für sie schon die positive Demokratieerfahrung. Das Anliegen muss gar nicht unbedingt direkt umgesetzt und alles Mögliche in Bewegung gesetzt werden. Sie wollen gehört werden.

Andrea Stullich (CDU): Um dieses Erlebnis beim Petenten oder beim Bürger zu erreichen, müssten Sie doch eigentlich nur darauf hinweisen, dass der Bürger sein Anliegen direkt im Petitionsausschuss vortragen soll. Denn natürlich machen wir genau dieselbe Erfahrung, dass allein die Tatsache hilft, dass man Menschen an einen Tisch holt, die mit einem Anliegen zu tun haben, dass man sich kümmert. Das machen wir ja hier.

Was ich eigentlich sagen will, ist: Den Namen „Petition“ finde ich an der Stelle schwierig, um nicht von einem Plagiat zu reden. Denn Sie kümmern sich ja gar nicht. Sie publizieren das. Aber das geschieht nicht in dem Sinne, dass sich jemand um das Anliegen kümmert und am Ende versucht wird, eine wie auch immer geartete Lösung zu finden. Sie schmücken sich ein bisschen mit fremden Federn.

Rita Schuhmacher (openPetition): Das kann ich so nicht stehen lassen. Wir hören immer wieder die Kritik, gerade vom Bundestag, aber auch von fast allen Landtagen: Wir sind das Original. – Ich glaube nicht, dass der Name in dem Sinne geschützt ist.

Denn was tun wir? Wir unterstützen die Leute – und das ist auf vielen Plattformen der Landtage nicht möglich – auch beim Formulieren ihres Textes. Ich hatte es eingangs gesagt: Den Bürgern ist nicht klar, an wen sie sich wenden können. Sie wissen nicht, wie sie den Text formulieren sollen. Darin sind teilweise 40 Ausrufezeichen und viele Großbuchstaben. Dann wird eine Petition mitten in der Nacht, um 3 Uhr morgens gestartet. Sie können sich vorstellen, was für Texte das sind. Ich gehe dann auf diese Person zu und sage: Jetzt schalten wir mal einen Gang zurück und gucken uns den Text gemeinsam an. Ich helfe Ihnen ein bisschen beim Formulieren. Es ist überhaupt nicht klar, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie etwas, oder waren Sie einfach sauer?

Wir wollen Ihnen den Platz auch gar nicht wegnehmen. Wir sind vielleicht eine Schnittstelle. Ich glaube, am Ende erleichtern wir Ihnen die Verwaltungsarbeit.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Vielleicht sollten sich die Mitglieder als Petitionsausschusses und Sie mal zusammensetzen. Es gibt auch einen Petitionsausschuss in Berlin, mit dem ein paar andere Probleme bestehen. Da könnte ich jetzt aus dem Nähkästchen plaudern. Das hat aber nichts mit Ihnen zu tun. Der wird teilweise für sehr unethische Diskurse „missbraucht“. Aber das ist ein anderes Thema.

Vielleicht ist genau dies die Brücke. Sie sortieren, Sie sind Dienstleister, und nachher landet es wohlformuliert im Petitionsausschuss des Landtags.

Alexander Vogt (SPD): Frau Schuhmacher, Sie haben dargestellt, dass sich 7 Millionen Menschen beteiligen. Frau Heger-Mehnert, das, was Sie gerade berichtet haben, zeugt auch von einer relativ großen Anzahl an Interessenten, die sich an Sie wenden. Haben Sie einen Überblick, wer sich bei Ihnen beteiligt, was für ein Bildungshintergrund jeweils vorhanden ist? Herr Professor Escher hatte davon gesprochen, dass Gebildete häufiger teilnehmen.

Herr Ermert, Sie haben gerade eine Akademie der Partizipation vorgeschlagen. Haben Sie einen Überblick, wer sich beteiligt? Gibt es Ihrerseits Vorschläge, wie man möglicherweise eine breitere Beteiligung der Bevölkerung hinbekäme?

Frau Appelhoff, Sie haben die Vermittlung von Medienkompetenz und eine Schnittstelle zur Demokratie angesprochen. Die Landesanstalt für Medien führt ja eine ganze Reihe an Medienbildungsprojekten durch. Reicht das aus Ihrer Sicht aus? Welche Erfahrungen machen Sie? Welche Zielgruppen erreichen Sie? Wie kann man auch über unser Bildungssystem Zielgruppen und mehr Menschen erreichen, wenn man möglicherweise Änderungen einführen würde?

Rita Schuhmacher (openPetition): Eingangs wurde schon angesprochen, dass man, damit es niedrigschwellig bleibt, möglichst wenig abfragen sollte. Nur vom Vornamen kann ich ablesen, ob es eine Frau oder ein Mann ist. Ich kenne das Alter nicht. In

unserer Redaktion arbeiten drei junge Frauen. Wir beantworten jede E-Mail und nehmen jedes Telefonat an. Das heißt, ich kenne unsere Nutzerinnen und Nutzer persönlich. Nur daher kann ich sagen, was für Menschen es sind.

Die Leute sind sehr unterschiedlich. Ich sehe, dass die Rechtschreibung in vielen Texten unterirdisch ist. Es beteiligen sich Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, die Schwierigkeiten haben, sich auszudrücken. Manchmal muss man tatsächlich raten: Worum geht es eigentlich? Man braucht sehr viel Geduld. Aber es ist offensichtlich schon mit drei Leuten zu schaffen, sich damit auseinanderzusetzen.

Auf einmal beteiligen sich viele Professoren und Professorinnen. Kommunalpolitiker beteiligen sich. Ich sehe da keine Bubble. Es ist sehr unterschiedlich, weil man sich mit jedem Thema an uns wenden kann. Natürlich haben wir unsere Nutzungsbedingungen. Nicht jedes Thema ist geeignet für eine demokratische Plattform.

Coco Heger-Mehnert (VRR): Ich habe es vorhin schon einmal kurz erwähnt. Wir haben eine solche Veränderung im Kommunikationsverhalten, dass wir ganz niedrigschwellig bleiben müssen, wie Sie es jetzt auch gesagt haben. Das heißt, wir wissen nicht, wer dabei ist.

In den Social Media können wir, weil Facebook die Daten erhebt, in den Insights sehen, was los ist. Wir wissen, dass sich sehr viel mehr Männer als Frauen beteiligen, was im Gegensatz zu dem steht, was Sie vorhin gesagt haben, Frau Professorin Thimm, dass mehr Frauen im ÖPNV unterwegs sind.

Wir sehen es auch an den Formulierungen. Bei uns ist es eher umgekehrt. Bei komplexeren Themen ist das Bildungsniveau vermutlich etwas höher. Und wir wissen, dass bei uns ÖPNV-Intensivnutzer mitmachen und nicht die, die selten fahren. Gar nicht dabei – das bereitet mir Sorgen – sind die jungen Leute im Studenten- bzw. Ausbildungsalter. Die 14- bis 23-Jährigen erreichen wir überhaupt nicht.

Julian Ermert (Zebralog): Als Ergänzung dazu, unter Hinweis auf die Wissenschaft: Deswegen ist es sehr wichtig, dass es solche Forschungsprojekte gibt, wie sie Herr Professor Escher durchgeführt hat. Dann kann man die Blackbox über Fragebögen und Befragungen ein bisschen öffnen. Auch unsere Erfahrung spiegelt wider, dass wir aufgrund der Niedrigschwelligkeit keine eindeutigen Hinweise darauf haben, wer sich eigentlich online beteiligt.

Hier möchte ich insbesondere das Schlagwort der Crossmedialität noch einmal deutlich hervorheben. Es braucht auch weiterhin – ich glaube, das ist mittlerweile Stand der Kunst; man kann nicht erwarten, dass man eine Onlinebeteiligung startet und damit alle erreicht – starke Formate vor Ort. Der Trend geht aktuell dahin, nicht die klassische Bürgerversammlung, das klassische Bürgerforum durchzuführen, sondern sehr viel stärker offenere Formate.

Die Kollegin hat eben Barcamps to go angesprochen. Es geht also mehr in die aufsuchende Beteiligung. Man ist im Raum. Man hat spontane Installationen, um am Supermarkt vor Ort an Infoständen mit den Leuten in Kontakt zu treten. Das bindet man dann

wieder zurück an den Onlinedialog. Mit dieser aufsuchenden Beteiligung versucht man ein Stück weit, Filterblasen und, wenn sie vorhanden sind, gewisse Bias aufzudröseln.

Aus meiner Perspektive, weil ich schon mal aufsuchende Beteiligung in der Einkaufszone vor Ort gemacht habe, kann ich sagen: Darüber empfängt man tatsächlich andere Leute und kann sie in das Verfahren integrieren. Das ist natürlich – da sind wir wieder bei den Ressourcen – sehr personalintensiv, und es braucht eine gute Strategie. Wann ist man wie wo mit was?

Gleichzeitig merken wir, dass es auch bei den Vorortveranstaltungen, den klassischen Formaten ein gewisses Bias gibt. Wer kommt freitags abends um 18 Uhr zu einer Bürgerversammlung und informiert sich da über das anstehende Projekt des Autobahnausbaus? Das sind schon ein Stück weit die Leute, die beteiligungsaffin sind, die auch entsprechende zeitliche Ressourcen haben.

Ich glaube, der Trend geht auf dieser Ebene dahin, dass man repräsentativ Leute einlädt. Man ermittelt Zufallsbürger. Man kann sich für bestimmte Gremien bewerben, wird dann per Zufall und quotiert gezogen und dauerhaft in solche Gremien integriert. Das war mein Schlaglicht mit Blick auf Beteiligungsgremien.

Das sind ein bisschen die Methoden und Ideen, wie man versucht, ein Bias aufzulösen. Am Ende kann man sie natürlich nie 100%ig – das hat Herr Professor Escher klargemacht – auflösen.

Tatsächlich geht der Trend auch dahin, Zielgruppen gezielt zu adressieren, insbesondere die Jugend, wie Sie schon gesagt haben. Es werden gezielt Formate geschaffen, nicht nur für Jugendliche, sondern auch für bestimmte Stakeholder, für bestimmte Initiativen, um sie ganz gezielt abzuholen.

Mechthild Appelhoff (LfM NRW): Gerade mit Blick auf die Frage der Schnittstelle zwischen Medienkompetenz und Demokratiekompetenz sind wir mit den Angeboten im Bildungsbereich mittlerweile auf einem guten Weg. Wir müssen natürlich immer besser werden, das ist klar. Aber die Perspektive ist gesetzt, und die verschiedenen Akteure in dem Bereich sind auf einem guten Weg.

Die Herausforderung ist es, Erwachsene zu erreichen. Denn auch sie müssen – mindestens genauso wie jüngere Kinder und Jugendliche – im Kontext von Digitalisierung neu lernen, neue Positionen entwickeln. Auch hier sind wir mit Angeboten – das Land mit dem DigitalCheck, die Landesanstalt für Medien mit der Onlineplattform – im Bürgermedienkompetenzbereich auf dem Weg.

Wir müssen in die Breite kommen. Das ist sehr anspruchsvoll. Das wollen wir kombinieren mit dem Ansatz, aus der Kommstruktur – die Menschen sollen zu uns kommen, zu den Orten, die wir definieren – herauszugehen. Wir sagen: Wir gehen zu den Menschen und suchen sie vor Ort auf. Dafür müssen wir völlig neue Formen der Vernetzung, der Zusammenarbeit mit Akteuren und Institutionen finden, die schon bei den Menschen sind, diese stärken und unterstützen, damit sie dann die Inhalte im Kontext von Medien- und Demokratiekompetenz mitnehmen. Denn das wird eine einzelne Institution nicht schaffen. Es muss neue Formen der Kooperation geben.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Ich fand die Diskussion, die sich hier rund um die Frage von Petitionen entsponnen hat, schon sehr spannend. Das werden wir sicher noch vertiefen. Da schwang ja schon, was auch im Vorbereitungspapier auftauchte, der Begriff der digitalen Öffentlichkeit mit. Es gibt offensichtlich den Wunsch, sich in irgendeiner anderen Form von Öffentlichkeit irgendwie anders zu beteiligen. Vielleicht ist die Füllung dieses Begriffs „irgendwie“ eine Aufgabe für unsere Enquetekommission.

Herr Ermert, Sie haben vorhin die Idee einer Partizipationsstelle, Beteiligungsstelle genannt. Können Sie noch etwas mehr ausführen, was Sie sich darunter vorstellen, idealerweise natürlich direkt mit Stellenplänen und genauen Aufgaben unterlegt? Denn das ist ein sehr konkreter Vorschlag, den wir gut in unsere Diskussion aufnehmen können.

Julian Ermert (Zebralog): Diese Überlegung speist sich eigentlich aus dem, was wir auf kommunaler Ebene beobachten. Gerade Verwaltungen, die sich Leitlinien gegeben haben, wollen diese verstetigen. Dann merken sie, dass das eigentlich nur funktioniert, wenn sie eine Person haben, die sich dauerhaft in den jeweiligen Ressorts, in den Häusern, in den Verwaltungen um das Thema kümmert und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Hinsicht schulen kann.

Wenn man das auf die Ebene des Landtags bezieht, könnte es sich, wie ich es salopp genannt habe, um eine Art Stabsstelle handeln, wie auch immer sie dann heißt und wo sie im Haus verortet ist. Diejenigen Akteure bringen die Bürgerbeteiligung vielleicht auch in den Ministerien, aber vor allen Dingen im eigenen Haus voran. Sie durchleuchten, an welcher Stelle es Sinn macht – das verzahnt sich mit dem zweiten Punkt –, Bürgerbeteiligung über eine mögliche Onlinepartizipationsplattform freizuschalten oder auch nur Bürgerinformation oder -konsultation.

Es könnten auch Akteure sein, die die Vernetzung mit den Kommunen voranbringen, die eine Art „Geschäftsstellenfunktion“ einnehmen, um das Bürgerbeteiligungs- und Partizipationsthema sehr klar in die Kommunen zu tragen. Denn auf kommunaler Ebene gibt es schon Vernetzungstendenzen von Bürgerbeteiligungsbeauftragten. Es bilden sich Netzwerke. Da könnte sich der Landtag stärker als Akteur einbringen, der hier eine Plattform bietet und Vernetzung erzeugt.

Wenn es tatsächlich eine Idee wäre, eine Art Referenzrahmen für Leitlinien und Bürgerengagement auf Landesebene voranzubringen, wären dies die Hüter dessen, also dass die Leitlinien tatsächlich in Verwaltungshandeln umgesetzt werden können. Das könnte ein bisschen ein Stellenprofil, eine Rollenbeschreibung dieser Stabsstelle sein.

Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Insbesondere der letzte Punkt freut mich natürlich sehr. Ich möchte Sie nach der Praxis fragen. Aus meiner Sicht geht es bei Bürgerbeteiligung nicht nur um die Quantität, also wie aktivierend sie wirkt, sondern auch um die Qualität. Dabei geht es insbesondere – Sie haben es verschiedentlich schon angedeutet – um die zunehmende Gereiztheit, die Angst, die eine Rolle spielt. Welche Art von Bürgerbeteiligung, Onlinepartizipation wirkt in gewissem Sinne versöhnend?

Es gibt verschiedene Argumente, was der positive Effekt von Bürgerbeteiligung ist. Eines ist sicherlich, dass auf diese Art und Weise die Qualität von Entscheidungen verbessert wird. Aber man kann auch sagen, dass Bürgerbeteiligung in gewissem Sinne einen Selbstzweck erfüllt, Stichwort „Resilienz“. Das heißt, man steigert die Zufriedenheit mit dem System als Ganzem und vielleicht auch die Gelassenheit, einen zivileren Umgang usw. Was würden Sie aus Ihrer Praxisexpertise empfehlen, wie Onlinepartizipation im Prinzip als Medizin der zunehmenden Fragmentierung und Gereiztheit entgegenwirken kann?

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Das ist schon die perfekte Frage für die zweite Runde. Ich würde sie gern etwas zurückstellen, damit uns vorher zwei Fachleute aus der Wissenschaft etwas dazu erzählen. Danach stellen sich alle Expertinnen und Experten, außer Herrn Ermert, der leider wegmuss, noch einmal in die Mitte, und wir können über diese Frage diskutieren. – Ich darf mich ganz herzlich für die angeregte Diskussion und die vielen konkreten Vorschläge bedanken. Es ist schon eine Liste entstanden.

Jetzt steigen wir in unser zweites Thema ein, die Frage des Diskurses, der Diskursqualität. Was heißt es, sich zu beteiligen in einer Zeit, in der man mit Angst ins Netz geht?

Unser erster Sprecher ist Professor Marc Ziegele. Ich darf mit Stolz sagen: Auch er ist Teil unserer großen Forschergruppe zum Thema „Digitale Gesellschaft“, die in Bonn organisiert wird. Er ist Juniorprofessor für politische Onlinekommunikation und hat die Leitung der Nachwuchsgruppe „Deliberative Diskussionen im Social Web. Verbesserung der Qualität und Wirkung öffentlich-politischer Anschlusskommunikation von Bürgerinnen und Bürgern durch Moderation und Aggregation“. – Wir sehen: Gleich folgen schon die ersten Antworten auf Ihre Fragen.

Prof. Dr. Marc Ziegele (Universität Düsseldorf): Der lange Titel der Forschergruppe ist ein Grund, warum das Projekt schon über fünf Jahre läuft.

(Die Ausführungen des Redners werden von einer Präsentation begleitet *[s. Anlage 6]*.)

Ich möchte den Bogen schlagen zwischen der Qualität von Onlinediskussionen und dem heutigen Onlineaktivismus. Das Thema dieser Anhörung lautet „Utopien und Dystopien der digitalen Moderne“. Daher fangen wir gleich bei den Onlinediskussionen an, wie sie heute in den großen Foren der Öffentlichkeit geführt werden, nämlich in Kommentarspalten von Onlinemedien, in sozialen Medien wie Facebook, Twitter und Co.

Wenn wir von Utopien sprechen, dann ist das hier sicherlich sinnbildlich zu sehen. Es ist das Bild einer griechischen Agora oder eines römischen Forums, wo sich Menschen zivilisiert und respektvoll über Themen von hoher Relevanz, über politische Themen austauschen und gemeinsam Lösungen finden. Nun wissen wir alle, wenn wir über die heutigen Probleme von Onlinediskussionen sprechen, dass diese Utopie offenbar nicht eingetreten ist.

Die Dystopie ist eher das hier, nämlich dass es online aussieht wie auf einem digitalen Schlachtfeld. Dort herrscht ein Krieg der Meinungen, ein Überlebenskampf der polarisierenden Meinung desjenigen, der am lautesten schreit. Insgesamt geht es dort eher ungesittet zu. Das ist auch ein Grund, warum sich Politik und Wissenschaft damit beschäftigen, wie es um die Qualität von Onlinediskussionen bestellt ist.

Wir selber machen das in unserer Forschung, haben sogenannte Inhaltsanalysen von Onlinediskussionen durchgeführt, wie sie auf Facebook und in den Kommentarspalten von Medien stattfinden.

Wir sehen tatsächlich, dass ein signifikanter Teil, nämlich ein Viertel bis ein Drittel, der dort veröffentlichten Beiträge in irgendeiner Form herabwürdigend ist. Unser Oberbegriff dafür ist „Inzivilität“. Darunter fallen allerdings ganz verschiedene Phänomene.

Wir haben auch Sachen wie Off-Topic oder sogenannten Whataboutism. Themen werden in eine andere Richtung verschoben, die mit dem ursprünglichen Thema nichts mehr zu tun hat.

Wenn wir uns die eher schweren Formen anschauen, bei denen es bis zur Hassrede geht – negative Stereotype, Sexismus, Rassismus, Gewaltandrohungen –, dann stellen wir fest, dass diese Kommentare, auch wenn der Anteil kleiner ist als bei den weniger schweren Formen von Inzivilität, immer noch 11 bis 15 % ausmachen.

Anders als Frau Heger-Mehnert es wahrgenommen hat, sehen wir keinen signifikanten Anstieg über die Jahre. Wir machen diese Untersuchungen seit 2015. Diese Formen sind in den letzten Jahren nicht sprunghaft angestiegen, aber wir haben offenbar schon ein Problem mit der Qualität der Diskussionen.

Das ist auch aus der Perspektive problematisch, als die Forschung, vor allem die kommunikationswissenschaftliche und die medienpsychologische, festgestellt hat, dass das Lesen von solchen hasserfüllten und beleidigenden Diskussionen verschiedene demokratisch eher nicht erwünschte Effekte hat. Das reicht von dem Hervorrufen aggressiver Gedanken und Gefühle über eine sogenannte Inzivilitätsspirale – beleidigende und respektlose Beiträge rufen weitere solcher Beiträge hervor, und es kommt quasi zu einer Abwärtsspirale der Diskussionsqualität – bis zur Erhöhung von Vorurteilen gegenüber Minderheiten. Wir haben schon von Frau Appelhoff gehört, dass die Partizipationsbereitschaft von Menschen sinkt, wenn sie zu häufig mit solchen minderwertigen Diskussionen konfrontiert werden.

Wir haben in einer eigenen Studie, die gerade veröffentlicht worden ist, gezeigt, dass der Onlinehass nicht online bleibt, sondern dass er sich tatsächlich in realem prosozialen Verhalten gegenüber hilfsbedürftigen Gruppen negativ niederschlägt. Das ist ein Grund, warum sich verschiedenste Onlineaktivismusgruppen dieses Themas angenommen haben und versuchen, dem Hass etwas entgegenzusetzen. Eine Gruppe schauen wir uns heute ein bisschen genauer an.

Erst einmal habe ich aber eine Übersicht, was es in dem Bereich alles gibt. Sie finden im Internet die Seite der Vernetzungsstelle das NETTZ – nicht besonders Google-geeignet, weil Google den Begriff beim Suchen automatisch auf „Netz“ korrigiert. Größere

Initiativen sind beispielsweise Reconquista Internet – davon haben Sie vielleicht gehört, damals von Jan Böhmermann initiiert –, ichbinhier, um die es heute noch etwas genauer gehen soll, oder LOVE-Storm, die letztens vorgestellt wurde. Aber es gibt auch Initiativen für Betroffene von Hate Speech, die ihnen helfen, wie HateAid oder No Hate Speech Movement. Daneben gibt es noch ganz viele kleinere Initiativen, die sich dem Thema verschrieben haben.

Es gibt diesen Aktivismus nicht nur auf der Seite derjenigen, die Hass bekämpfen wollen, sondern es gibt auch Gruppierungen, die den Hass und die Radikalisierung eher fördern. Reconquista Germanica – nicht zu verwechseln mit Reconquista Internet – hatte sich zwischenzeitlich aufgelöst, ist aber in irgendeiner Form immer noch aktiv. Es gibt die kürzlich ins Gespräch gekommene „Atomwaffendivision Deutschland“, die vor allem Politikerinnen und Politikern Morddrohungen zukommen lässt, und natürlich 8chan, das gerade im Kontext des jüngsten Anschlags in Halle in den Verdacht geraten ist, zur Radikalisierung der Leute beizutragen.

Wir haben auf beiden Seiten den Onlineaktivismus: Das sind einmal die, die sich gegen den Hass verschreiben, und das sind die Radikalisierungsbewegungen, die den Hass gewissermaßen vorantreiben.

Wir haben uns in einer Kooperation aus Wissenschaft und Praxis – das ist vielleicht ein ganz gutes Beispiel – im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts, an dem auch Studierende beteiligt waren, mit ichbinhier beschäftigt. Wir haben uns angesehen, wer sich da überhaupt beteiligt und was die Gegenrede, die die Gruppe betreibt, bewirkt.

Für alle, die ichbinhier nicht kennen, ein ganz kurzer Überblick: Es ist eine geschlossene Facebook-Gruppe mit aktuell mehr als 45.000 Mitgliedern, die sich dort organisieren, in eskalierte Diskussionen auf Onlinenachrichtenseiten einsteigen und probieren, dem Ganzen über Gegenrede und sachliche Beiträge etwas entgegenzusetzen. Aus der Selbstverpflichtung sagen sie zu ihren Mitgliedern: „Sei empathisch, respektvoll, untermauere deine Aussagen mit Fakten, belehre andere Diskussionsteilnehmer nicht“ usw., also das, was wir in der Wissenschaft durchaus als deliberative Qualität einstufen würden. Trotzdem beteiligen sich von diesen 45.000 Mitgliedern relativ wenige. Wir haben einen kleinen Kern, der sich aktiv beteiligt, die anderen bleiben eher stumm.

Deshalb haben wir zwei für diese Anhörung relevante Fragen untersucht:

Erstens. Wie lässt sich das Bürgerengagement fördern, bei ichbinhier, aber möglicherweise auch allgemein?

Zweitens. Ist die Strategie der Gegenrede irgendwie erfolgreich? Kann sie an der Diskussionsqualität online etwas verändern?

Zu der ersten Frage haben wir festgestellt: Ichbinhier-Mitglieder greifen umso häufiger mit Gegenrede in entgleiste Onlinediskussionen ein, je stärker sie sich persönlich verantwortlich fühlen, diese Diskussion zu regulieren. Das mag einem erst einmal allgemein bekannt vorkommen, aber wenn Sie an den öffentlichen Diskurs denken, den wir momentan haben, an die Delegation der Verantwortung an die Politik, an Gesetze etc.,

dann halte ich es gar nicht für unwesentlich, auch die Verantwortung der Menschen selbst, hier regulierend einzugreifen, wieder zu stärken.

Von den Fähigkeiten haben wir heute schon gehört. Die Menschen müssen in der Lage sein, sich fähig fühlen, Kommentare oder Gegenreden zu schreiben. Das kann man mit gezielten Schulungsmaßnahmen fördern, wie andere Studien gezeigt haben.

Hier sehen Sie ein Muster, über das wir auch bereits gesprochen haben. Es geht um positives Feedback und Anerkennung. Die Leute wollen sich wertgeschätzt fühlen, wenn sie sich mit Gegenrede einbringen. Sie wollen ein positives Feedback bekommen, wenn sie sich sozusagen in die Mitte des Sturms wagen.

Auch eine kollektive Selbstwirksamkeit ist allgemein für eine Demokratie wichtig, nicht nur für ichbinhier. Je mehr man glaubt, dass eine Initiative oder eine Sache zu einem positiven Ergebnis führen wird, desto eher greifen die Mitglieder ein.

Zu der zweiten Frage: Ist das eine erfolgreiche Gegenstrategie? Wir haben uns die Kommentare von ichbinhier-Mitgliedern angeschaut und diese mit Kommentaren von anderen Nutzern verglichen. Aus einer Qualitätsperspektive gesehen sind die ichbinhier-Kommentare durchweg positiver zu beurteilen. 50 % der Kommentare von ichbinhier-Mitgliedern enthielten zum Beispiel Argumente, während das bei anderen Nutzern nur in einem Drittel der Fall war.

Andersherum ist es bei Geringschätzungen und negativen Stereotypen. In diesen Kategorien sind Kommentare von anderen Nutzern deutlich mehr vertreten.

Im letzten Schritt haben wir uns angeschaut: Wenn die Leute rationalere und respektvolle Kommentare – hier symbolisiert durch Gehirn und Herz – in solchen Diskussionen posten, führt das dann dazu, dass auch die Anschlussdiskussionen respektvoller und rationaler werden? Das haben wir mit statistischen Modellen berechnet, die tatsächlich einen zwar schwachen, aber signifikanten Zusammenhang zwischen diesen Aspekten zeigen. Wer sachliche Kommentare schreibt, kann mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit auch mit sachlichen Antwortkommentaren rechnen. Genauso ist es bei respektvollen Kommentaren. Es ist also gewissermaßen eine Umkehr der Inzivilitätsspirale, wie ich sie am Anfang beschrieben habe. Insofern kann das schon als erfolgreiche Strategie dargestellt werden.

Zu meinem Schlussstatement:

Erstens. Onlinediskussionen sind heutzutage allgegenwärtig. Sie werden von Bürgern zur Meinungsbildung herangezogen. Deswegen müssen wir sie in irgendeiner Form aktiv gestalten, wenn wir nicht wollen, dass sie verrohen.

Zweitens. Sowohl utopische als auch dystopische Konzepte sind dabei weitgehend unangebracht. Es gibt viele Graustufen dazwischen. Onlinediskussionen sind weder nur schlecht noch nur gut.

Drittens. Wir können hier sicherlich, weil das aus einer politischen Perspektive interessant ist, über den zunehmenden Organisationsgrad von Akteuren in solchen Onlinediskussionen sprechen. Früher haben sich Individuen beteiligt. Heute haben wir viel mehr

Interessengruppen sowohl am linken oder linksliberalen Rand als auch am rechtsextremen Rand. Interessanterweise wirkt es oftmals so, als würde die gemäßigte Mitte fehlen. – Das war auch schon der vierte Punkt.

Fünftens. Aktivismus, bürgerschaftliches Engagement können solche Diskussionen verbessern.

Letzter Punkt: Wenn wir Bürgerengagement fördern wollen, dann müssen wir beim Verantwortungsgefühl ansetzen. Das geschieht durch Kompetenzen, durch Anerkennung der Leute und Demonstration der Wirksamkeit ihres Engagements.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Ganz herzlichen Dank für diesen positiven Blick. Manchmal denkt man ja, dass alles verloren ist. Vielen Dank für die konkreten Daten aus der Forschung.

Last, not least möchte ich Frau Professorin Nicole Krämer vorstellen. Auch sie gehört zur Forschergruppe „Digitale Gesellschaft“. Sie ist von der Universität Duisburg-Essen und vertritt – das ist ein Grund, warum wir uns sehr freuen, dass sie gekommen ist – ein Tandem, das heißt eine Promotionsgruppe, die sich mit dem Thema „[:de]Inzivilität in der politischen Online-Kommunikation: Typen, Ursachen, Wirkungen und Interventionen[:]“ beschäftigt. Auch da sind wir schon auf der Spur der Frage von Herrn Fuhrmann.

Prof. Dr. Nicole Krämer (Universität Duisburg-Essen): Ich werde viele Themen, über die wir schon gesprochen haben, noch einmal aufgreifen, deshalb aber einiges vielleicht verkürzen.

> (Die Ausführungen der Rednerin werden von einer Präsentation begleitet *[s. Anlage 7]*.)

Generell – es wurde schon häufig gesagt – sehen wir durchaus Chancen darin, dass sich Bürger online politisch beteiligen. Das wird, wenn es richtig und gut gemacht ist, viele Vorteile haben.

Aber über die gesamte Sitzung sind immer wieder verschiedene Risiken angesprochen worden: ideologisch homogene Diskussionsräume, Echokammern, Filterblasen, so etwas wie Inzivilität, was wir gerade noch einmal sehr ausführlich gehört haben, Hate Speech. Auch die virale Verbreitung von Falschinformationen spielt eine Rolle. Das ist der einzige Punkt, auf den ich heute nicht eingehen werde. Dazu forschen wir zwar auch relativ viel, das ist aber nicht unmittelbar verbunden mit den zentralen Fragen, denen ich mich jetzt widmen möchte, nämlich: Was kann die Beteiligung an Onlinediskursen hemmen, und was kann gegen diese Hemmung getan werden? Welche Strategien kann man zur Förderung von Onlinepartizipation ergreifen? Da sind Fake News nur über einen Umweg relevant.

Noch nicht angesprochen wurden Manipulationen durch Algorithmen. Es klang eben schon an, dass Personen zum Teil skeptisch sind, wenn sie sich online beteiligen sollen. Das hängt aus meiner Sicht auch damit zusammen, dass man heutzutage nicht mehr unbedingt weiß, was da passiert. Man sieht in den sozialen Netzwerken, dass

Algorithmen am Werk sind, die bestimmte Dinge in den Vordergrund spielen, andere nach hinten rücken. Ich glaube, in der Bevölkerung ist zu wenig Wissen vorhanden, was da passiert. Das ist ein wichtiger Punkt, der angesprochen werden muss, wenn es um die Frage geht, warum sich Menschen beteiligen oder vielleicht auch nicht.

Zuerst möchte ich auf Echokammern und Filterblasen eingehen. Die wesentliche Botschaft habe ich vorhin schon in die Diskussion eingebracht. Noch einmal kurz zu der Frage: Was sind die offensichtlichen Ursachen dafür, dass es so etwas wie homogene Diskussionsräume gibt, in denen man ganz oft auf Menschen trifft, die die eigene Meinung unterstützen?

Es gibt einerseits technische Ursachen. Auch hier wieder: Wir wissen nicht genau, was auf den Plattformen gemacht wird, wie die Algorithmen funktionieren. Ganz offensichtlich sind aber – das sehen Sie alle, wenn Sie etwas eingekauft haben und dann zugespielt bekommen, was Sie noch kaufen sollen – Algorithmen am Werk, und zwar auch bezogen auf Nachrichten, auf politische News, die uns bestimmte Dinge mitteilen und andere eben nicht.

Das führt zu eine Art Filterblase. Es gibt aber auch sehr wichtige psychologische Ursachen – das verstärkt sich dann wechselseitig –, nämlich unsere Neigung zu Confirmation Bias oder Selective Exposure. Das heißt, Menschen präferieren die Information, die der eigenen Meinung entspricht. Das ist für uns bequemer, es ist positiver. Wenn wir mit anderen zusammenkommen, die die gleiche Meinung haben, erhalten wir eine Bestätigung, die freundliche Rückmeldung: „Genau das dachte ich auch“, an anderer Stelle eben nicht. Das führt dazu, dass wir uns sehr stark in solche Räume begeben.

Versuchen wir, genau hinzuschauen: Gibt es das Phänomen eigentlich in der Form, wie es öffentlich diskutiert wird? Sprechen wir online wirklich viel stärker mit denen, die unsere Meinung teilen? Extremisieren wir unsere Meinung dadurch vielleicht weiter? Wenn man sich netzwerkartig ansieht – das haben einige Forscher gemacht –, mit wem man da spricht, dann zeigt sich tatsächlich, dass es häufig Leute sind, die dem eigenen politischen Lager angehören. Das kann man in den USA sehr schön zeigen. Nur 20 % der Facebook-Freund*innen sind aus dem anderen politischen Lager.

Auf der anderen Seite zeigen Befragungen insbesondere in Deutschland – darauf habe ich mich eben auch bezogen –, dass die Leute wahrnehmen: „Aber im Netz sehe ich doch die Leute, die andere Dinge denken“, während man im persönlichen Diskurs, in der Umgebung, wenn man mit anderen Menschen spricht und ihnen offline begegnet, eigentlich wahrnimmt, dass sie alle ähnlich denken wie man selbst. Das heißt, man kann davon ausgehen, dass die Offlineblase vielleicht sogar noch größer ist als die Onlineblase.

Bisher gibt es etwas inkonsistente Ergebnisse, wie groß das Phänomen wirklich ist. Wichtig zu erwähnen ist sicherlich, dass wir Daten haben, die zeigen, dass eine Meinungsäußerung innerhalb solcher Filterblasen leichter wird. Wir haben Daten dazu – das geht in die Richtung, wie sie Frau Appelhoff eben darstellte –, dass man zum Teil Angst hat, sich zu äußern, insbesondere wenn man sich in Feldern bewegt, von denen

man weiß, dass man in der Minderheit ist. Es ist für die Leute zum Teil schwieriger, sich online zu äußern als offline, weil man dann schon den Shitstorm erwartet.

Die Tatsache, dass man sich eher mit Leuten gleicher Meinung umgibt, führt allerdings gegebenenfalls zu einer Extremisierung. Neuere Erkenntnisse sind hier vor allen Dingen von der im Rahmen der „Digitalen Gesellschaft“ durch NRW finanzierten Nachwuchsgruppe meines Kollegen German Neubaum zu erwarten, der genau in dem Bereich forscht.

Jetzt schon sehen wir: Dass wir mit Peers kommunizieren, egal welche Meinung sie haben – Kommentare zu Zeitungsbeiträgen und anderem –, hat einen Einfluss. Das wurde in der Forschung bisher sehr konsistent nachgewiesen. Das, was wir von anderen Nutzerinnen und Nutzern sehen, beeinflusst unsere Meinung. Das kann gut sein, das kann schlecht sein; es sind ja auch keine Experten zu den Themenbereichen. Aber das, was wir lesen, hat Einfluss.

Wir sehen auch, dass insbesondere negative Kommentare, wenn etwas verrissen wird, wenn irgendwo eine Nachricht steht und jemand schreibt dazu: „Das alles ist doch großer Mist“, einen Einfluss haben.

Hoffnung macht uns, dass Menschen eigentlich kompetent an die Sache herangehen. Wir haben in Studien gezeigt, dass insbesondere dann, wenn die Themen persönlich relevant sind, wenn man sich wirklich mit etwas auseinandersetzen möchte, begründete Argumente von anderen einflussreicher sind als subjektive Meinungen. Wenn jemand einfach nur schreibt: „Das ist alles Mist, das kann man in die Tonne treten“, ist das weniger einflussreich, als wenn jemand dezidiert Auskunft gibt, warum man das nicht glauben sollte. Argumente werden gelesen, gehört und sind dann einflussreicher. Das ist hier zumindest ein hoffnungsspendender Aspekt.

Zu Inzivilität und Hate Speech haben wir gerade schon wichtige Zahlen und Zusammenhänge gehört. Wir selber haben zu der Frage geforscht: Was hat eigentlich Einfluss? In der Vergangenheit hieß es immer: Wenn man anonym posten kann, dann führt das zu mehr Hass im Netz, weil man nicht identifizierbar ist. Wir haben aber auch geschaut: Welchen Einfluss haben Normen bei einer Diskussion, die bereits läuft, also in der schon aggressiv kommuniziert wird? – Das ist in der Tat in der kontrollierten Studie, die wir dazu durchgeführt haben, einflussreicher gewesen.

In einem kontrollierten experimentellen Setting haben wir Leute sowohl anonym als auch nicht anonym kommunizieren lassen, und es gab sowohl aggressive Kommentare als auch eben nicht. Da sehen wir: Der Haupteffekt liegt in der aggressiven Norm. Wenn bereits aggressiv kommuniziert wird, dann wird auch eher selbst aggressiv kommuniziert. Die Anonymität hatte keinen Effekt in sich. Es war egal, ob die Leute wussten, dass sie identifizierbar sind oder nicht. Allerdings gibt es in Interaktionen mit der aggressiven Norm noch mal einen Unterschied. Die Konformität, das Sichorientieren an der aggressiven Norm ist stärker in einer anonymen Umgebung.

Das heißt, man sollte anonyme Umgebungen vermeiden, in denen eine aggressive Norm herrscht. Diese aggressive Norm kann man nur unterbinden – das ist heute

schon sehr häufig gesagt worden –, indem man dafür sorgt, dass der Hass verschwindet – wie auch immer, das muss man diskutieren. Aber wenn schon Hass da ist, führt das zu weiterem Hass.

Einerseits zu den Ursachen von Hate Speech: Es hat offensichtlich viel mit Aggressionen in jeder Hinsicht zu tun. Die Befragung von Verfassern inziviler Kommentare zeigt, dass sie vor allen Dingen inzivil sind, wenn Aggression ihr Motiv ist. Es geht auch um eine negative soziale Wirksamkeit. „Es gefällt mir, andere wütend zu machen“, wird häufig als Motiv dafür genannt, inzivile Kommentare zu schreiben.

Andererseits spielt auch die Wirkung eine Rolle. Kommentare werden am deutlichsten als inzivil empfunden, wenn man ihnen zuschreibt: Das hat jemand aus aggressiven Motiven so verfasst. – Das heißt, Aggression ist ein wichtiger Aspekt.

Die Konklusion lautet: Damit sich keine Normen zu Aggressivität ausbilden, ist es sinnvoll, inzivile Postings schnell zu entfernen.

Zuletzt zu den Algorithmen: Sie alle haben sicher von Cambridge Analytica gehört. Ich will das nicht vertiefen. Wichtig erscheint mir, wie ich eingangs schon sagte: Bürgerinnen und Bürgern ist immer mehr bewusst, dass Algorithmen steuern, welche Meldungen sie sehen. Das Verständnis von Algorithmen ist aber extrem unvollständig. Man versteht nicht, was da vor sich geht. Auch Experten verstehen das nur zum Teil, aber Bürgerinnen und Bürger haben noch weniger ein Gefühl dafür. Es gibt auch Forschung dazu. Die Leute versuchen dann, sich ein Bild zu machen. Man versucht mental, sich ein Modell vorzustellen. Das ist aber unvollständig.

Auf der Basis könnte auch ein Rückzug erfolgen. Wir haben eben schon gehört, dass die Leute skeptisch sind. Sie wissen nicht, was auf den Onlineplattformen passiert. Vor dem Hintergrund ist es wichtig, noch stärker hinzuschauen, welches Verständnis die Menschen von solchen Algorithmen haben. Dazu arbeiten wir auch.

Diese Unterlage habe ich Ihnen mitgebracht. Wer sie gleich mitnehmen mag, kann das tun. Es ist nur ein bedingt verwandtes Thema, es geht um KI-basierte Sprachassistenten, also Alexa, Google, mit denen wir im Alltag so sprechen – „wir“ ist gut, jedenfalls mehr und mehr Menschen. Es ist ein Policy Paper. Das heißt, es ist für Sie gemacht. Policy Maker können lesen, inwiefern es eine Herausforderung ist, zu begreifen: Was verstehen Menschen denn von KI?

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Jetzt steigen wir mit der Frage von Herrn Fuhrmann, die noch im Raum steht, in die Diskussion ein.

Ich kenne die Kolleginnen und Kollegen zum Teil relativ gut. Viele von uns beschäftigen sich mit dem Thema. Aber neben der Bestandsaufnahme durch die Forschung geht es durchaus auch um praktische Fragen. Was könnte denn, ganz pragmatisch, die Rolle eines Landtags sein? Ist es eine gesamtgesellschaftliche Debatte, in der wir ohnehin keinen großen Einfluss haben, oder ließen sich bestimmte Dinge vorstellen?

Prof. Dr. Nicole Krämer (Universität Duisburg-Essen): Wir haben eben versucht einzubringen – das war in sehr vielen Vorträgen der Fall –, dass wir Onlinediskurse

ziviler gestalten und Hate Speech heraushalten müssen. Das wird ein wichtiges Thema sein.

Der Landtag kann das sicherlich in vielerlei Hinsicht beeinflussen. Er kann auf übergreifende Gesetze und auf Strukturen auf kommunaler, auf lokaler Ebene hinwirken. Offensichtlich ist es wichtig, hier gesetzgeberisch tätig zu werden, wie die Erkenntnisse zeigen.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Ist das eine konkrete Vorstellung?

Prof. Dr. Nicole Krämer (Universität Duisburg-Essen): Die konkrete Vorstellung wäre, die Löschung solcher Posts – im Sinne dessen, was schon mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz versucht wird – verpflichtend zu machen. Das ist aus verschiedenen Gründen kritisiert worden. Es hat positive Anteile, es hat problematische Anteile. In die Richtung sollte man weiterdenken.

Prof. Dr. Marc Ziegele (Universität Düsseldorf): Die eine Lösung, um online gute Diskussionen hinzubekommen, wird es nicht geben. Es ist nicht so, dass man mit dem Zauberstab darangeht und – zack! – gute Diskussionen hat, sondern man wird mit verschiedenen Maßnahmen ein kleines bisschen erreichen können. Da sind eigentlich alle gesellschaftlichen Systeme gefordert.

Zum einen sind die Medien gefordert, die die größten solcher Diskussionen, zumindest im Bereich der politischen Meinungsbildung, beherbergen, die – dazu führen wir auch Studien durch – durch eine bestimmte Themenwahl, durch eine bestimmte Aufbereitung von Nachrichten auch dazu beitragen, dass der Ton im Netz rauer wird, dass sich Menschen ungesitteter äußern. Da gibt es sicherlich eine Verantwortung, die Diskussion zu moderieren.

Die Moderation haben wir heute schon ein paarmal angesprochen. Das untersuchen wir in unserer Nachwuchsforschergruppe und sehen: Dort, wo sich Journalisten und Community Manager aktiv beteiligen und die Nutzerinnen und Nutzer ernst nehmen – Perspektivübernahme wurde angesprochen, auch das ist ein Element von Moderation –, laufen die Diskussionen sachlicher und ziviler.

Zum anderen ist die Politikebene gefordert. Wo es geht, sind Gesetze zu vermeiden. Wo sie nötig sind, müssen sie natürlich gemacht werden. Ich glaube, wir sollten erst einmal anfangen, die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, selbstregulierend in solchen Diskussionen tätig zu werden. Ich habe es schon angesprochen: Wir sollten das Verantwortungsgefühl stärken. Wir dürfen nicht sagen: „Hier ist der Staat, wir haben das Gesetz, wir machen alles“, sondern wir sollten sagen: „Du kannst dazu beitragen, dass das Internet ein bisschen ein besserer Ort wird“, auch wenn das jetzt ein bisschen utopisch geframt ist. Das halte ich für einen wichtigen Punkt.

Nicole Krämer hat es schon gesagt: Letztendlich müssen sich auch die Plattformanbieter daran beteiligen, indem sie zum Beispiel Diskursräume schaffen, die die Bildung

von aggressiven Gruppennormen gar nicht erst zulassen. Da sind wieder Algorithmen im Spiel, aber das kann man vielleicht auch schlauer gestalten, sodass einfach benutzerfreundliche und differenzierte Diskussionsräume entstehen.

Vielleicht brauchen wir doch wieder mehr – jetzt muss ich aufpassen – den geschützten Raum. Heute entstehen in Onlinediskussionen viel Hass und viel Respektlosigkeit oft dadurch, dass die Filter Bubble zerbricht. Auf Onlinemedien, gerade in den Kommentarspalten, kommen Menschen unterschiedlichster Couleur und Herkunft mit ganz unterschiedlichen Weltbildern zusammen, die sich auf der Straße niemals miteinander unterhalten hätten. Klar, dass es da kracht. Ich will auch gar nicht sagen, dass das nur schlecht ist. Vielleicht brauchen wir hier wieder gewisse Diskursräume, die dieses Erwartungsmanagement, dass man nur auf Zustimmung trifft, ein bisschen relativieren. Ich glaube, da gibt es ganz viele Ansatzpunkte.

Prof. Dr. Nicole Krämer (Universität Duisburg-Essen): Ich möchte noch etwas ergänzen, weil Herr Fuhrmann einen Punkt angesprochen hatte, der weitergeht, als einfach nur Hass loszuwerden, nämlich für Versöhnung zu sorgen. Da haben Sie tatsächlich den Finger in die Wunde gelegt; denn dazu gibt es extrem wenig Forschung. Es gibt erste Initiativen, die sich das anschauen. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gab es ein Förderprogramm. Aber wir wissen noch zu wenig darüber.

Das ist ein genuines Thema meines eigentlichen Fachbereichs, der Sozialpsychologie, die sich jahrzehntelang angesehen hat: Wie bekommt man Menschen zusammen? Wie baut man Stereotype ab? Das ist nicht leicht. Herr Radtke hat eben Perspective-taking erwähnt. Perspektivübernahme kann ein wichtiger Aspekt sein. Aber das ist unglaublich komplex.

Es ist nicht damit getan, dass man Informationen über die andere Gruppe gibt oder mal deren Meinung liest. Das muss tatsächlich sehr aufwendig moderiert werden. Es gibt sozialpsychologische Techniken, nach denen man die Leute miteinander an einem gemeinsamen Ziel arbeiten lässt. Das kann zu der Frage sein: „Wie soll das kommunale Schwimmbad aussehen?“ oder: „Wie soll sich die Landeshauptstadt Düsseldorf in der Hinsicht weiterentwickeln?“, was auch immer. Es hinzubekommen, dass Leute an einem gemeinsamen Ziel arbeiten und sich wechselseitig in ihren Aufgaben ergänzen, das wäre eine klassische sozialpsychologische Antwort. Aber das ist unglaublich aufwendig. Das kriegt man nicht hin, indem man ein Onlineforum zur Verfügung stellt und sagt: Unterhaltet euch da mal.

Rita Schuhmacher (openPetition): Auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass man den Leuten in diesen Foren, in diesen Debattenräumen mehr zutrauen muss, dass sie sich selbst moderieren.

Wir haben einen Debattenraum, der ganz einfach in Pro und Kontra aufgeschlüsselt ist. Man kann jeweils auf die Argumente noch mal reagieren. Natürlich filtern wir bestimmte Schimpfworte heraus. Man kann auch Kommentare oder Trolle melden. Aber diese Räume sind weitestgehend selbst moderiert.

Wir haben gemerkt: Wenn man sich mit seinem Namen an der Debatte beteiligt, fangen die Leute eher an, sich zu brüsten. Hasskommentare in Verbindung mit ihrem Namen bedeutet nicht, dass sie zurückhaltender sind, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Festgestellt haben wir auch: Kommentare von Frauen werden weniger gelesen, finden weniger Beachtung. Das heißt, es gibt einen anonymen Raum, von dem wir erst dachten, das sei gefährlich. Aber es war das Gegenteil. Dort werden auch Kompromisse gefunden.

Prof. Dr. Frank Decker (Sachverständiger EK III): Gehört zu diesem Bereich der Selbstregulierung, dem ich im Prinzip zustimmen würde, auch der ganze Komplex der Anonymisierung? Das ist ein Problem der Öffentlichkeit im Internet. Ich habe es gerade selbst wieder erlebt mit Leserkommentaren zu einem Artikel in der „Neuen Zürcher Zeitung“. Aber ich habe keine Lust, mit Leuten in Kontakt zu treten, die nicht mit offenem Visier antreten, genauso wenig wie ich einen Brief beantworten würde, der nicht von einer Person unterschrieben ist, die ich ansprechen kann. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Das ist doch eine asymmetrische oder unfaire Form von Kommunikation, die dann stattfindet, wenn der andere sein Gesicht verbirgt.

Prof. Dr. Marc Ziegele (Universität Düsseldorf): Es gibt genau diese beiden Perspektiven seit dem Beginn der Onlinekommunikationsforschung.

Die eine Perspektive ist, dass Anonymität auch Leuten die Teilnahme ermöglicht, die sonst benachteiligt wären aufgrund von sozialen Hinweisen, von Status-Cues oder von ganz basalen Faktoren wie Aussehen, Alter etc. Der Gedanke war: Online kann der 16-Jährige mit dem 80-Jährigen diskutieren, solange beide anonym sind und sich auf der Grundlage von Argumenten austauschen. – Jetzt haben Sie angesprochen, dass insofern eine Asymmetrie besteht, als dass einer erkennbar ist und der andere nicht. Dieses Verhältnis ist natürlich problematischer.

Die andere Perspektive ist, dass Anonymität zur Enthemmung beiträgt und durch eine Klarnamenpflicht alles gelöst werden kann. Aber wie Frau Schuhmacher eben schon gesagt hat – es gibt auch zwei, drei Studien dazu, bzw. Frau Krämer hat gerade noch eine genannt –: Mit der Klarnamenpflicht allein ist es nicht getan. Klar, Sie haben dann einen Namen. Sie sehen, dass Sie einem Mann oder einer Frau gegenüberstehen, die vielleicht aus Düsseldorf oder Köln kommt. Aber letztendlich macht Sie das nicht bekannter mit der Person. Die Fremdheit zwischen Ihnen ist immer noch da. In Kombination mit solchen Gruppennormen ist es dann wahrscheinlicher, dass es zu einer Enthemmung kommt, auch wenn es sich trotzdem komisch anfühlt – da gebe ich Ihnen recht –, mit anonymen Menschen zu kommunizieren.

Rita Schuhmacher (openPetition): Der Name der Person ist ja meistens bei der Plattform hinterlegt. Bei der Moderation sieht der Plattformbetreiber ja, wer gerade kommentiert. Der Angriff wird sehr schnell viel persönlicher, wenn ich in diesem De-

battenraum sage: Du, Lisbeth, darfst hier gar nicht mitreden, weil du deinen Führerschein sowieso bald los bist; du bist nämlich schon 80 und darfst bei der Tempolimitdebatte gar nicht mitmachen.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Sie schützen also die Teilnehmer?

Rita Schuhmacher (openPetition): Ja. Dadurch schützen wir sie, und es findet weniger Shitstorm statt.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Die Debatte um Anonymität im Netz wird auch juristisch seit vielen Jahren geführt. Seitdem es das Internet gibt, diskutieren wir darüber, was die richtige Variante ist.

Mechthild Appelhoff (LfM NRW): Die Antworten machen deutlich, dass wir sichere Räume für die Kommunikation brauchen. Wir brauchen Sicherheit vor dem Missbrauch der Daten und Sicherheit vor Hass. Ich glaube, wir unterschätzen, wie viele Menschen nicht bereit sind, ihre Daten in diesem Umfang bei Facebook oder YouTube quasi als Preis für den öffentlichen Diskurs abzugeben. Wenn wir wirklich alle Bevölkerungsgruppen dazu motivieren möchten, sich am öffentlichen Diskurs zu beteiligen, dann muss es uns gelingen, das Problem der sicheren Daten und der Hasskommentare zu lösen.

Die Forderung nach einem sicheren Raum für die öffentliche Kommunikation schließt beides ein: die Sicherheit vor Datenmissbrauch und die Sicherheit vor Hass und Shitstorm. Dem stellen wir uns noch nicht in ausreichendem Maße, indem wir solche Räume schaffen, in welchem Rahmen auch immer, übrigens womöglich innerhalb der existierenden sozialen Netzwerke. Das würde bedeuten, dass die Betreiber nur ihre AGBs ändern müssten und bereit sind, in anderer Form zu agieren.

Ich will damit gar nicht sagen, dass es deshalb alternativer Räume, also alternativer Angebote bedarf. Aber die Forderung muss absolut klar sein, wenn man wirklich einen breiten gesellschaftlichen Diskurs wünscht. – Das ist das Erste.

Zweitens ist mir aufgefallen: Sie sprachen davon, dass die Bürger es selbst regulieren müssen. Damit setzt man ja voraus: Sie regulieren das schon, weil sie alle einen gemeinsamen Wertekanon haben. Die Richtung, in die zugunsten eines gesellschaftlich sinnvollen Klimas selbst reguliert wird, steht schon. – Aber genau diese Prämisse stelle ich infrage.

Die Frage, die man sich ja stellen muss, auch angesichts der Menschen, die in dieser Form ihre Aggressionen im Netz loslassen, ist: Haben wir denn einen solchen gemeinsamen Wertekonsens? Mindestens die Frage müssen wir uns stellen. Wenn sie dann positiv beantwortet wird, dass eigentlich jeder gerne respektvoll, nett, anerkennend, wertschätzend mit anderen kommuniziert, ist das ja wunderbar. Die Frage ist aber: Denken wir denn alle so?

Professor Ladeur, ein Jurist, hat einmal gesagt: Eine Gesellschaft muss sich immer wieder neu ihrer Regeln des öffentlichen Diskurses versichern, ansonsten – das ist jetzt mein Zusatz – funktionieren demokratische Austauschregeln nicht mehr. – Ich halte es deshalb für zwingend notwendig, einen solchen Diskurs an jeder denkbaren und möglichen Stelle zu führen – in der Wissenschaft, in der Politik und immer mit Bürgern jeden Alters –, sonst werden wir diese Regeln, die das Ziel der Selbstregulierung vorgibt, nicht gemeinsam finden.

Drittens – das müssen wir uns immer stärker bewusst machen; das sage ich noch einmal sehr kritisch zu uns –: Wenn wir über Medienkompetenz reden, dann sprechen wir sehr oft davon, dass wir die Bürger befähigen müssen, die Medien verantwortungsvoll und selbstbestimmt zu nutzen. Dabei vergessen wir den Begriff „fair“, sprich: Man macht es immer in dem Sinne, dass man zwar seine eigenen Rechte umsetzt, aber nur so weit, wie man die Rechte Dritter nicht verletzt. Auch darüber müsste man diskutieren.

Prof. Dr. Tobias Escher (Universität Düsseldorf): Ich nehme hier einen kleinen Kontrast wahr. Die negativen Erfahrungen sind jetzt mehrfach betont worden. Die sind auch überhaupt nicht wegzudiskutieren, die hatten wir alle schon. Gleichzeitig kann ich sagen, dass die Beteiligungsverfahren, die ich mir anschaue, die von Verwaltungen oder von der Politik initiiert werden, so nicht verlaufen, sondern überwiegend konstruktiv.

Ich denke, dass beides stimmt. Darauf gibt es auch einen Hinweis. Ein Teil der Diskussionen, die gerade unter Onlinenachrichtenseiten laufen, ist natürlich ein bisschen besonders. Aber vielleicht ist es dann auch schon zu spät. Dann ist die Polarisierung schon da, die sich nicht so einfach kitten lässt. Aber die Dialogangebote von Politik- und Verwaltungsseite sind wichtig, um es gar nicht so weit kommen zu lassen.

Wichtig ist ein identifizierbares Gegenüber, das mir zeigt, dass ich ernst genommen werde. Dann passiert das nicht. Dann gibt es konstruktiven Austausch. Dann macht es auch keinen Unterschied, ob das anonym ist oder nicht. Denn – das Problem kann ich sehr nachvollziehen, Herr Decker – wenn mich jemand angreift und sagt: „Du Idiot, was schreibst du da?“, will ich mit demjenigen sowieso nicht diskutieren, egal ob ich ihn namentlich kenne oder nicht. Aber wenn es ein inhaltlich sachliches Argument ist, sehe ich erst einmal nicht, warum man darauf nicht antworten kann. Das ist verwaltungsseitig genauso. Wenn mich jemand fragt, warum die Straße gesperrt ist, warum wir das nicht anders machen, kann ich darauf antworten, egal ob ich weiß, wer das ist oder nicht.

Zu guter Letzt geht es darum, welches Bild Sie landtagsseitig abgeben, wenn Sie das Gefühl vermitteln, dass hier unterschiedliche Meinungen und Interessen bestehen und Sie trotzdem konstruktiv miteinander arbeiten können. Das können Sie dann auch von Bürgerseite erwarten. Ich will das gar nicht in die eine oder andere Richtung schieben, aber man muss das natürlich von oben leben, nämlich: Wir können unterschiedlicher Meinung sein und trotzdem gemeinsam in der Sache Dinge voranbringen und entscheiden.

Marco Voge (CDU): Heute ist deutlich geworden, dass wir den Wunsch nach mehr Einbindung, nach mehr Partizipation verspüren. Das Problem ist nur: Wie setzen wir das um? Wir haben dort keine Wege; Frau Appelhoff hat es gerade gesagt. Im Sommer hatten wir die Debatte darüber angestoßen, welche Werte online gelten, die wir offline vielleicht schon haben. Durch die Grauzone – wir wissen nicht, wo wir hinwollen – entstehen genau solche Sachen, von denen wir gerade gehört haben, das inzivile Verhalten, wenn wir bei dem Begriff bleiben wollen.

Wir unterhalten uns ja eher darüber, wie wir die Wirkungen bekämpfen. Haben Sie Zahlen, Daten, Fakten, die Sie uns im Zweifel an die Hand geben können, wie wir an die Ursachen kommen? Das ist spannender, als sich mit den Wirkungen auseinanderzusetzen.

Prof. Dr. Nicole Krämer (Universität Duisburg-Essen): Darauf wollte ich in der Tat noch einmal eingehen und den zweiten Punkt, den Frau Appelhoff gerade genannt hat, auf der Basis unserer Daten stützen. Wir waren selbst unheimlich überrascht, als wir die Leute, die schon mal inzivile Kommentare schreiben, befragt haben, warum sie das machen, welche Motive dahinterstecken. Wir hatten gedacht, dass das in erster Linie der vielleicht etwas ungeschickte Versuch ist, in den Diskurs zu kommen. Nein, die meisten Leute geben offen an: Das sind Aggressionen.

Das spricht dafür, dass hinterfragbar ist, inwieweit die Selbstregulation alleine erfolgreich ist. Denn es gibt offensichtlich Menschen, die das als probates Mittel ansehen: Ich bin wütend, und das möchte ich loswerden, indem ich genau diese Form – spezifisch wurden Beleidigungen und Beschimpfungen genutzt – wähle. – Das wird aus Aggressionen hergeleitet, als bewusstes Mittel, und geht bis dahin – ich habe Ihnen ein Item gezeigt, das auch einen hohen Anteil daran hat, dass Leute inzivil kommunizieren –, dass die Leute damit jemanden ärgern wollen.

Wie man allerdings dieser Ursache entgegentritt, dafür habe ich auch kein Geheimrezept. Vielleicht ist erst einmal wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, dass Leute sagen: Ich habe Aggressionen, und ich gehe davon aus, dass ich damit, wenn ich das so rüberbringe, jemanden verärgere. Das ist mein Ziel bei der ganzen Sache.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Wir haben ja schon über eine sanfte Form, über Counter Speech und Ähnliches, geredet. Jetzt könnte man auch die Position einnehmen: Das reicht nicht. Das Künast-Urteil hat gezeigt: Es muss etwas passieren. – Unter den juristischen Kollegen wird viel darüber diskutiert.

Jetzt gibt es inzwischen in Köln – ich weiß nicht, ob Sie das verfolgt haben – eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die eine Onlineplattform hat, auf der man anonym sowohl aus Facebook als auch aus Twitter Screenshots hochladen kann, die Beleidigungen, Morddrohungen und Ähnliches enthalten. Das gilt als Anzeige. Sie wissen ja: Eine Straftat muss zur Anzeige gebracht werden. – Das ist eine ganz andere Variante. Ist das zu drakonisch? Bringt das etwas? Muss der Rechtsstaat vielleicht doch irgendwann mehr Zähne zeigen? Oder schießt man da über das Ziel hinaus? Eine Einschätzung dazu würde mich von Ihnen allen interessieren. Das ist jetzt in Köln gestartet, wird aber bundesweit ausgebaut.

Prof. Dr. Christoph Bieber (Universität Duisburg-Essen): Dazu sollte man vielleicht eher die Kollegen aus der Juristerei fragen. Grundsätzlich geht es, glaube ich, gar nicht unbedingt darum, neue Zähne zu finden, sondern die Zähne zu zeigen, die schon da sind. Es gibt ja durchaus Möglichkeiten, die man aus unterschiedlichen Gründen vielleicht noch nicht so einsetzt, wie man sie einsetzen sollte. Vorreitermodelle sind natürlich zu begrüßen und auszubauen.

Auch hinsichtlich der Frage, was denn der Landtag, was man auf Landesebene machen kann, würde ich mich dafür starkmachen: Sie sind ein politischer Akteur, der etwas tun kann. Auch wenn wir wissen, dass gerade die Fragen zur Digitalisierung und Netzpolitik, künftig zu KI auf Bundes- oder auf europäischer Ebene diskutiert werden, sage ich: Tun Sie es bitte auch hier.

Im Moment befinden wir uns durchaus noch im Wettbewerb. Funktionierende Modelle können dann anderswo aufgegriffen werden. Ich möchte noch einmal auf die kleine Kontroverse von vorhin zwischen Petitionsausschuss und openPetition zurückkommen. Es geht nicht so sehr um Competition, sondern wir brauchen mehr Cooperation oder Coopetition. Das gibt es ja auch. Tun Sie sich zusammen.

Der Punkt ist – da komme ich zu dem Teil, der in meiner Präsentation übersprungen wurde, der auch im Einsatzbeschluss steht –: Beim Ehrenamt kann man etwas tun. Das kann man stützen. Es wird nach Anerkennung gefragt. Solche Sachen wie ichbinhier sind ehrenamtliches Engagement. Das gilt es zu würdigen und zu unterstützen, wo man kann. Auch da gibt es durchaus schon Möglichkeiten. Man kann Sportvereine fördern, indem man Übungsleiterpauschalen an Menschen zahlt, die anderen helfen – Jüngeren in der Regel –, eine Sportart zu erlernen.

Wenn sich Menschen in solchen Foren bewegen und da über Counter Speech versuchen, sich für demokratische Werte einzusetzen, dann kann man das prämieren. Die Überlegung ist: Wie können wir solche Formen des Engagements unterstützen? Wie können wir das anerkennen? Genau darum geht es. Das stärkt dann auch die Erfahrung der Selbstwirksamkeit. Das ist gut. Das kann man auf der Landesebene prima machen.

Da, wo es drakonisch werden muss, muss man eben auch so handeln. Aber dafür müssen wir nichts Neues erfinden, weil das auch offline verboten ist – Punkt.

Moderatorin Prof. Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Das war schon ein tolles Schlusswort. – Weitere Kommentare höre ich nicht.

Ich bedanke mich ganz herzlich für eine sehr informative und für uns sehr interessante Diskussion. Zeitlich haben wir eine Punktlandung geschafft.

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Liebe Frau Professorin Thimm, auch ganz herzlichen Dank an Sie für die Vorbereitung und Moderation dieser Sitzung. Das, was man vorher hineingibt, hat ja sehr viel damit zu tun, was am Ende herauskommt.

Ich danke auch noch einmal den Sachverständigen und den interessierten Gästen. Ich bin gespannt, wie die Diskussionen an den verschiedenen Universitäten weiterlaufen.

Beobachten Sie uns weiter, es ist ein wichtiges Thema. – Vielen Dank für Ihr Engagement und dass Sie heute hier gewesen sind.

Ich darf darauf hinweisen, dass ein Protokoll dieser Sitzung erstellt wird. Auch dafür bedanke ich mich schon jetzt. Das ist eine sehr wichtige Grundlage dafür, dass wir die vielen Ideen richtig auswerten und am Ende Handlungsempfehlungen formulieren können.

Ich schließe diese Sitzung und lade die Mitglieder zur anschließenden nichtöffentlichen Sitzung ein, die um 13:30 Uhr im Raum E 1 A 17 stattfindet. Allen einen guten Appetit!

gez. Dr. Stefan Nacke
Vorsitzender

7 Anlagen
07.01.2020/09.01.2020
50

Stand: 07.01.2020

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission III
„Digitale Gesellschaft: Utopien und Dystopien der digitalen Moderne“

am Montag, dem 18. November 2019
10.00 bis 13.00 Uhr, Raum E 3 D 01

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen
Herr Professor Dr. Martin Mauve Universität Düsseldorf Düsseldorf	**Professor Dr. Tobias Escher**
Frau Jasmin Daum openPetition gGmbH Greifswalder Straße 4 10405 Berlin	**Rita Schuhmacher**
Herr Marc-Christian Schäfer wer denkt was GmbH Darmstadt	**Keine Teilnahme**
Herr Dr. Tobias Schmid Landesanstalt für Medien NRW Düsseldorf	**Mechthild Appelhoff**
Herr Professor Dr. Christoph Bieber Universität Duisburg Essen Campus Duisburg Duisburg	**Professor Dr. Christoph Bieber**
Herr Dr. Jörg Radtke Universität Siegen Siegen	**Dr. Jörg Radtke**
Herr Dr. Oliver Märker Zebralog GmbH & Co. KG Niederlassung Bonn Bonn	**Julian Ermert**
Frau Dr. Lena Frischlich Universität Münster Münster	**Keine Teilnahme**
Herr Professor Dr. Marc Ziegele Universität Düsseldorf Düsseldorf	**Professor Dr. Marc Ziegele**

eingeladen	Teilnehmer/innen
Frau Professorin Dr. Nicole Krämer Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg Duisburg	**Professorin Dr. Nicole Krämer**
Frau Coco Heger-Mehnert Verkehrsverbund Rhein Ruhr AöR Gelsenkirchen	**Coco Heger-Mehnert**

CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

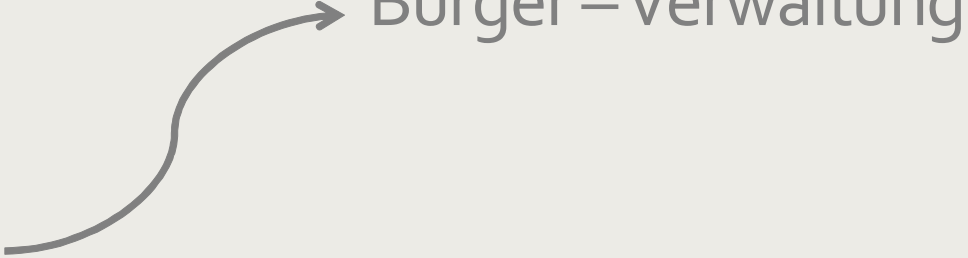
Digitale Gesellschaft

Utopien und Dystopien der digitalen Moderne

Anhörung Enquetekommission III, 18.11.2019

Prof. Dr. Christoph Bieber

CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES



Digitale Gesellschaft

Utopien und Dystopien der digitalen Moderne

Anhörung Enquetekommission III, 18.11.2019

Prof. Dr. Christoph Bieber

Bürger – Verwaltung

Misgeld, Manuel (2018): Vom Onlinezugangsgesetz zum One-Stop-Government. In: Schünemann/Kneuer (Hg.): E-Goverment und Netzpolitik im europäischen Vergleich. Baden-Baden. S. 83-102.

Kubicek, Herbert (2017): Bürgerfreundliche Bürgerdienste Online: Entscheidend ist das Back Office. In: von Lucke/Lenk (Hg.): Verwaltung, Informationstechnik und Management. Baden-Baden. S. 239-253.

Die Diskussion … One-Stop-Governm… s gilt inzwischen für…

Als zen… e“ (die regelm… gs führt).

Modern… ente (Blockchain, KI) sind bekannt und werden als Bestand… aktueller Strategien zur Weiterentwicklung anvisiert. Im Kern gelten jedoch „Interoperabilität auf technischer und vor allem organisatorischer Ebene“ als problematisch und innovationsgefährdend.

CAIS CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Bürger – Verwaltung

Konzeptuell gibt es also vie
Nordrhein-Westfalen – daz

5. Themen an der Schnittstelle
5.1. Die digitale Verwaltung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger

- Deshalb schaffen wir die Rahmenbedingungen, entsprechend dem EGovG NRW **die gesamte Landesverwaltung bis 2025 vollständig zu digitalisieren**.

- Noch im Jahr 2019 bringen wir hierzu die Novelle des **EGovG NRW** auf den Weg und schaffen die technischen Grundlagen für eine umfassende Veröffentlichung der Daten.

CAIS CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Bürger – Verwaltung

Die Kurzfassung der Diagnose aus der Forschungsperspektive ist wohl: „It´s the Back Office, stupid.“ Die besten Konzepte helfen nicht weiter, wenn die treibenden Kräfte für die Umsetzung fehlen oder nicht stark genug sind. (Das sehen wir gerade sehr deutlich an den Problemen mit der IT-Strategie des Bundes).

Es
der
bzw

Da
reg

Modernisierung der Behörden-IT

Das teuerste Digitalprojekt der Regierung droht zu scheitern

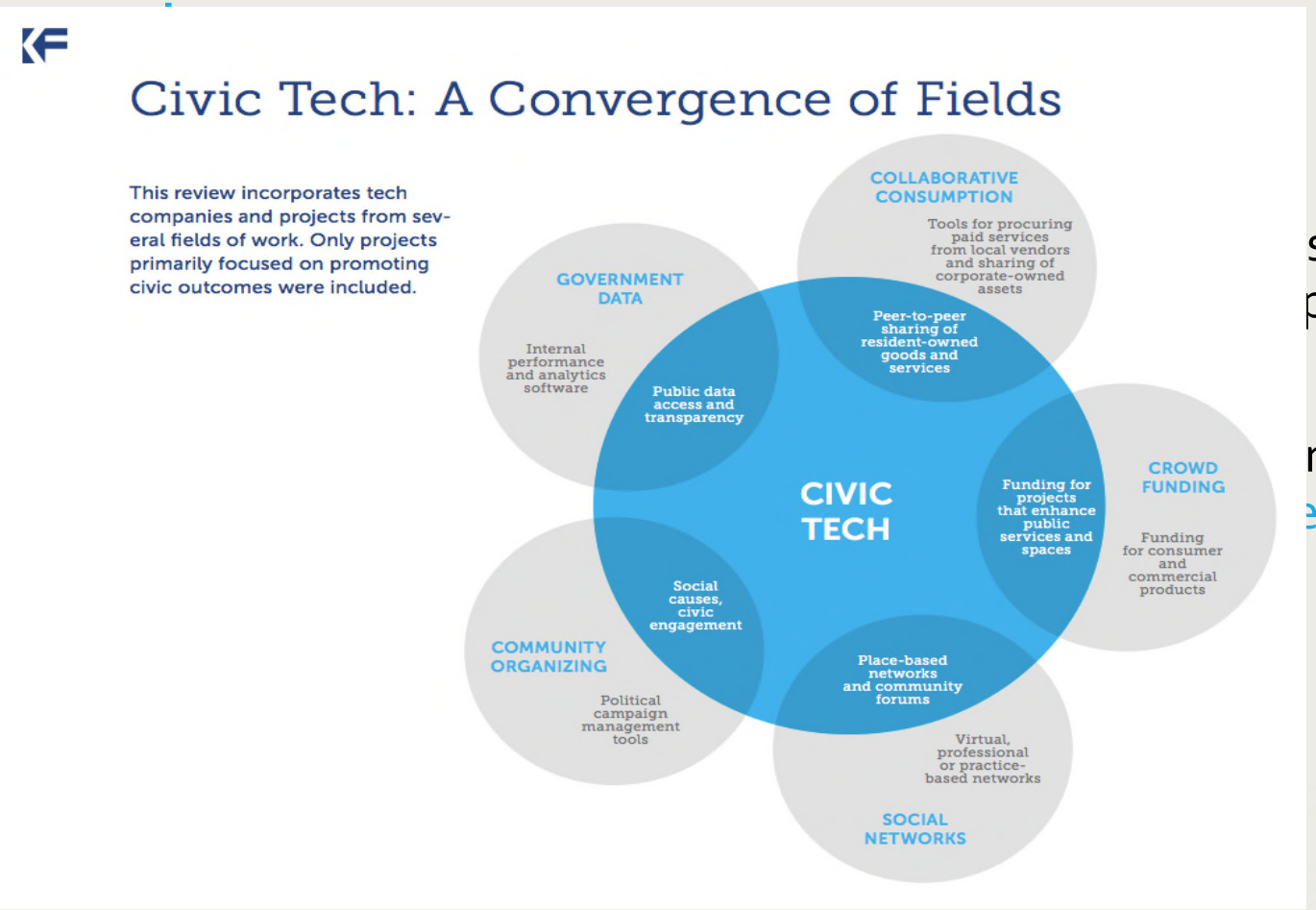
In Ministerien und Behörden soll bis 2025 die IT erneuert werden. Der Bundesrechnungshof hält das nach SPIEGEL-Informationen für "unrealistisch", das Projekt läuft aus dem Ruder. Doch es gibt auch Profiteure.

CAIS CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Bürger – V

Für solche Koop … s längst verwaltungsbez … pielen E-Government- oc …

Den Rahmen da … mählich auch in Deutsch … e, Politik und digitalem A …



CAIS CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Bürger

Für solche
verwaltung
Governmer

RW gibt es längst
Pitches spielen E-

Ein besond
Hall, eine A
Innovatore

Hier gilt eb
Umsetzung
Digitalstrat

nmen, doch die
die

Wir wollen die Möglichkeiten der Landesverwaltung ausbauen, um dynamische Veränderungsprozesse gestalten und Entwicklungen abschätzen zu können. Hierfür schaffen wir einen Ort für neue Formen agiler Zusammenarbeit in der Landeshauptstadt Düsseldorf.

CAIS CENT ADVA INTERNET STUDIES

Bürger – Verwaltung

Schließlich möchte ich noch auf einen Satz aus dem Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission eingehen. Dort heißt es:

Eine besondere Herausforderung ist es, junge Menschen als Demokraten zu gewinnen und Ältere nicht zu verlieren.

Vielleicht kann es an dieser Stelle hilfreich zu sein, im Landtag über eine Strategie für einen digitalen Besucherservice nachzudenken.

Was sind geeignete Formen für die Ansprache der jungen Zielgruppe (YouTube, Instagram, Podcasts, Spiele)? Können politische Akteure aktiv den Austausch mit (regionalen) Influencer-Persönlichkeiten suchen?

CAIS CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Bürger – Verwaltung

Schließlich möchte ich noch auf einen Satz aus dem Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission eingehen. Dort heißt es:

Eine besondere Herausforderung ist es, junge Menschen als Demokraten zu gewinnen und Ältere nicht zu verlieren.

Vielleicht kann es an dieser Stelle hilfreich zu sein, im Landtag über eine Strategie für einen digitalen Besucherservice nachzudenken.

Was sind geeignete Formen für die Ansprache der jungen Zielgruppe (YouTube, Instagram, Podcasts, Spiele)? Können politische Akteure aktiv den Austausch mit (regionalen) Influencer-Persönlichkeiten suchen? (Ja.)

CAIS CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Digitales kommunales Ehrenamt

Zum Schluss zur Werbung: Als Mitglied der Sachverständigenkommission zum 3. Engagementbericht der Bundesregierung habe ich mich im Laufe des Jahres mit dem Stand des jungen Engagements im digitalen Zeitalter befasst.

- Anerkennung un
  traditionellen Be
- Strukturförderur ung;
  regionale Kompe
- Ausbau spezifisc nt,
  Rolle von Plattfo

CAIS CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Projektvorstellungen

Internationale Keynote

Meet the Scientists

Paneldiskussion

Auftaktveranstaltung

Zukunft interdisziplinärer Digitalisierungsforschung

Haus der Universität

Düsseldorf, 11.2.2020, ab 12 Uhr

CENTER FOR ADVANCED INTERNET STUDIES

Digitale Gesellschaft

Utopien und Dystopien der digitalen Moderne

Anhörung Enquetekommission III, 18.11.2019

Prof. Dr. Christoph Bieber

hhu.

Jun.-Prof. Dr. Tobias Escher
Nachwuchsgruppe Partizipationsnutzen
Institut für Sozialwissenschaften
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

D//D DÜSSELDORF INSTITUTE FOR INTERNET AND DEMOCRACY

NRW-FORSCHUNGSKOLLEG ONLINE-PARTIZIPATION

FONA Sozial-ökologische Forschung BMBF

Anhörung Enquete III zu „Digitale Gesellschaft“

18.11.2019

Heinrich Heine
Universität Düsseldorf

1. Welche Strategien/Formen digitaler Partizipation würden Sie für besonders nützlich/erfolgreich halten? Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrer Forschung/Praxis dazu gemacht?

Realistische Erwartungen formulieren

- Beteiligung erreicht nur eine kleine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern.
- Beteiligung ist kein Allheilmittel.
- Beteiligung kostet Zeit, Geld und Nerven.
- Was gute Beteiligung ist, unterscheidet sich kaum zwischen Online- und Offline-Formaten.

Online-Beteiligungsformate …

- erhöhen die *Zugangsmöglichkeiten*, aber nur für bestimmte Gruppen.
- erzeugen bestimmte *Vorbehalte* (z.B. Datenschutz).
- sind *selten unsachlich*.
- werden eher zur *Artikulation* von Interessen genutzt als zum rationalen Diskurs.
- haben einen *Effekt auf die Einstellung* der Teilnehmenden.

Empfehlungen für Online-Beteiligung

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

*Online-Beteiligungsformate können einer **Vielzahl von Interessen** die **Möglichkeit zur Artikulation** geben, auf die Politik und Verwaltung **zeitnah Rückmeldung** geben können.*

*Im Anschluss können die gesammelten Erkenntnisse dem **demokratischen Entscheidungsprozess** zugeführt werden.*

Gute Praxis

- Sichtbarkeit (Transparenz aller Beiträge, keine Vorab-Moderation)
- niedrigschwellige Beteiligung (Anonymität, Verbindung mit Offline-Formaten)
- Möglichkeiten zur Strukturierung nutzen (Like-Button, Duplikaterkennung, Moderation)
- mobile Nutzung ermöglichen

Heinrich Heine
Universität Düsseldorf

2. Wie lässt sich politische Partizipation auf den verschiedenen föderalen Ebene fördern (Kommunale Ebene, Landesebene als Schwerpunkte)?

Wirkungen und Einflussfaktoren kommunaler Online-Partizipation in vergleichender Perspektive

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

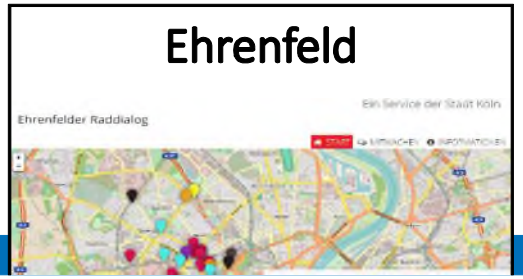
Führen Möglichkeiten zur Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess zu höheren Legitimitätseinschätzungen für Demokratie, Institutionen und Repräsentierende?

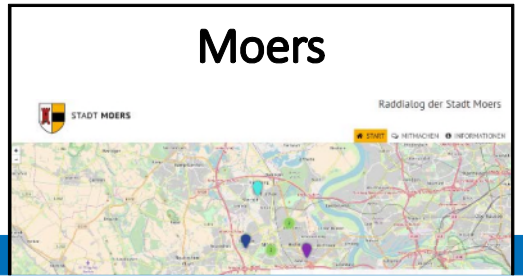
Forschungsansatz

- identische Online-Partizipationsverfahren in unterschiedlichen lokalen Kontexten
- Repräsentative Befragungen von Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden

Pilotprojekt: Verbesserung der lokalen Fahrrad-Infrastruktur

- Konsultationsverfahren in Kooperation mit Bonn, Köln-Ehrenfeld und Moers
- Karten-basierte Konsultationsverfahren: i) Vorschlagen, ii) Kommentieren, iii) Abstimmen
- 5 Wochen: September & Oktober 2017





Befragungen

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

	Bonn	Ehrenfeld (Köln)	Moers
Vor-Befragung	**Bevölkerungsbefragung** (postalische Befragung, Zufallsauswahl aus dem Melderegister) ▪ August/September 2017 ▪ N=1.655 (34% v. 5.853)		
	Raddialoge (September & Oktober 2017)		
Nach-Befragung	**Bevölkerungsbefragung** (postalische Befragung, Zufallsauswahl aus dem Melderegister) ▪ Mai/Juni 2018 ▪ N=756 (72% v. 1.094)	▪ Juni/Juli 2018 ▪ N=625 (27% v. 2.289)	▪ Juni/Juli 2018 ▪ N=690 (29% v. 2.342)
	Teilnehmendenbefragung (Online-Befragung der registrierten Nutzer_innen) ▪ Juni/Juli 2018 ▪ N=268 (45% v. 595)	▪ Juni/Juli 2018 ▪ N=65 (47% v. 137)	▪ Juni/Juli 2018 ▪ N=61 (47% v. 131)

Erkenntnisse aus der Forschung

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

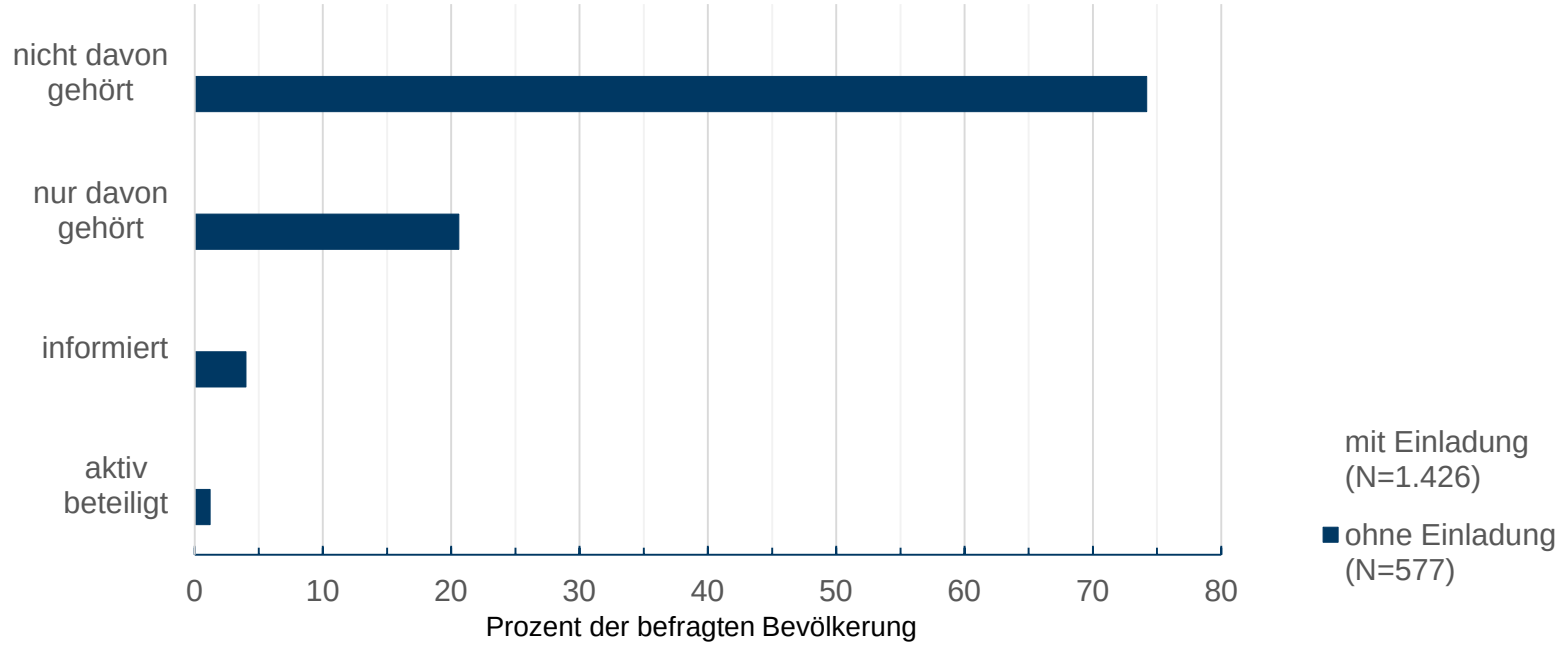
- alle sozialen Schichten wissen gleichmaßen (nicht) vom Beteiligungsverfahren
- Hauptgründe für Nicht-Teilnahme: Zweifel am Verfahren und mangelnde Motivation
- Hauptmotiv für Beteiligung ist Betroffenheit + Unzufriedenheit
- Zufriedenheit mit Entscheidungsinstitutionen entsteht, wenn sich die Teilnehmenden ernst genommen fühlen
- persönliche Einladung erhöht Beteiligung um Faktor 3 – 7

Wirkung personalisierter Einladung per Post

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

Ergebnisse aus Raddialogen (2018)

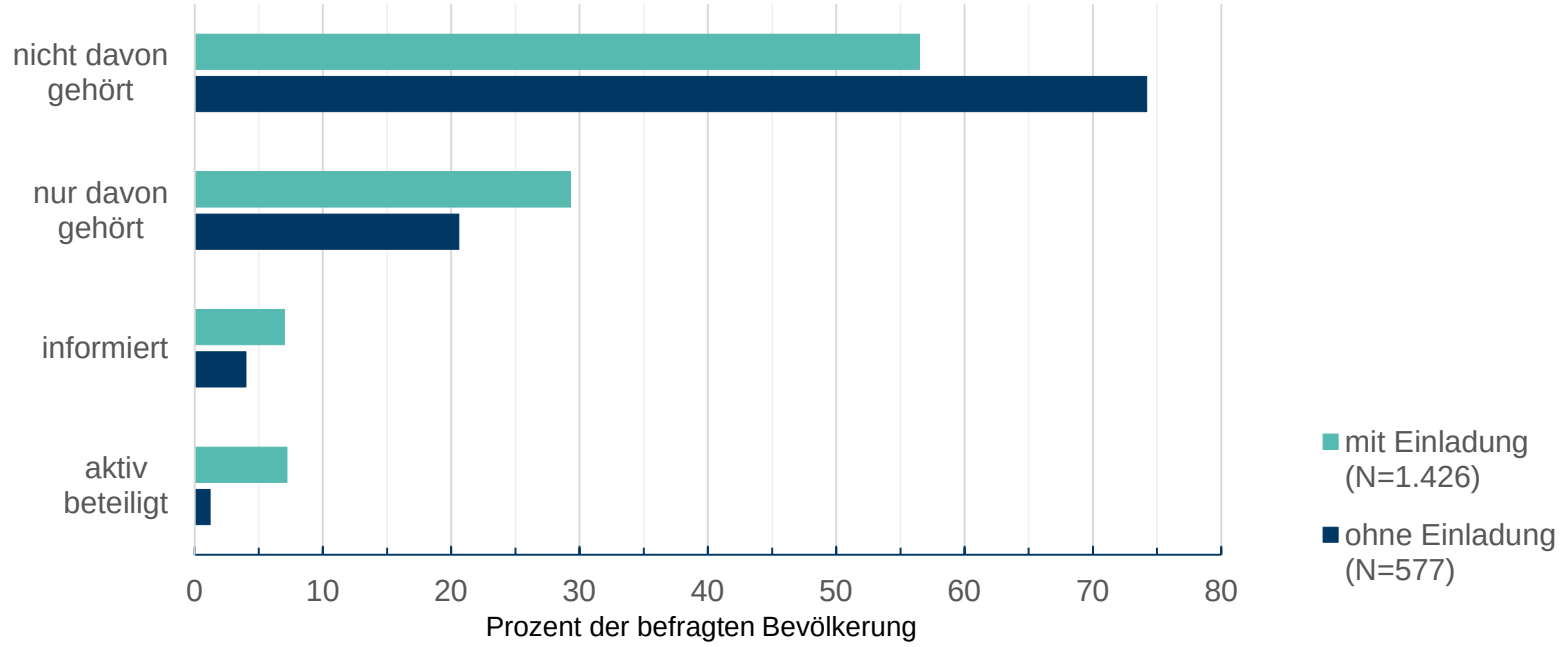
Online-Konsultationsverfahren in Bonn, Köln (Ehrenfeld) & Moers



Wirkung personalisierter Einladung per Post

Ergebnisse aus Raddialogen (2018)

Online-Konsultationsverfahren in Bonn, Köln (Ehrenfeld) & Moers



Maßnahmen zur Förderung von Partizipation

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

- Beteiligung: frühzeitig und ernsthaft!
- konkreter Gegenstand mit Lebensweltbezug & Sichtbarkeit
- Rückmeldung an Teilnehmende

- Schlüssel: Personal (Beteiligungsexpertise und Fachlichkeit)

- Herausforderung Landesebene: Gleichzeitigkeit von Macht und Bürgerferne
- ➢ Möglichkeit gezielter Rekrutierung mit Aufwandsentschädigung prüfen

Kontakt

Jun.-Prof. Dr. Tobias Escher

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Institut für Sozialwissenschaften
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

+49(0)211-81 14651
tobias.escher@uni-duesseldorf.de

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission III
„Digitale Gesellschaft: Utopien und Dystopien der digitalen Moderne“

Enquetekommission III „Subsidiarität und Partizipation.
Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System
aus nordrhein-westfälischer Perspektive
Landtag Nordrhein-Westfalen
18. November 2019

Dr. Jörg Radtke
Universität Siegen
Seminar für Politikwissenschaft

Leitfragen

Welche Strategien/Formen digitaler Partizipation würden Sie für besonders nützlich/erfolgreich halten?

- Angebote im Rahmen der **formellen Öffentlichkeitsbeteiligung:** verstanden als Basis-Option für die Einbringung von Stellungnahmen. → ***Nützlich + erfolgreich***

- Angebote im Rahmen der **informellen Öffentlichkeitsbeteiligung:** verstanden als zusätzliche Option im Bedarfsfall (bei gesteigertem öffentlichen Interesse) für einen persönlichen Input jenseits von öffentlichen Verfahren. → ***Nützlich, bislang weniger erfolgreich***

- Stadt- bzw. Regionen-Portal/Tool/App: Städte wie Tübingen lassen Bürger via App über ein neues Kulturzentrum abstimmen. Gute Möglichkeit für die Einholung von Stimmungsbildern, wenn auch mit Problemen und Risiken behaftet. → ***Erfolgreich, Nutzen umstritten***

Leitfragen

2. Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrer Forschung/Praxis dazu gemacht?

- Großes Interesse von Bürgerinnen und Bürgern am **(Ideen)Input und Austausch** bei Verfahren der informellen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Adäquate **technische Umsetzung** ist schwierig
- **Verzahnung Online- und Offline-Angebote** ist große Herausforderung

Leitfragen

3. Wie lässt sich politische Partizipation auf den verschiedenen föderalen Ebene fördern (Kommunale Ebene, Landesebene als Schwerpunkte)?

- Kommunale Ebene: Verwaltungen benötigen mehr **Ressourcen** - Problem der Ungleichheit zwischen Kommunen. Landesförderprogramm?

- Landesebene: Rolle der **Koordination**, Austausch und Vernetzung (sehr wichtig, wegen Disparitäten: viele sehr unterschiedliche Angebote parallel)

- **Einbezug politischer Akteure und Parteien** sowie Vernetzung sehr wichtig: Politische Online-Partizipation verläuft häufig entweder institutionenintern (z.B. auf Mitgliederebene einer Partei), innerhalb enger Bahnen z.B. der Eingaben bei Öffentlichkeitsbeteiligung oder jenseits der politischen Sphäre in Online-Foren, wo die Politik und Verwaltung aber im Regelfall nicht selbst mitwirkt und „daneben“ steht - Problem von „einladender“ (*invited*) Partizipation des Staates und frei initiierter (*invented*) Partizipation der Zivilgesellschaft (getrennte Sphären!)

Leitfragen

4. Was sehen Sie als den aktuellen Stand der digitalen Bürger-Verwaltungsbeziehung an? Wie könnte man hier verbessernd tätig werden?

- Beziehung hat sich **offline** insgesamt deutlich gebessert: Verwaltungen sind offener, bürgernäher und sichtbarer geworden
- Gleichzeitig Phänomene „**harter Fronten**“ in Konfliktfällen (Stichwort Wutbürger): Verwaltungen werden z.B. bedroht
- Online-Beziehung **wenig ausgeprägt.** Es bestehen jenseits von Service-Dienstleistungen vereinzelte Kontakte via E-Mail
- **Bürger-Portal** für Dienstleistungen wird vom IT-Planungsrat angestrebt
- Direkte Beziehung könnte aber nur jenseits dessen entstehen, z.B. über **Stadt-Portale/Apps**, wo die Verwaltung selbst in Diskurse einsteigt. Problem: Verwaltungen werden damit selbst zu politischen Akteuren und drohen tendenziell ihre neutrale Rolle zu verlieren (Stichwort **Politisierung** der Verwaltung)

Leitfragen

5. Im Netz gibt es einerseits demokratische Bürgerbewegungen oder Bürgerinitiativen andererseits extremistische Gruppierungen. Wie sehen Sie dies aktuell? Welche Strategien würden Sie vorschlagen, um Bürgerengagement online zu fördern?

- Es wird ein verstärktes **Auseinanderbrechen** der Sphären beobachtet: Keinerlei Kontakte zwischen inhaltlich-thematisch weit auseinander reichenden Gruppierungen („Filterblasen“) und Bildung „verhärteter Fronten“ (gegenseitige Diffamierungen)

- Online-Tools bergen die Gefahr, diesen Tendenzen Raum zu geben, da eine große „**schweigende Mehrheit**“ sich häufig online fern hält

- Lösung schwierig: **Integration** weiter Teile der Bevölkerung u. **Repräsentanz** bekannter Institutionen/Personen könnte Inseleffekt entgegenwirken

- Konkreter Vorschlag: Nicht nur eine Gruppen fördern, sondern mehrere Gruppen zur Zusammenarbeit motivieren. Gezielt **gemeinsame Projekte unterschiedlicher Sphären** aus dem ganzen Spektrum in Politik und Zivilgesellschaft aktivieren: Eine kritische Bürgerinitiative arbeitet mit dem „unbeliebten“ Gemeinderat zusammen - wenn beide Anreize hierzu erhalten!

Enquetekommission III – Landtag NRW

Crossmediale Bürgerbeteiligung & -kommunikation

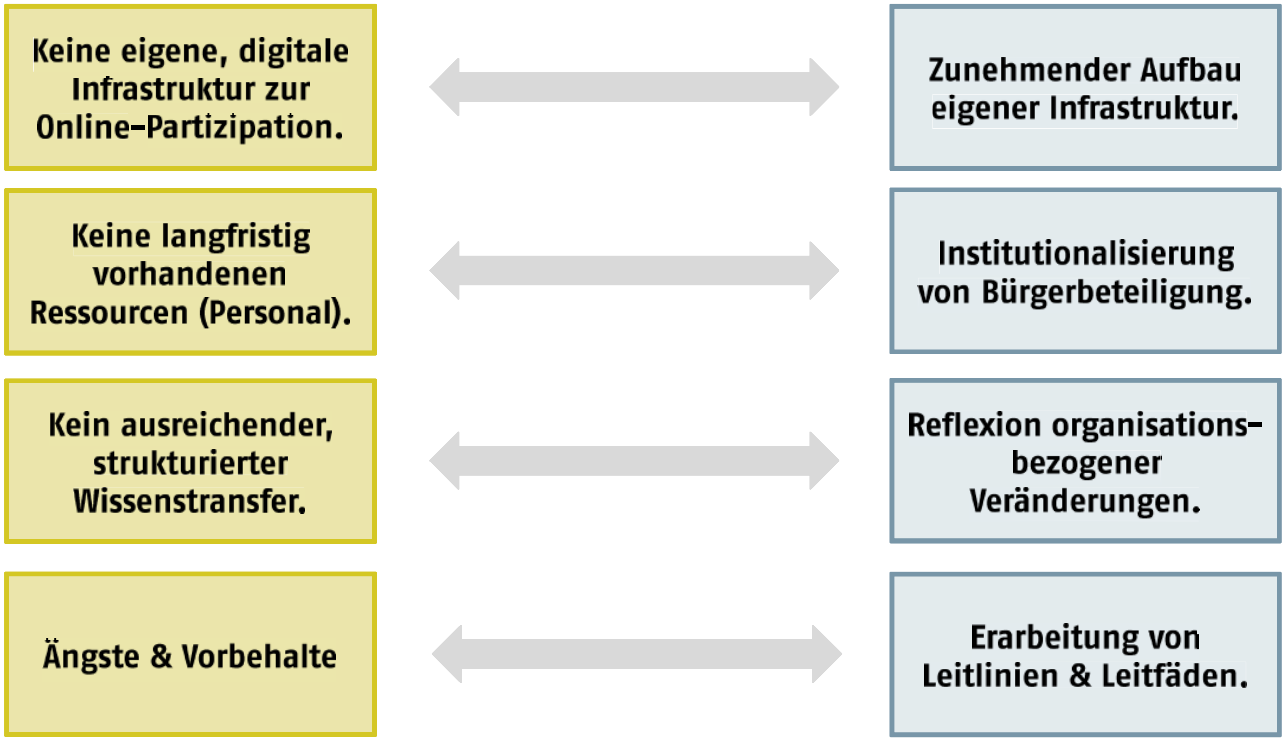
Entwicklungen & Zukunft

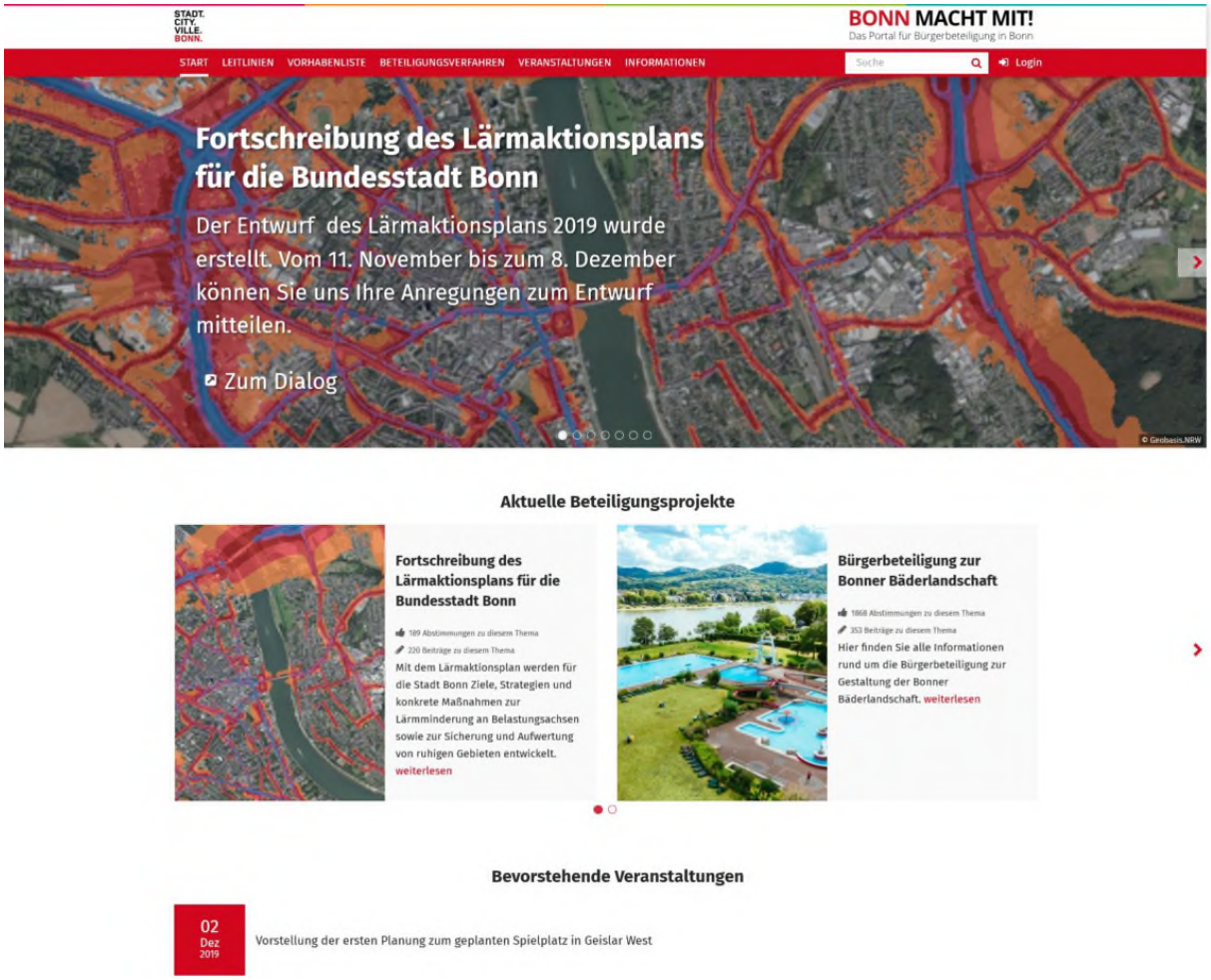
Schlaglicht I – Stand der Dinge in der Bürger–Verwaltungsbeziehung

Trotz einiger positiver Entwicklungen & Initiativen in den letzten Jahren:

Vielen Verwaltungen (Kommune, Land) fehlt es aktuell weiterhin an **Strukturen, Fachwissen** und **Personal,** um (digitale) Bürgerbeteiligung & -kommunikation **dauerhaft** und **sinnvoll** im Verwaltungshandeln verankern zu können.

Bürger-Verwaltungsbeziehung: Entwicklungsstufen



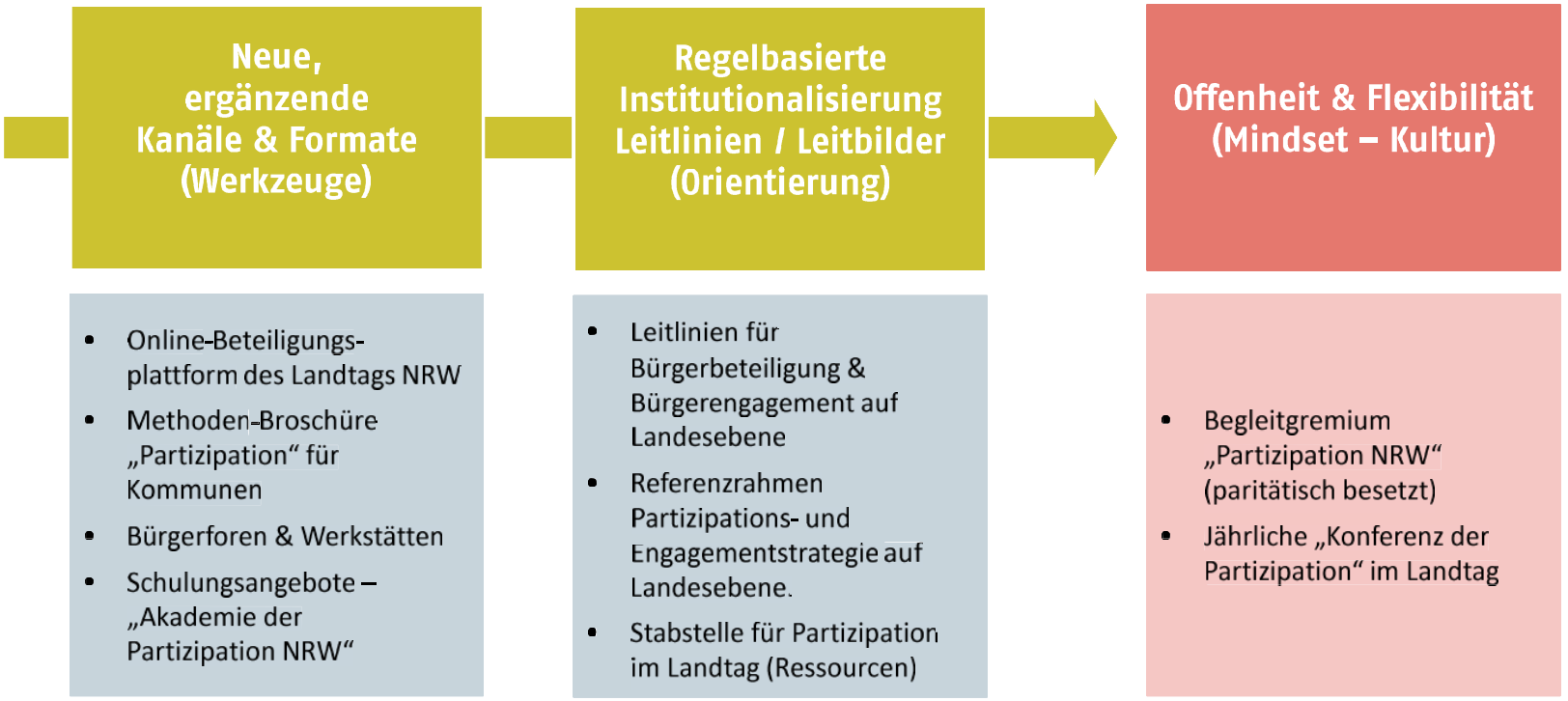

STADT.
CITY.
VILLE.
BONN.
BONN MACHT MIT!
Das Portal für Bürgerbeteiligung in Bonn
START
LEITLINIEN
VORHABENLISTE
BETEILIGUNGSVERFAHREN
VERANSTALTUNGEN
INFORMATIONEN
Suche
Login
Fortschreibung des Lärmaktionsplans für die Bundesstadt Bonn
Der Entwurf des Lärmaktionsplans 2019 wurde erstellt. Vom 11. November bis zum 8. Dezember können Sie uns Ihre Anregungen zum Entwurf mitteilen.
Zum Dialog
© GeoBasis-NRW
Aktuelle Beteiligungsprojekte
Fortschreibung des Lärmaktionsplans für die Bundesstadt Bonn
189 Abstimmungen zu diesem Thema
220 Beiträge zu diesem Thema
Mit dem Lärmaktionsplan werden für die Stadt Bonn Ziele, Strategien und konkrete Maßnahmen zur Lärmminderung an Belastungsachsen sowie zur Sicherung und Aufwertung von ruhigen Gebieten entwickelt.
weiterlesen
Bürgerbeteiligung zur Bonner Bäderlandschaft
1868 Abstimmungen zu diesem Thema
353 Beiträge zu diesem Thema
Hier finden Sie alle Informationen rund um die Bürgerbeteiligung zur Gestaltung der Bonner Bäderlandschaft.
weiterlesen
Bevorstehende Veranstaltungen
02
Dez
2019
Vorstellung der ersten Planung zum geplanten Spielplatz in Geislar West

FAQ Kontakt Login Newsletter Erstmalig anmelden Kontrast anpassen
Stadt Köln
Mitwirkungsportal der Stadt Köln
Start Mitmachen Terminkalender Hintergrundinformationen Vorlagen ohne Öffentlichkeitsbeteiligung Ihr Vorschlag
Köln kann ...
... Stadt im Dialog gestalten!
Willkommen in unserem Mitwirkungsportal
Sie können Stadt im Dialog gestalten!
Machen Sie mit bei Planungen, Veranstaltungen, Diskussionen... und ermutigen Sie andere auch dazu.
Stadt Köln
Bevorstehende Veranstaltungen
9. November 2019, 10 bis 12:15 Uhr Engagiert in Köln: Fit für das Ehrenamt Weiterlesen
9. November 2019, 14:30 bis 18:30 Uhr 2. Zukunftsforum - Stadtstrategie Kölner Perspektiven 2030 Weiterlesen
10. November 2019, 10 bis 17 Uhr Freiräume in Köln - 1. Zukunftswerkstatt des KLuG e. V. Weiterlesen
21. November 2019, 19 bis 21 Uhr Mehr als Wohnen - Veranstaltungsreihe von STADTRAUM 5und4 e. V. Weiterlesen
Meldungen
24 Okt 2019 Sitzungstermine des Beirats für Öffentlichkeitsbeteiligung 2020
02 Sep 2019 Dokumentation des Online-Dialogs zum Projekt "Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025"
22 Aug 2019 Dokumentationen zum Fußverkehrskonzept Severinsviertel
22 Jul 2019 Alle städtischen Veranstaltungen mit Öffentlichkeitsbeteiligung auf einen Blick
Alle aktuellen Meldungen anzeigen

Was folgt daraus? – Ein Vorschlag:

Drei Arbeitsfelder für mehr politische Partizipation (crossmediale Bürgerbeteiligung) im föderalen System.

Drei Arbeitsfelder



Schlaglicht II – Die Zukunft der Bürgerbeteiligung im föderalen System

Verwaltungen (Kommune, Land) können (digitale) Bürgerbeteiligung & -kommunikation langfristig sinnvoll verankern, wenn sie sich

Leitlinien / Leitbilder der Partizipation geben und

eigene **crossmediale Formate & Kanäle** der Partizipation aufbauen.

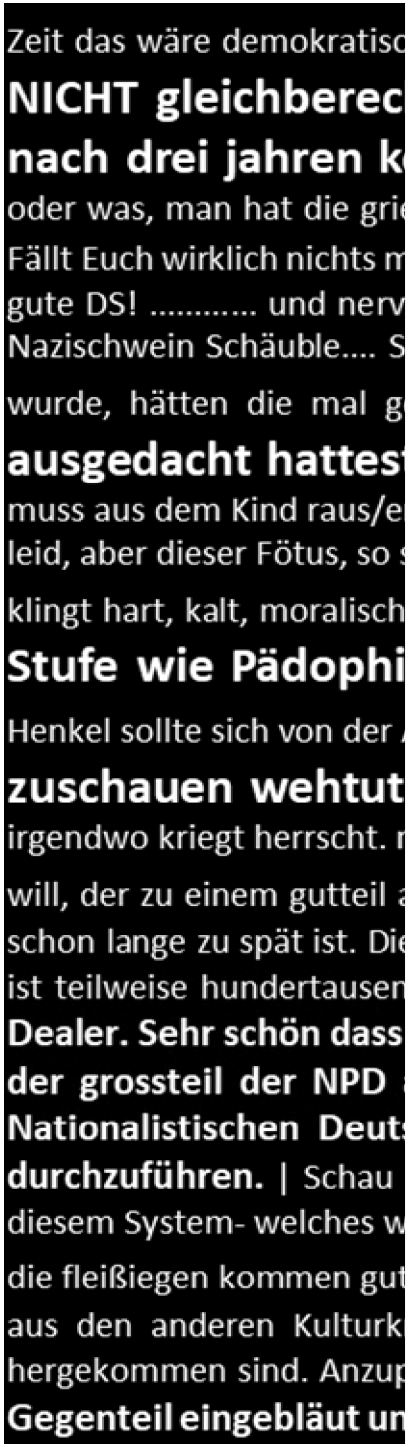
So entsteht ein Fundament für den Aufbau einer langfristigen **„Dialogkultur“** und
damit die Grundlage für mehr politische Partizipation.

ONLINE-DISKUSSIONEN UND BÜRGERSCHAFTLICHER ONLINE-AKTIVISMUS

Anhörung der Enquetekommission III zum Thema „Digitale Gesellschaft: Utopien und Dystopien der digitalen Moderne“, Düsseldorf, 18.11.2019

Prof. Dr. Marc Ziegele (@ziegelem)

Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe „Deliberative Diskussionen im Social Web“ (@dedisproject)
Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung KMW
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
E-Mail: ziegele@hhu.de



MEANWHILE
IN THE COMMENT SECTION

Problem: Qualität der Diskussionen auf Nachrichtenseiten

25 bis 36 Prozent
der Kommentare enthalten
Beleidigungen,
Schimpfwörter oder
Herabwürdigungen

11 bis 15 Prozent
der Kommentare enthalten
Stereotype, Rassismus,
Sexismus oder
Gewaltandrohungen

27 bis 35 Prozent
der Kommentare sind
Off-Topic, irrelevant oder
enthalten sogenannten
Whataboutism

Basierend auf Inhaltsanalysen von ca. 14.000 Kommentaren auf 14 Facebook-Seiten etablierter Nachrichtenmedien

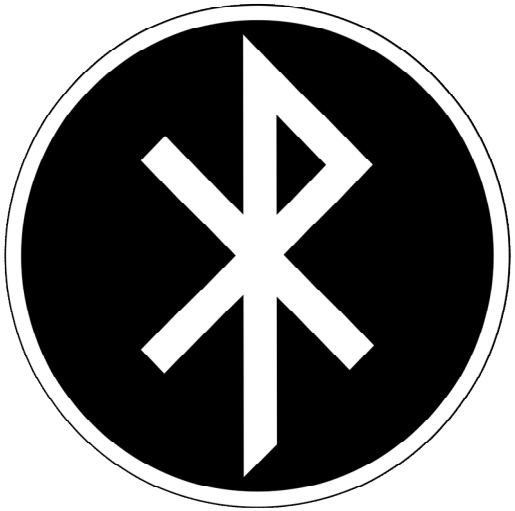
Problematische Wirkung von inzivilen Kommentaren

- Erhöhung **aggressiver Gedanken und Gefühle** von Leser*innen (Rösner et al., 2015)
- Hervorrufen einer **Inzivilitäts-Spirale** (Ziegele et al., 2018)
- Erhöhung von **Vorurteilen** gegen sozialen Minderheiten (Hsueh et al., 2015)
- Verringerung der **Partizipationsbereitschaft** von Leser*innen (Stroud et al., 2016)
- Reduktion von **prosozialem Verhalten** gegenüber hilfsbedürftigen Menschen im „Offline-Leben“ (Ziegele et al., 2018)

Bürgerschaftsengagement in Online-Diskussionen

Quelle: www.das-nettz.de

Extremistische (Online-)Gruppierungen



Bürgerengagement am Beispiel von #ichbinhier

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

ichbinhier

- Geschlossene **Facebook-Gruppe**, 2016 von Hannes Ley gegründet
- Aktuell (11/2019) mehr als **45.000 Mitglieder**
- Ziel: **Koordinierte Verbesserung der Diskussionskultur** auf den Facebook-Seiten etablierter Nachrichtenmedien
- Mitglieder identifizieren entgleiste Online-Diskussionen und schreiten dort mit **Gegenrede** ein. Darüber hinaus „upvoten“ die Mitglieder „gute“ Kommentare
- Mitglieder werden ermutigt, **respektvolle** und **sachliche** Kommentare einzubringen
  - » „Sei empathisch und respektvoll, untermauere deine Aussagen mit Fakten und Argumenten, belehre andere Diskussionsteilnehmer nicht, bleibe beim Thema, lasse dich nicht auf Provokationen ein.” (Ley, 2018)

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

Für die Anhörung relevante Forschungsfragen

Frage 1: Wie lässt sich Bürgerengagement online fördern?

Frage 2: Welche Strategien des Bürgerengagements sind besonders erfolgreich?

Bürgerengagement am Beispiel von #ichbinhier

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

Wie lässt sich Bürgerengagement online fördern?

#ichbinhier-Mitglieder greifen umso häufiger mit Gegenrede in Diskussionen ein, …

… je stärker sie sich **persönlich verantwortlich** fühlen, Online-Diskussionen zu regulieren.

… je höher sie ihre **Fähigkeiten** einschätzen, gute Kommentare zu schreiben.

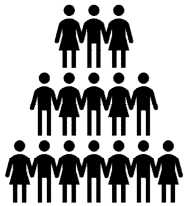
… je mehr **positives Feedback und Anerkennung** sie bekommen.

… je eher sie glauben, dass die Gegenrede von #ibh die **Online-Diskussionskultur verbessern** wird.

Befunde basieren auf einer regressionsanalytischen Auswertung der Interventionsbereitschaft von n = 576 #ichbinhier-Mitgliedern

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

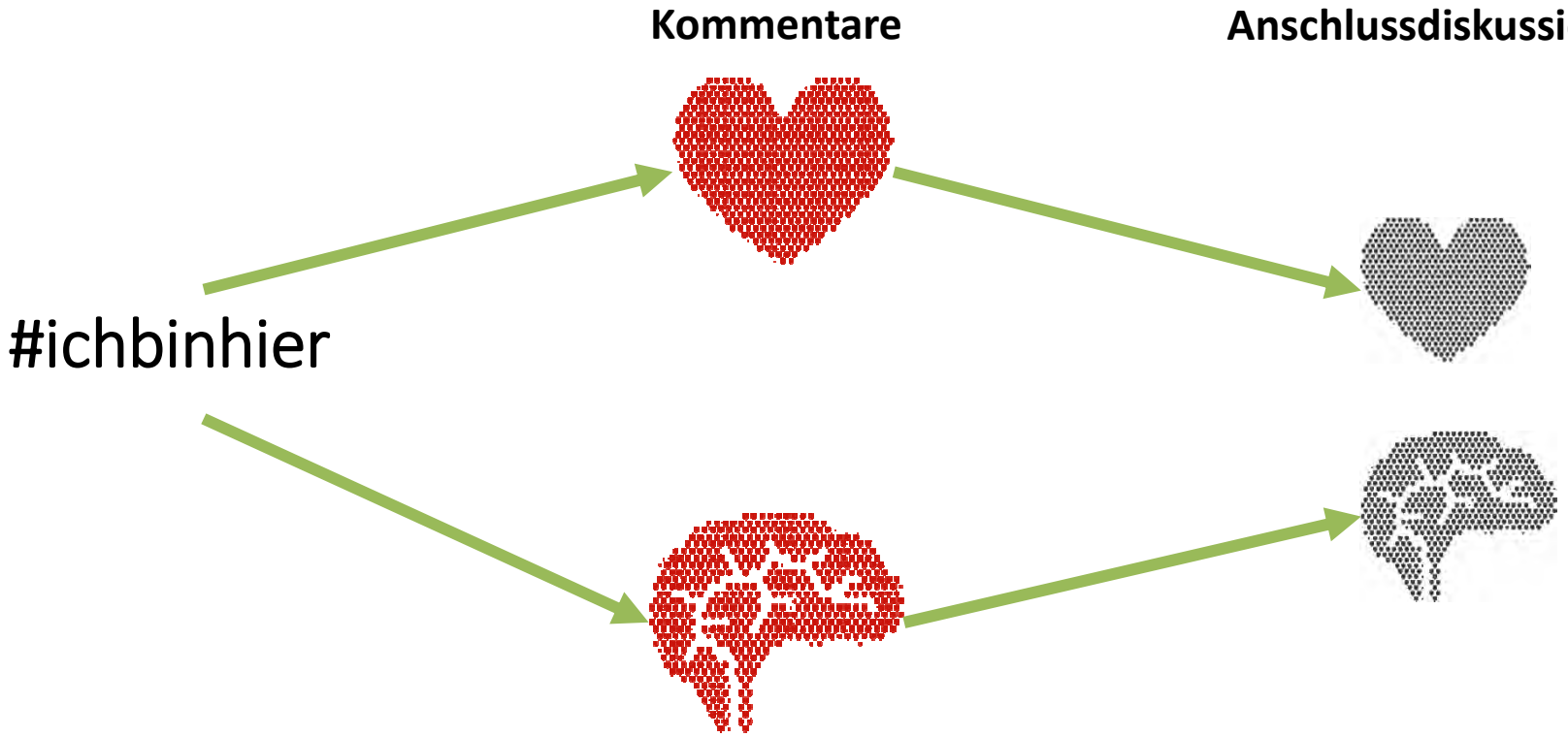
Ist das Bürgerengagement von #ichbinhier eine erfolgreiche Strategie?



	Argumente	Lösungs-vorschläge	Gering-schätzungen	Negative Stereotype
Kommentare von #ichbinhier-Mitgliedern	50%	20%	11%	3%
Kommentare von anderen Nutzern	36%	6%	32%	11%

Datengrundlage: 3.569 Kommentare von #ichbinhier-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern

Ist das Bürgerengagement von #ichbinhier eine erfolgreiche Strategie?



Auswertung mittels Mehrebenen-Regressionen (vgl. Ziegele et al., 2019)

Fazit

1. Allgegenwärtigkeit von Online-Diskussionen mit hoher Bedeutung für politische **Partizipation** und **Meinungsbildung** von Bürger*innen.

2. **Differenzierung nötig:** Utopische und dystopische Konzepte von Online-Diskussionen sind unangebracht

3. **Vom Individuum zur Bewegung**: Organisationsgrad von Akteuren in Online-Diskussionen nimmt zu

4. **Gleichzeitigkeit** von (linksliberalem) demokratischem Bürgerengagement und (rechts-)extremistischem Aktivismus

5. **Verbesserung** von Online-Diskussionen durch sachliches und respektvolles Bürgerengagement ist möglich

6. **Bürgerengagement fördern**: Vor allem durch Stärkung des **Verantwortungsgefühls**, durch Vermittlung relevanter **Kompetenzen**, durch **Anerkennung** und durch Demonstration der **Wirksamkeit** des Engagements

Heinrich Heine Universität Düsseldorf

FORSCHUNGSVERBUND NRW
DIGITALE GESELLSCHAFT

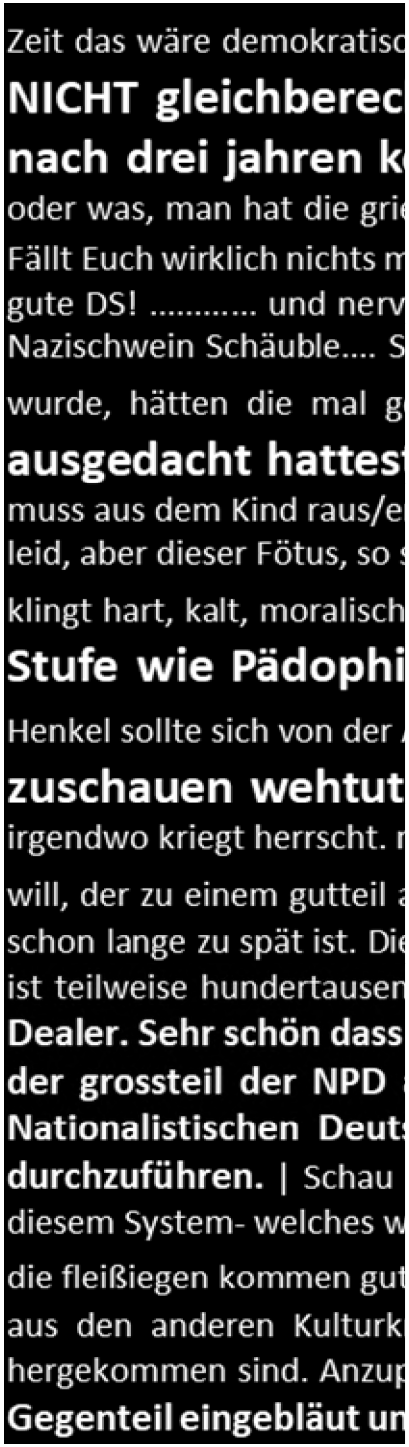
DEDIS
DELIBERATIVE DISCUSSIONS ONLINE

VIELEN DANK!

Anhörung der Enquetekommission III zum Thema „Digitale Gesellschaft: Utopien und Dystopien der digitalen Moderne“, Düsseldorf, 18.11.2019

Prof. Dr. Marc Ziegele (@ziegelem)

Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe „Deliberative Diskussionen im Social Web“ (@dedisproject)
Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung KMW
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
E-Mail: ziegele@hhu.de



„Digitale Gesellschaft: Utopien und Dystopien der digitalen Moderne“ –

"Bürgerschaftlicher Online Aktivismus und Online Diskurse"

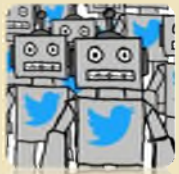
Prof. Dr. Nicole Krämer, Sozialpsychologie – Medien und Kommunikation

Chancen und Gefahren politischer Online Diskurse

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Chancen der digitalen politischen Arena (Bode, 2016; Jost et al., 2018)

- Beiläufiger Informationskonsum -> politisches Wissen
- Meinungsaustausch über zeitliche und geographische Grenzen hinweg
- Gegenseitige Mobilisierung (z.B. der arabische Frühling)



Risiken der digitalen politischen Arena (Lazer et al., 2018; Sunstein, 2018)

- (ideologisch) homogene Diskussionsräume („Echokammern“, „Filterblasen“)
- Virale Verbreitung von Desinformationen („Fake News“)
- Inzivilität
- Manipulation durch Algorithmen (Micro Targeting)

Was kann die Beteiligung an online Diskursen hemmen, was kann dagegen getan werden? Welche Strategien zur Förderung von online Partizipation kann es geben?

Meinungsbildung

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Gefahren durch…

Filterblasen/Echo Kammern

Echokammern: Homogenität in der Online-Kommunikation

Ursachen für Filterblasen / Echokammern :

Technische Ursachen:

Algorithmen präsentieren vermehrt Informationen, die denen ähnlich sind, die man bereits vorher aufgesucht hat

Psychologische Ursachen:

Selective Exposure/Confirmation Bias – Menschen präferieren Informationen, die ihren eigenen Meinungen entsprechen

Vernetzung vor allem mit Personen, die einem selbst ähnlich sind

Prävalenz von Homogenität in der Online-Kommunikation

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Soziale Netzwerkanalysen: Interaktionsmuster in ideologischen Clustern

- Menschen sind im größeren Ausmaß mit politisch Gleichdenken als mit Andersdenkenden vernetzt (Bond & Messing, 2015; Boutyline & Willter, 2017)
- 20% der Facebook-Freund*innen sind vom „anderen“ politischen Lager (Bakshy, Messing, & Adamic, 2015)

Befragungen: Nutzende fragen, wie häufig sie andersartiger Meinung begegnen

- 73% der Nutzenden von sozialen Netzwerkseiten begegnen andersartige Meinungen online (Rainie & Smith, 2012; see also Barnidge, 2015).
- Das wahrgenommene „Disagreement“ ist größer als das wahrgenommene Agreement (Vaccari, 2018)

Echokammern: Homogenität in der Online-Kommunikation

Auswirkungen Filterblasen / Echokammern:

Bislang inkonsistente Ergebnisse

Meinungsäußerung wird ggf. eher erleichtert

Führt aber ggf. eher zu Extremisierung

⇒ Neuere Erkenntnisse durch NRW finanzierte Nachwuchsgruppe von Dr. German Neubaum

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Effekte durch peer-Kommentare, Gegenrede etc.

Kommentare anderer NutzerInnen beeinflussen die Meinung (Lee & Jang, 2010; Winter & Krämer, 2016)

Negative Kommentare sind einflussreicher (Winter, Brückner, & Krämer, 2015)

Aber: Bei persönlich relevanten Themen sind begründete Argumente einflussreicher als subjektive Meinungen (Winter et al., 2015)

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Gefahren durch…

Inzivilität und Hate Speech

Hate Speech

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Ursachen und Wirkung von Hate Speech

Effekte von Anonymität, sozialen Gruppennormen und ihre Interaktion auf die Nutzung aggressiver Sprache (Rösner & Krämer, 2016)

Labor Experiment: 2 (Anonymität vs. keine Anonymität) × 2 (aggressive Norm vs. nicht-aggressive Norm) between-subjects design

Haupteffekt von aggressiver Norm, nicht von Anonymität

Interaktionseffekt: Konformität zu einer aggressiven Norm ist stärker in einer anonymen Umgebung

Hate Speech

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Ursachen und Wirkung von Hate Speech

Ursache
Befragung von Verfassern inziviler Kommentare zeigen, dass vor allem Aggression entscheidend ist.
Weitere wichtige Grundlage: negative soziale Wirksamkeit “es gefällt mir, andere wütend zu machen” (Kluck & Krämer, in Vorbereitung)

Wirkung
Beschimpfungen und Beleidigungen werden am deutlichsten als inzivil empfunden – dies wird vermittelt durch die Zuschreibung aggressiver Motive (Kluck & Krämer, in Vorbereitung)

Hate Speech

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Ursachen und Wirkung von Hate Speech

Konklusionen:

Damit sich keine Normen zu Aggresivität ausbilden, ist es sinnvoll, inzivile Postings schnell zu entfernen

Da inziviles Verhalten tatsächlich inzivil empfunden wird und auf Aggression zurückgeführt wird, kann eine Entfernung hilfreich sein, um größere Beteiligung zu ermöglichen

Meinungsbildung

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Gefahren durch…

Algorithmen

Micro-Targeting

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Algorithmen

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded

Bürger*innen ist mehr und mehr bewusst, dass Algorithmen steuern, welche Meldungen sie sehen

Das Verständnis dieser Algorithmen ist aber bislang unvollständig (de Vito et al., 2018)

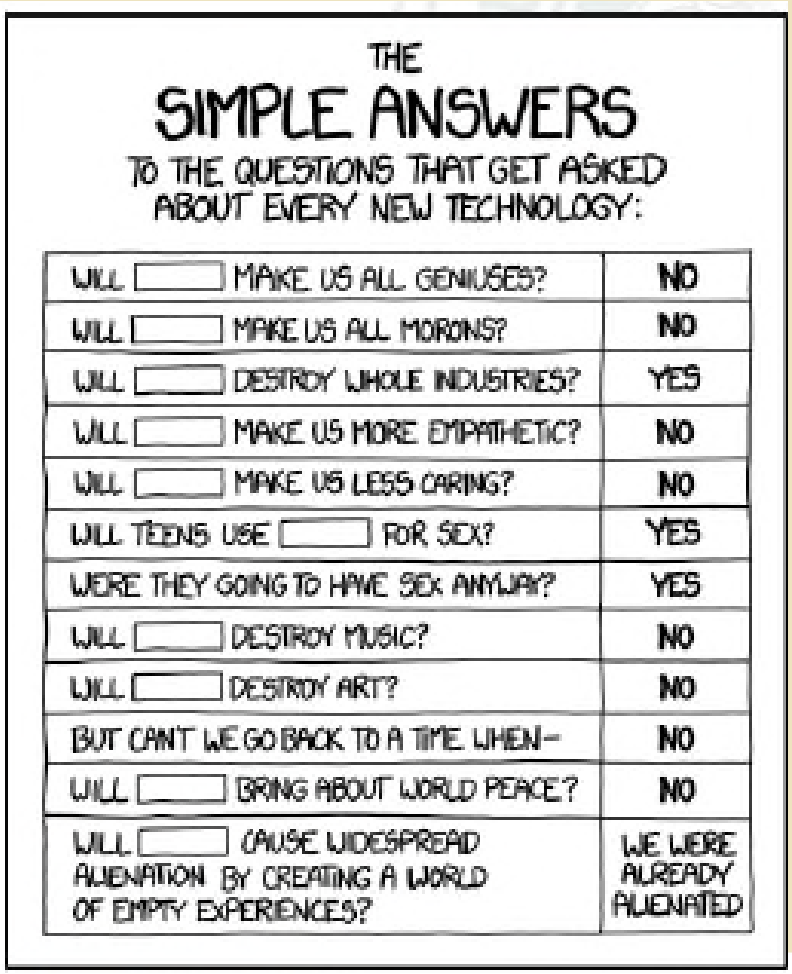
Gefahr:

Auch auf Basis dieses ungenügenden Verständnisses könnte ein Rückzug aus online Diskussionen erfolgen

- siehe Projekt zum Verständnis der Bevölkerung von KI-Technologien

Schlussfolgerung

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Open-Minded



THE
SIMPLE ANSWERS
TO THE QUESTIONS THAT GET ASKED ABOUT EVERY NEW TECHNOLOGY:

WILL ____ MAKE US ALL GENIUSES?	NO
WILL ____ MAKE US ALL MORONS?	NO
WILL ____ DESTROY WHOLE INDUSTRIES?	YES
WILL ____ MAKE US MORE EMPATHETIC?	NO
WILL ____ MAKE US LESS CARING?	NO
WILL TEENS USE ____ FOR SEX?	YES
WERE THEY GOING TO HAVE SEX ANYWAY?	YES
WILL ____ DESTROY MUSIC?	NO
WILL ____ DESTROY ART?	NO
BUT CAN'T WE GO BACK TO A TIME WHEN—	NO
WILL ____ BRING ABOUT WORLD PEACE?	NO
WILL ____ CAUSE WIDESPREAD ALIENATION BY CREATING A WORLD OF EMPTY EXPERIENCES?	WE WERE ALREADY ALIENATED

Quelle: www.xkcd.com